Die "internationale Einheitsfront" der Führung der KP Chinas - eine Front gegen die Revolution und den Sozialismus Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 7 vom 17. Februar 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

Metall-und Stahlarbeiter empört über Verschleppungstaktik der IGM-Bonzen

Das Mass ist voll!

Auch in der letzten Woche setzten die Metallarbeiter der Bundesrepublik ihre Kampfaktionen gegen die unverschämten Lohnangebote der Kapitalisten fort. Am Mittwoch auf dem Hamburger Werk Roß der Großwerft HDW: Nach dem Frühstück gehen die meisten Kollegen nicht an die Arbeit zurück. Aus den Gewerken setzen sich die Werftarbeiter in Marsch. Ihr Ziel ist das Verwaltungsgebäude. Auf 2.000 Mann ist der Zug schließlich angeschwollen.

Die Stimmung ist kämpferisch: Ganze drei Prozent bieten die Kapitalisten in der diesjährigen Tarifrunde. „Das läuft nicht!" So ist die Meinung der meisten Kollegen. Nicht nur auf HDW-Roß, auch auf dem Kieler Werk der Werft, bei Still in Hamburg, Olympia in Wilhelmshaven und anderen Betrieben an der Küste führten die Kollegen Warnstreiks durch.

Im Raum Reutlingen waren es am Freitag 1.600 Metallarbeiter, die die Arbeit niederlegten. Schon in den Wochen zuvor hatten Zehntausende in den Stahl- und Metallbetrieben mit machtvollen Kurzstreiks und Demonstrationen durch die Werke gegen die Provokationen der Kapitalisten protestiert. Und so ist die Lage: Bei Metall halten die Unternehmer in den verschiedenen Tarifbezirken an Angeboten zwischen drei und 3,5% fest. In einigen dieser Bezirke sind inzwischen die Verhandlungen für gescheitert erklärt worden.

Bei Stahl sind die Kapitalisten zu ihrem ursprünglichen Angebot von 3,5% bei einer Lohnpause von sechs Monaten zurückgekehrt. Besonders hier, in den Stahlwerken an der Ruhr, auf der Klöcknerhütte in Bremen ist die Stimmung auf dem Siedepunkt. „Das Maß ist voll", so stand es auf den Transparenten, die von den Kollegen bei ihren Demonstrationen mitgetragen wurden. Und ihre Empörung schlägt nicht nur den Stahlkapitalisten entgegen, sondern auch dem IGM-Apparat.

Man muß sich das einmal vorstellen: Seit fast vier Monaten verschleppen die Herren aus den Vorstandsetagen der Stahlkonzerne und die IGM-Bonzen in trauter Gemeinsamkeit die Lohnverhandlungen. Und was ist dabei herausgekommen? Haben die Kapitalisten etwa auch nur in einem Punkt nachgegeben? Nein, nach wie vor beharren sie auf ihrem provokatorischen Angebot, auf der Lohnpause, die aus diesem Angebot ganze 1,75% aufs Jahr umgerechnet macht. In Bewegung gekommen ist nur etwas auf der anderen Seite, bei den Forderungen des IGM-Apparats. Bei „knapp über vier Prozent" könne man sich schon einigen, ließen die Herren verlauten. Sie steuern offensichtlich darauf hin, die ohnehin völlig unzulängliche ursprüngliche 7%-Forderung auch noch zu halbieren.

Es ist gerade die verräterische Hinhaltetaktik der Bonzen, ihr unverschämtes Einschwenken auf die Angebote der Kapitalisten gewesen, das unter den Stahlarbeitern Verbitterung ausgelöst hat. Sie wollen kämpfen, denn eine kräftige Lohnerhöhung ist notwendig. Und immer wieder, ob bei Hoesch in Dortmund oder bei Thyssen in Duisburg, haben die Kollegen den von der IGM vorgesehenen Rahmen der Warnstreiks durchbrochen, haben sie die Aktionen selbständig ausgeweitet. Die Betriebszellen unserer Partei standen bei diesen Aktionen in den vordersten Reihen und haben zur Entfaltung der Kämpfe beigetragen.

Wenn jetzt die Tarifkommission beim Hauptvorstand der IGM die

Fortsetzung auf Seite 3

Göttingen: Faschisten in die Flucht geschlagen



In die Flucht geschlagen wurden die Faschisten der „Jungen Nationaldemokraten", als sie am 11.2.78 in Göttingen unter der Parole „Zerschlagt den Kommunismus" eine Kundgebung abhalten wollten. Die Partei und eine demokratische Initiative hatten aufgerufen, die Faschistenversammlung zu verhindern. Hunderte Antifaschisten folgten diesem Aufruf. Da nützte es den Faschisten auch nichts, daß sie mit Kanthölzern, Eisenstangen usw. gegen die Antifaschisten vorgingen. Die Knüppel wurden ihnen entrissen, und sie bekamen sie selber zu spüren — das war die Sprache, die sie verstanden!

Auch in Hanau kämpften Genossen am gleichen Tag gegen eine Provokation der NPD.

(Berichte auf der Seite 7).

"Anti-Terror"-Gesetze

Die Schraube der Faschisierung wird angezogen

Die Methode erinnert an die Adenauerschen „Blitzgesetze". Kaum ein Wort in der bürgerlichen Presse. Klammheimlich, ohne großes Aufsehen, versucht die Regierung, die Gesetze durch den Bundestag zu bringen. Nicht am 25. Februar, wie im letzten „Roten Morgen" berichtet, sondern bereits am 16. Februar soll das „Anti-Terror"-Paket verabschiedet werden, das alle Gesetze der letzten Jahre zur „Inneren Sicherheit" weit in den Schatten stellt.

Unter dem Deckmantel der „Terroristen"-Bekämpfung wird hier ein umfassender Angriff auf die Rechte der Werktätigen gestartet. SPD/FDP-Regierung und CDU sind sich dabei völlig einig. Wenn die CDU ablehnt, dann nur, weil ihr diese faschistischen Sondergesetze noch nicht ausreichen. Im Ziel stimmen beide überein: Verschärfung der Unterdrückung! Noch mehr Terror gegen die Bevölkerung!

Gegen wen richten sich denn die „Razziengesetze", die am 16. Februar über die Bühne sollen? Gegen eine Handvoll RAF-Mitglieder? Nein, dieses Gesetz erlaubt der Polizei ausdrücklich, jeden, also auch „nicht verdächtige" Personen zu kontrollieren, zu durchsuchen und, falls man sich nicht ausweisen kann, stundenlang in der Polizeiwache festzuhalten. Es erlaubt der Polizei, überall und jederzeit mit Maschinenpistolen auf Straßen und Plätzen aufzutauchen und in unseren Einkaufsbeuteln und Aktentaschen herumzuwühlen. Es erlaubt der Polizei, von jedem Werktätigen Fingerabdrücke zu machen. Ein Freibrief für übelsten Polizeiterror!

Fortsetzung auf Seite 7

Unverschämter Rentenbetrug der Bonner Regierung

Empörende Rentenbeschlüsse der Bonner Regierungsparteien haben einen Sturm der Entrüstung in allen Schichten unseres Volkes hervorgerufen. Die bruttolohnbezogene Rente, die bisher immer als Glanzstück des „Sozialstaats" vorgezeigt wurde, soll geopfert werden. Von der angeblich so „sicheren Rente" bröckelt der Lack ab, und viele Werktätige erkennen, daß ein Zusammenbruch der Rentenkasse — wie er 1923 über Millionen von Rentnern hereinbrach — nicht ausgeschlossen ist. Obwohl alle Bonner Parteien die gleichen volksfeindlichen Absichten haben, versuchen sowohl CDU/CSU als auch der DGB durch demagogische Schaumschlägerei, die Lage für sich auszunutzen.

Die Pläne, die Schmidt und Genscher jetzt austüftelten, sehen vor:

1. Der Rentenanpassungssatz beträgt 1979 nur 4,5% und 1980 und 1981 nur 4%. (Nach der Brutto-Lohn-Regelung wären es 1979 offiziell 7,2% gewesen.)

2. Arbeiter und Angestellte müssen ab Januar 1981 Rentenbeiträge von 18,5% (bisher 18%) zahlen.

3. Die Rentner sollen spätestens (!) ab 1. Januar 1982 Beiträge für die Krankenkasse zahlen.

4. Die Bundesregierung behält sich „zusätzliche Maßnahmen" vor,

Fortsetzung auf Seite 2

Äthiopien-Somalia

Die Supermächte heizen den Krieg an

Großoffensive der äthiopischen Truppen im Ogaden-Krieg, Luftangriffe auf somalische Häfen, Mobilmachung in Somalia. Der Konflikt am Horn von Afrika hat sich in den letzten Tagen dramatisch zugespitzt. Und diejenigen, die diesen Konflikt angeheizt, ihm mit Waffen und Soldaten verschärft haben, die Herren in Moskau und Washington, geben sich als friedliche Unschuldslämmer. Wie zum Hohn wurde in der letzten Woche im Kreml nach einer friedlichen Lösung des Konflikts gerufen, erklärte sich Carter gegen eine Einmischung dritter Mächte.

Und was sind die Tatsachen? „In aller Eile", wie es ein Sprecher der US-Marine ausdrückte, wurde jetzt ein amerikanischer Zerstörer in Neapel seeklar gemacht und in Richtung Rotes Meer in Bewegung gesetzt. Drei US-Kriegsschiffe kreuzen schon vor den Küsten Somalias und Äthiopiens. Ebenso eilig haben es offensichtlich die russischen Imperialisten, die Transportschiffe für kubanische Truppen in Marsch gesetzt und ihre Luftbrücke für Waffentransporte nach Addis Abeba verstärkt haben. In der afrikanischen Ogadensteppe wird gekämpft, und auf Kuba werden die Reservisten eingezogen! Und da reden die Supermächte von „Frieden" und von „Nichteinmischung". Es ist nicht nur Moskau, das jetzt seine Hilfstruppen in den Satellitenstaaten mobilisiert.

Auf der anderen Seite hat das von Washington zur stärksten Militärmacht des Mittleren Ostens hochgerüstete iranische Regime offen seine Intervention angekündigt. Der ägyptische Präsident Sadat, zu Besuch bei

Fortsetzung auf Seite 10

AUS DEM INHALT

ÖTV nimmt Kurs auf Lohnraubabschluß 3
Firmentarifverträge — Ein Spaltungsmanöver der IG-Drupa-Bonzen 3
Schmutzige Geschäfte mit der Jugendarbeitslosigkeit 4
Ein Hafenarbeiter: „Die haben uns übers Ohr gehauen!" 4
Sofortige Wiedereinstellung von Jürgen Dibbern! 4
RGO-Liste bei BASF 5
Oppositionelle Liste bei Thyssen 5
Was meinen Lehrer zur Koop-Schule? Interview 6
Brunsbüttel: Industrieansiedlung auf Kosten der Bevölkerung 6
Buchbesprechung: Liegt die frauenfeindliche Politik des DGB-Apparats am „Arbeitnehmerpatriarchat?" 8
Nicaragua, Bolivien, Kolumbien: „Entschieden den Weg des Volkskriegs gehen" 11

Bundestagsabgeordneter als Kinderschänder

Allein ihrem Gewissen verantwortlich sind die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. So sagen sie jedenfalls. Im April 72 schlug manchem von ihnen ganz massiv das Gewissen. Es waren die Tage, als die CDU versuchte, mit den Stimmen von SPD-Abgeordneten den damaligen Kanzler Brandt zu stürzen, und die SPD diesen Versuch mit den Stimmen von CDU-Abgeordneten zurückschlug. Die jeweiligen Überläufer, soweit sie sich überhaupt bekannt gaben, machten Gewissensgründe für den Positionswechsel geltend. Einer von ihnen war der CDU-Mann Steiner, der dann später zugab, daß 50.000 DM aus der Kasse der SPD sein Abgeordneten-Gewissen hatten schlagen lassen.

Jetzt ist ein anderer aus dieser Riege der Überläufer nach Jahren wieder in die Schlagzeilen geraten: Klaus-Peter Schulz, 1972 von der SPD zur CDU übergewechselt und von der Union als Held gefeiert, stand jetzt vor einem Westberliner Gericht. Er, der jahrelang als ein sogenannter Volksvertreter in Bonn gesessen, der soviel Aufhebens um sein Gewissen gemacht hatte, war durch die Aussage einer Stieftochter als sadistischer Kinderschänder überführt worden. Weil er aber ein Abgeordneter des Bundestages war und sich somit seine Verdienste um den Bonner Staat erworben hatte, wurden — wie es in einem Prozeßbericht heißt — „die bei der Beweisaufnahme häufig angeschnittenen sexuellen Abartigkeiten allerdings vom Gericht nicht im Urteil erwähnt".

So kam dieser feine Herr, der jahrelang seine Stieftöchter sexuell mißbraucht und blutig geschlagen hatte, mit einer Freiheitsstrafe wegen Kindesmißhandlung glimpflich davon. Für die Klassenjustiz geht es wie im Korruptionsfall Steiner darum, möglichst schnell Gras über die Sache wachsen zu lassen.

Heizölsteuern verdoppelt

Wieder einmal haben die Herren in Bonn tief in die Taschen der Werktätigen gegriffen. Sie haben die Steuer für leichtes Heizöl, wie es ausschließlich als Brennstoff in privaten Haushalten verwandt wird, mit einem Schlag um das Doppelte erhöht. Sie, die jetzt aus voller Kehle nach „maßvollen Lohntarifabschlüssen" schreien, wollen uns so 500 Millionen Mark zusätzlich pro Jahr aus der Tasche ziehen. Wo diese Millionen bleiben?

Die gleiche Kabinettssitzung in Bonn, die jetzt die Steuererhöhung beschloß, verabschiedete auch ein Programm zur „Förderung heizeinsparender Investitionen". Danach sollen für den Einbau von Zentralheizungen usw. künftig die Hausbesitzer kräftige Zuschüsse zugeschoben bekommen. Dabei hat Bonn eine Summe von 500.000 DM pro Jahr für einen Eigentümer festgelegt. Diese Summe zeigt, daß es hier nicht darum geht, die Besitzer von Eigenheimen zu fördern. Sondern, daß es die großen Baugesellschaften wie die „Neue Heimat" oder Kapitalisten vom Schlage eines Kaußen sind, die sich jetzt jedes Jahr eine halbe Million zusätzlich abholen können. Wie die Erfahrung gezeigt hat, werden diese Profithaie nicht nur in Bonn kassieren, sondern die Kosten für die Einbauten von Heizungen auch noch auf die Mieten aufschlagen. Das ist der Kreislauf der sogenannten Sozialpolitik des Bonner Staates.

Fieberhafte Kriegsvorbereitungen

Ende Januar führte die Bundeswehr ein großangelegtes Militärmanöver an der Unterweser durch. Es ging um die Erprobung des berüchtigten Leopard-Panzers als Unterwasser-Schwimm-Panzer. Mit dieser neuen Panzer-Technologie vervollkommnet der westdeutsche Imperialismus seine Militärmaschine, um sie auf einen imperialistischen Raubkrieg vorzubereiten.

Ebenfalls im Januar nahmen deutsche Seestreitkräfte an einem Seekriegsmanöver im Mittelmeer teil, das vom USA-Imperialismus inszeniert war. Diese Tatsachen bestätigen, daß die Militäraktionen solcher Länder wie der Bundesrepublik in die fieberhaften Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte und deren aggressiven Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt einbezogen sind.

Die Supermächte entfesseln ein Wettrennen an Manövern. Am 6. Februar führten die aggressiven Truppen des sowjetischen Sozialimperialismus ein Winter-Manöver im Gebiet um Minsk durch, dessen Ziel es war, blitzschnelle Panzervorstöße auf Regimentsebene vorzutragen, um die feindliche Panzerabwehr auszuschalten. Der Angriffscharakter dieser Übung ist ebenso offensichtlich wie der großangelegte Plan eines Angriffs- und Landemanövers, das die NATO-Truppen unter Führung von US-Generälen am 14. 2. in Nordnorwegen durchführen wollen. Entsprechend den „Entspannungs-Beschlüssen" der KSZE laden die Supermächte gegenseitig Beobachter ein, was aber an der drohenden Kriegsgefahr nicht einen Deut ändert. Genauso war es nämlich vor dem Ausbruch der beiden imperialistischen Weltkriege gewesen. Kämpfen wir konsequent gegen die Kriegspolitik beider Supermächte und ihrer Militärblökke, um ihre wahnsinnigen Pläne zu durchkreuzen!

Unverschämter Rentenbetrug

Fortsetzung von Seite 1

wenn die Beitragseinnahmen „hinter den Erwartungen zurückbleiben sollten".

Diese Beschlüsse bedeuten empfindliche Einkommenseinbußen der Rentner und eine weitere Verschärfung der staatlichen Ausplünderung aller Werktätigen. Was aber am meisten empört, das ist, daß der Staat das mit der Einführung der „dynamischen Rente" 1957 gegebene Versprechen, die Renten regelmäßig an die gestiegenen Brutto-Löhne der Arbeiter und Angestellten anzupassen, bricht. Damit ist einem beliebigen Abbau der bisher erkämpften Errungenschaften Tür und Tor geöffnet. Darüber täuscht auch nicht hinweg, wenn die Regierung diese Maßnahmen als vorübergehend ausgibt und den Anschein erweckt, als würde man nach diesen drei Jahren wieder zur alten Regelung zurückkehren. Im Gegenteil, die Debatten der letzten Monate haben gezeigt, daß alle bürgerlichen Parteien die Rentensanierung auf dem Rücken der Werktätigen austragen und eine bleibende Verschlechterung erwirken wollen. Uneinig sind sie sich nur über den Weg.

Nehmen wir einmal die CDU/CSU, die sich jetzt unverschämterweise als Gralshüter der „dynamischen Rente" aufführt. Auch sie befürwortet die Erhöhung der Rentenbeiträge und den Krankenkassenbeitrag für Rentner, nur sträubt sie sich aus demagogischen Gründen angeblich gegen ein Abgehen von der alten Anpassungsregelung, um sich als „Partei der Rentner" zu profilieren.

Oder nehmen wir den DGB-Apparat. Wie sein stellvertretender Vorsitzender Muhr erklärte, würde sich der DGB für die bruttolohnbezogene Rente stark machen, allerdings mit einer Modifizierung, die praktisch einen Nettolohnbezug bedeuten würde! Darüber hinaus forderte er auch einen Krankenkassenbeitrag für Rentner. In übler Weise spielt hier der DGB-Apparat die Arbeiter gegen die Rentner aus und nährt das Märchen von den Renten, die angeblich den Reallöhnen der Werktätigen davonlaufen würden.

Diese üblen Spaltungsmanöver werden dann auch noch von der DKP vertuscht, wenn sie in ihrer Zeitung „UZ" einfach nur erklärt, der DGB hätte „gegen den geplanten Abbau der Rentenleistungen protestiert", und er hätte schon einmal zusammen mit den Rentnern „durch millionenfachen Protest... dafür gesorgt, daß die Bundesregierung ihre rentenfeindlichen Beschlüsse revidieren mußte". Die Kollaboration des DGB-Apparats mit der kapitalistischen Regierung gegen die Werktätigen wird auch dadurch unterstrichen, daß der oben genannte DGB-Bonze Muhr gleichzeitig auch stellvertretender Vorsitzender des Verbandes der Rentenversicherung ist und als solcher alle bisherigen Beschlüsse der Rentenverschlechterung mit durchgesetzt hat.

Wenn es heute ein sogenanntes Rentenloch zu stopfen gilt, dann muß man einmal klar feststellen, daß dieses „Loch" in der Rentenkasse auf die kapitalistische Wirtschaftskrise zurückzuführen ist. Hier zeigt sich deutlich, daß es die Werktätigen sind, die die Rentenkasse finanzieren, auch wenn es einen sogenannten „Arbeitgeberanteil" gibt. Sobald der Arbeiter arbeitslos wird, fehlen auch die Beiträge für seine Rente. Was nützt es ihm, daß die Zeit der Arbeitslosigkeit als „Fehlzeit" angerechnet wird, wenn die Werktätigen insgesamt doch für den Ausfall zur Kasse gebeten werden. Die Kapitalisten interessiert die Rentenkasse nur als billige Kreditquelle. Und das ist auch der Sinn der „Rentensanierung": Sie ist ein Mittel, um das materielle Lebensniveau der Werktätigen zu senken und auf ihre Kosten die großen Monopole zu bereichern. Die „Sicherstellung der Werktätigen im Alter" interessiert die Regierung wie auch alle anderen bürgerlichen Parteien nur einen Dreck.

Die Rentenbeschlüsse der Regierung laden eine schwere Last auf die Schultern der Werktätigen, aber sie zerstören auch die Illusionen, daß der Arbeiter im Kapitalismus auch nur irgendeine „Sicherheit" haben könnte. Erst nach dem Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, im Sozialismus, wo die Arbeiterklasse mit dem System der Lohnsklaverei und Ausbeutung Schluß gemacht hat, braucht sich kein Werktätiger Sorgen um seine Zukunft zu machen.

Die Renten im sozialistischen Albanien

Alle Bürger Albaniens haben ein Anrecht auf eine Rente... So gehen Frauen mit 45 bis 55 Jahren in Rente und Männer mit 50 bis 60 Jahren... Damit kein Werktätiger ohne Rente im Alter bleibt, wird denjenigen, die die im Gesetz vorgesehene Arbeitszeit nicht erfüllt haben, eine Teilrente bezahlt. Für diese Teilrente genügt es, wenn Frauen zehn Jahre gearbeitet haben und Männer zwölfeinhalb Jahre. Außerdem gewährt der Staat denen, die ihre Arbeitsfähigkeit verlieren, eine Invalidenrente und den Angehörigen, die ihre Ernährer verlieren, eine Hinterbliebenenrente.

Die Höhe der Rente für die Werktätigen von Stadt und Land beträgt 70% des Durchschnittlohns in drei aufeinanderfolgenden Jahren aus dem letzten Jahrzehnt des Arbeitsverhältnisses. Diese Maßnahme ist wichtig, denn dem Werktätigen wird damit die Möglichkeit gegeben, die Jahre auszusuchen, in denen sein Einkommen z. B. durch höhere Qualifizierung am höchsten war... Im System der Solzialversicherungen in Albanien ... ist es besonders wichtig und kennzeichnend, daß die Werktätigen dafür nichts zu zahlen haben — ganz im Gegensatz zu den kapitalistischen und revisionistischen Ländern, wo die Werktätigen, um eine Rente zu erhalten, direkt oder indirekt bestimmte Beiträge, Steuern oder Gebühren bezahlen müssen. Alle Ausgaben dieses Bereiches werden in Albanien vom Staat, den Betrieben, den Genossenschaften, den Institutionen und den jeweiligen gesellschaftlichen Organisationen getragen.

(Nach einer Sendung von Radio Tirana vom 20. 1. 1978).

Kurz berichtet

FREIBURG

Am Kampftag gegen Reaktion und Faschismus am 30. 1. 78 führte die Ortsgruppe Freiburg der Partei eine Veranstaltung durch, zu der ca. 40 Freunde und Genossen kamen. Neben einem Referat und Liederbeiträgen wurden zum ersten Mal von einer Gruppe Theaterszenen aus Brechts „Furcht und Elend des dritten Reiches" gespielt und mit großem Interesse verfolgt. Eine Spendensammlung für die Antifaschistenprozesse ergab fast 190 DM.

KONSTANZ

Auch Genossen und Freunde vom Bodensee versammelten sich zum Kampftag gegen Reaktion und Faschismus zu einer Veranstaltung. Zum guten Gelingen trug vor allem der neue Agit-Prop-Trupp bei, der mit vielen revolutionären Liedern für eine kämpferische Stimmung sorgte. Einstimmig verurteilten die Anwesenden die Beschlagnahme des Gedichts „Der Todesvogel" und die Zensurmaßnahmen und Repressionen gegen die Studiobühne Würzburg und ihren Leiter. Eine Sammlung für die Sektion DDR unserer Partei erbrachte 87 DM.

NORDHEIDE

„Roter Heidekurier", das ist der Name einer neuen Zeitung der Roten Garde, der Jugendorganisation der KPD/ML, für die



Den Faschisten die Faust ins Gesicht!

Nordheide. Die erste Nummer der Zeitung beschäftigt sich hauptsächlich mit dem Kampf gegen Reaktion und Faschismus und gegen die Jugendarbeitslosigkeit.

KÖLN

Der AP-Trupp der Ortsgruppe Köln führte am 10. Februar eine Kulturveranstaltung zum 80. Geburtstag von Brecht durch. Etwa 60 Freunde und Genossen hörten gespannt den Liedern, Gedichten und Szenen dieses revolutionären Schriftstellers zu. Besonderen Beifall fanden Ausschnitte aus seinen Stücken „Die Mutter" und „Furcht und Elend des dritten Reiches", die der AP-Trupp vortrug. Etwa die Hälfte der anwesenden Personen hatte bisher noch keine Kulturveranstaltung der Partei besucht.

HANAU

Seit kurzem hat die Partei auch in Hanau/Main die Arbeit aufgenommen. Unter anderem kämpfen dort mehrere Genossen aus der GRF jetzt in den Reihen der Partei. Sie mobilisierten bereits zum Kampftag gegen Reaktion und Faschismus und verteilten Flugblätter gegen den Landeskongreß der Nazis in dieser Stadt. Über ihre Aktion wird auf Seite 7 berichtet.

Offen gesagt ... Pistolenheld mit Pensionsberechtigung

Vor anderthalb Jahren entgingen der Geschäftsführer und der Kellner in einer Hamburger Nachtbar nur knapp dem Tod. Ein Gast hatte, als es ans Bezahlen ging, statt der Brieftasche eine Pistole aus der Tasche gezogen, angelegt und mehrmals abgedrückt. Nur eine Ladehemmung in der Waffe verhinderte das Blutbad. Der Gast war nicht irgendwer: Bei dem Pistolenschützen handelte es sich um Harald Pieper, Leiter des Strafvollzugs in Hamburg, die Nummer drei im Justizapparat der Hansestadt.

Wäre der verhinderte Mordschütze irgendwer gewesen, man hätte ihm den kurzen Prozeß gemacht, und er wäre wegen versuchten Mordes für lange Jahre hinter Gittern verschwunden. Nicht so bei Herrn Pieper. Da wurde, obwohl der Tatbestand vollständig klar war, die Eröffnung des Verfahrens 21 Monate lang herausgezögert. Monate, in denen die Erinnerung der Zeugen aus der Bar verblassen sollte. Dann im letzten Jahr das unglaubliche Urteil: ein Jahr auf Bewährung. Große Empörung löste dieser Spruch der Klassenjustiz unter den Werktätigen aus.

Sogar die bürgerliche Presse sah sich bemüßigt, an die Krähe zu erinnern, die der anderen kein Auge aushackt. Aber selbst dieses eine Jahr war Pieper und seinen Kollegen im Justizapparat noch zuviel. Denn mit einer Verurteilung zu einem Jahr oder mehr hätte der Pistolenschütze seinen Pensionsanspruch als Beamter verloren. Pieper verdient jetzt schon 6.000 Mark pro Monat.

So wurde dann in Hamburg ein neues Verfahren eröffnet, mit dem Ziel, die Pension des Herrn Pieper zu retten. Monatelang wurde dieser Prozeß hingezogen. Kein Mittel war dem Gericht zu schmutzig oder zu dreist, um das Strafmaß für Pieper noch weiter zu drücken. Da wurde ein Waffenexperte vom Bundesgrenzschutz herangeholt, der gemeinsam mit dem Anwalt des Angeklagten folgende unglaubliche Geschichte auftischte: Pieper hätte seine Pistole gar nicht geladen, die Patronen wären vielmehr vom Geschäftsführer und vom Kellner der Bar hinterher in den Lauf praktiziert worden.

Dieser unverschämte Versuch, die beiden Zeugen, die damals nur mit knapper Not dem Tod entronnen waren, zu den eigentlichen Verbrechern zu stempeln, wurde nicht etwa vom Richter zurückgewiesen. Im Gegenteil, er selbst nahm die Zeugen in einer Weise ins Verhör, als säßen sie und nicht der verhinderte Mordschütze auf der Anklagebank. Entsprechend fiel dann auch das Urteil aus: neun Monate auf Bewährung. Der Pistolenheld kann also weiter Beamter des Bonner Staates bleiben, kann seinem hochdotierten Lebensabend entgegensehen. Ja, es ist nicht einmal gesagt worden, daß diesem Herrn der Waffenschein entzogen werden müßte.

So kann man denn jederzeit damit rechnen, daß Pieper wieder einmal die Waffe zieht, wenn er ein paar Glas zuviel getrunken hat. Den gerichtlichen Freibrief dafür hat er schon jetzt. Genauso wie seine Kollegen in den Polizeirevieren, die schon in Hunderten von Fällen abgedrückt haben — allerdings ohne Ladehemmung — und dafür nicht zur Rechenschaft gezogen wurden.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

ÖTV-Apparat nimmt Kurs auf Lohnraubabschluss

Mit der Forderung nach einer 7,5%igen Lohnerhöhung werden die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes, ÖTV, GEW, Post- und Eisenbahnergewerkschaft, Ende Februar in die Tarifverhandlungen eintreten. Bevor die Tarifkommissionen diese Forderung beschlossen hatten, war ÖTV-Boß Kluncker schon mit den 7,5 Prozent als „Empfehlung" des Hauptvorstandes hausieren gegangen: Ein ebenso eindeutiger wie plumper Versuch, die Diskussionen in den Betrieben im Sinne des Apparats zu beeinflussen.

Die ÖTV-Kollegen jedoch zeigten sich wenig beeindruckt von den Empfehlungen des Herrn Kluncker. Sie stellten ihre eigenen Forderungen auf. Die Bonzen reagierten mit einem neuen unverschämten Manöver. Sie zogen eine „Meinungsumfrage" aus der Tasche, nach der angeblich die überwältigende Mehrheit der Arbeiter und Angestellten im Öffentlichen Dienst für eine prozentuale Forderung eintritt. Aber wie sieht es denn wirklich aus? Genossen aus Stuttgart, wo diese Umfrage groß aufgemacht in der Lokalpresse erschien, berichteten uns von folgenden Forderungen aus den Krankenhäusern der Stadt: Katharinenhospital: 160 DM Festgeldforderung; Bürgerhospital: 200 bis 250 DM Festgeldforderung; Kreiskrankenhaus Böblingen: 200 DM Festgeldforderung.

Ähnlich ist es in den anderen Städten. Aus Kassel berichtet eine Genossin, daß sie in ihrer langjährigen Tätigkeit als ÖTV-Vertrauensfrau immer wieder die Erfahrung gemacht hat, daß die Kollegen für Festgeldforderungen eintreten. Denn auf der Grundlage solcher Forderungen können sie sich am besten im Lohnkampf zusammenschließen. Die Prozentforderungen dagegen, wie sie der ÖTV-Apparat gegen die Kollegen durchsetzen will, begünstigen die Empfänger hoher Gehälter und tragen zur Spaltung bei.

Aber nicht nur deswegen stößt die 7,5-Prozent-Forderung auf Empörung und Ablehnung bei den Kollegen. Eine Lohnerhöhung in dieser Größenordnung könnte niemals die Teuerung ausgleichen und würde im Endeffekt einen Lohnabbau bedeuten Schon die Abschlüsse der vergangenen drei Jahre im Öffentlichen Dienst haben zu einem Reallohnabbau von 100 bis 200 Mark geführt.

Und jetzt hat Kluncker auch noch dreist erklärt, daß der ÖTV-Apparat gar nicht daran denkt, auch nur für diese 7,5 Prozent zu kämpfen. „Es ist ja nicht neu", so sagte er, „daß Forderung und Ergebnis nicht übereinstimmen. Wir werden am Verhandlungstisch zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen." Wie könnte man deutlicher zum Ausdruck bringen, daß es diesen Herren gar nicht um den Lohnkampf, sondern um das gemeinsame Ausmauscheln von Lohnraubabschlüssen mit den Kapitalisten geht? Die Bonzen setzten auch sofort das Gerede von einer „magischen Grenze" bei fünf Prozent in die Welt. Darauf steuern sie also zu. Für die Kollegen würde das einen weiteren drastischen Lohnabbau bedeuten.

Aber die Bonzen haben schon einmal in diesem Jahr, beim Hafenarbeiterstreik, die Rechnung ohne den Wirt gemacht. „Von den Hafenarbeitern lernen", das ist auch unter den Kollegen in den Verwaltungen und Krankenhäusern zum geflügelten Wort geworden.

Firmentarifverträge
Ein Spaltungsmanöver der IG-Drupa-Bonzen

In zahlreichen Druckereibetrieben legten am Mittwoch, den 8. 2., Tausende von Arbeitern und kleinen Angestellten die Arbeit nieder. Gestreikt wurde unter anderem in Druckbetrieben in Hamburg, Hannover, Frankfurt, Stuttgart, Ludwigshafen, Mainz, Speyer, Kassel, Düsseldorf, München, Wuppertal, Itzehoe und Wiesbaden. 21 Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von vier Millionen konnten dadurch nicht oder nur in Notausgaben erscheinen. Am 9. 2. kam es zu weiteren Warnstreiks.

Mit diesen Kampfaktionen antworteten die Kollegen der Druckindustrie auf die unverfrorene Erklärung der Druckkapitalisten: Entweder würde der vorliegende Tarifvertrag für die Druck- und Verlagshäuser angenommen oder es gäbe gar keinen. Gemeint ist ein Tarifvertrag, den die Druckkapitalisten gemeinsam mit der Führung der IG Druck und Papier an geheimgehaltenem Ort ausgehandelt hatten und der glatten Verrat an den Forderungen der Druckereiarbeiter bedeutet. Weder verpflichtet er die Unternehmer, bei der Einführung der neuen Techniken vor allem im Satzbereich auf Entlassungen zu verzichten, noch sichert er die Einkommen der Facharbeiter und einen ausreichenden Gesundheitsschutz bei der Arbeit an den Bildschirmen. **Daß dieser bereits ausgehandelte Tarifvertrag nicht verabschiedet wurde, liegt allein an der Wachsamkeit und Kampfentschlossenheit der Kollegen der Druckindustrie. Durch Warnstreiks und die Drohung von Massenaustritten hatten sie die IG-Drupa-Bonzen gezwungen, diesen Vertrag abzulehnen.**

Aber noch während die Kollegen am Mittwoch und Donnerstag für ihre Forderungen kämpften, wurde in den Vorstandsetagen des IG-Drupa-Apparats bereits ein neuer Verrat beschlossen. Gestützt auf eine Satzungsänderung auf dem letzten Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier beschloß der Vorstand, Urabstimmungen in einzelnen Betrieben mit dem Ziel des Abschlusses von Firmentarifverträgen durchzuführen. Grundlage für diese Firmentarifverträge soll ein Vertragsentwurf des IG-Drupa-Apparats sein, der sich zwar in einzelnen nachgeschobenen Forderungen vom alten Tarifvertrag unterscheidet, aber genau wie er die entscheidenden Forderungen der Kollegen vom Tisch wischt. Das ist ein übles Spaltungsmanöver der IG-Drupa-Bonzen, mit dem die Kampffront der Druckereiarbeiter auseinanderdividiert und ihnen Stück um Stück ein Tarifvertrag aufgezwungen werden soll, der ihre grundlegenden Interessen verrät. **Mit dieser Entscheidung zeigen die IG-Drupa-Bonzen, daß sie genauso viel Angst vor einem breiten, geschlossenen Kampf der Druckereiarbeiter haben wie die Druckkapitalisten auch!**

Aber die Druckkollegen haben erst kürzlich bewiesen, daß der IG-Drupa-Apparat mit ihnen nicht machen kann, was er will. Immer deutlicher zeigt sich, daß sie im Kampf für die Durchsetzung ihrer Forderungen nur Erfolg haben können, wenn sie sich nicht nur gegen die Druck-Kapitalisten zusammenschließen, sondern auch gegen den reaktionären IG-Drupa-Apparat.

Metall- und Stahltarifrunde: Das Mass ist voll!

Fortsetzung von Seite 1

Einleitung der Urabstimmung beantragt hat, ist das ein Ergebnis dieser breiten Streikaktionen der Stahlarbeiter. Denn die Bonzen wollen keinen Streik. Hatte doch noch letzte Woche der IGM-Bezirksleiter Herb nach „konstruktiven Vorschlägen der Gegenseite **zur Vermeidung eines Arbeitskampfes..** gejammert. Bei Redaktionsschluß war noch nicht abzusehen, ob der Hauptvorstand die Urabstimmung beschließt. In jedem Fall jedoch wird der IGM-Apparat alles daran setzen, den Kampf für eine volle Durchsetzung der 7% abzuwürgen. Der Streik der Hafenarbeiter hat gerade ein Beispiel für die hinterhältigen Manöver der Gewerkschaftsbonzen geliefert. Er hat aber auch gezeigt, daß die Arbeiter sehr wohl in der Lage sind, solche Manöver zu durchschauen und zu vereiteln.

Gerade jetzt, wo sich die Situation bei Metall und Stahl derart zugespitzt hat, gilt die Losung, die von verschiedenen Betriebszellen der Partei ausgegeben wurde: „Vertraut nicht dem Apparat der IGM! Nehmt den Kampf in eure eigenen Hände!"

Ein Beispiel für viele: Still in Hamburg

Korrespondenz. Am Mittwoch, den 8. 2., hatte die IGM bei Still zum Warnstreik aufgerufen: 20 Minuten am Arbeitsplatz sitzen bleiben. Die Beteiligung war — wenigstens im Produktionsbereich — nahezu 100 Prozent. Gegen 9.30 Uhr, als nach dem Willen des IGM-Apparats der Warnstreik zu Ende sein sollte, kam dann in einer Halle die Stimmung auf: Jetzt gehen wir in die Kantine und versammeln uns da. Viele waren damit einverstanden. Die Kollegen zogen los und zerrten ihre V-Leute mehr oder weniger mit.

Zum Schluß war dann die ganze Halle in der Kantine versammelt und noch einige mehr. Der Betriebsrat erfuhr erst übers Telefon davon. Er war sehr verdutzt, als er davon benachrichtigt wurde, daß in der Kantine die ganze Halle versammelt ist. Er kam dann, sagte zuerst, daß er es begrüßt, daß die Kollegen die Initiative ergriffen haben, und schickte sie dann aber schließlich wieder an die Arbeit. Er konnte sich damit durchsetzen, weil unter den Kollegen in der Halle nicht so ganz klar war, was man jetzt in dieser Situation tun sollte.

Zwei Tage später war dann eine schon länger geplante Versammlung zur Betriebsratswahl in der gleichen Abteilung. Gegen Ende, als viele Kollegen schon fort waren, wetterte der Betriebsrat dort dann sehr gegen diese Aktion. Die Partei hatte zu dem Warnstreik ein Flugblatt herausgebracht, in dem vor allem zur Ausweitung des Warnstreiks aufgerufen worden war. Der Betriebsrat stellte das nun so hin, daß die Kollegen von den Kommunisten aufgehetzt worden seien. Außerdem seien die, die das Flugblatt verfaßt hätten und die, die die Aktion inszeniert hätten, sowieso die gleichen. DKP-Betriebsrat Walter Rath ging mit seiner Hetze gegen den Streik noch weiter. Entweder seien es Irre und Spinner, die diese Aktion in Gang gesetzt hätten, erklärte er, oder welche, die die Kollegen ins offene Messer rennen lassen wollten. So gegen den Streik zu hetzen, hatten sie sich zwei Tage zuvor vor den streikenden Kollegen nicht getraut! Aber auch jetzt waren noch genug Kollegen da, die das hörten, und die waren sehr empört!

Übrigens hat ein fortschrittlicher Kollege bei uns ein Schild gemalt: „Gestern Hafen, morgen wir! Volle Durchsetzung der acht Prozent!" Dieses Schild haben wir an einem Gabelstapler hochgezogen. Da hängt es noch!

Rüge für Mahlein

Die Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier in Stuttgart beschloß mit 51 gegen 27 Stimmen bei 19 Enthaltungen eine Resolution an die Tarifkommission, in der der Verrat der Gewerkschaftsführung am Kampf der Setzer scharf angeprangert wird. Außerdem wird eine Rüge an den Vorsitzenden Mahlein gefordert, der die Warnstreiks während der Verrats-Verhandlungen als „Ausuferungen, die nicht immer restlos zu kontrollieren und nicht immer gewollt sind", beschimpft hatte. Ferner wurde die sofortige Einleitung der Urabstimmung verlangt.

In einer weiteren Resolution, die durch Unterschriftensammlungen in zwei Betrieben unterstützt worden war, wurde für die diesjährige Lohntarifrunde eine Forderung von 200 DM für alle aufgestellt. Ferner als Zusatzforderungen die Vorweganhebung der Druckerlöhne auf den des Korrektors (107,5 Prozent), um zu einer Angleichung der Facharbeiterlöhne an die höchste Stufe des Maschinensetzers (120 Prozent) zu kommen. Außerdem wurde ein Existenzlohn von 700 DM netto für alle Lehrjahre gefordert.

DGB-Anwalt gegen Werftarbeiter

Auf der Büsumer Werft in Dithmarschen wurde ein 59jähriger Werftarbeiter nach zwölfjähriger Betriebszugehörigkeit fristlos entlassen. Grund: Er soll zu einem Betriebsmeister, der als Antreiber berüchtigt ist, gesagt haben, er sei ein ganz rücksichtsloses Schwein. Jetzt erhielt der Kollege, der Klage vor dem Arbeitsgericht eingereicht hatte, einen Brief vom zuständigen DGB-Rechtssekretär. Darin wurde dem völlig überraschten Werftarbeiter mitgeteilt, der erste Termin habe bereits stattgefunden und sein DGB-Anwalt habe da für ihn einen Vergleich ausgehandelt: Umwandlung der fristlosen in eine fristgerechte Kündigung und Freistellung bis zum 30. 6. 78. Abgeschickt wurde der Brief am 9. 2. Bis zum 10. 2. (!) könne der Werftarbeiter, so hieß es in dem Schreiben, schriftlich von diesem Vergleich zurücktreten. „Wer sich auf den DGB verläßt, ist verlassen", heißt es dazu treffend in einem Flugblatt, mit dem die Partei diesen unglaublichen Verrat an den Interessen eines Kollegen anprangerte. Allerdings hatte der DGB-Apparat diesmal Pech mit seinem Überrumpelungsversuch. Der Kollege reagierte prompt und zog den Vergleich rechtzeitig zurück.

Arbeitsplatzgefährdung durch echte Lohnerhöhungen?

„Unsozial" nannte die „Süddeutsche Zeitung" die 7,5-Prozent-Forderung des ÖTV-Apparats. Natürlich nicht, weil diese Forderung weit hinter den Festgeldforderungen der verschiedenen Mitgliederversammlungen zurückbleibt. Nein, sondern weil mit dieser „überhöhten" Lohnforderung zig Arbeitsplätze gefährdet würden. Warum schreien diese Leute eigentlich nicht, wenn sich die Abgeordneten von Bund und Ländern ihre Diäten um 40, 50, 60 oder noch mehr Prozent erhöhen? Ganz zu schweigen von den Aufsichtsratsgehältern der Manager und Direktoren in den Konzernen und Banken?

Weil dies natürlich nicht im Interesse der Kapitalisten wäre. Dagegen entspricht es ihrem — und nur ihrem — Interesse, wenn über Presse, Funk und Fernsehen das Märchen verbreitet wird, daß niedrige Lohnabschlüsse Arbeitsplätze sichern, echte Lohnerhöhungen dagegen Arbeitsplätze gefährden würden. Denn: je niedriger die Löhne, desto höher ihr Gewinn.

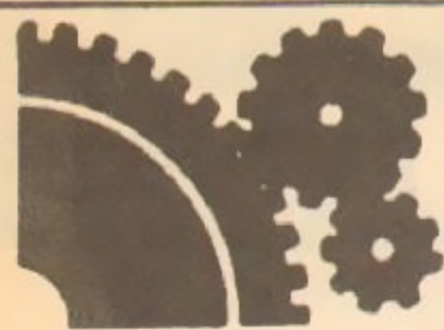
Und sie denken natürlich nicht daran, mit diesen Gewinnen — wie sie selber und ihre Sprachrohre immer aufs neue behaupten — Investitionen zur Sicherung der alten und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze vorzunehmen. Das Gegenteil ist der Fall. Das haben die letzten Jahre hinreichend bewiesen.

Nehmen wir nur die Druckindustrie. Jahr für Jahr haben die Gewerkschaftsbonzen „stabilitätsgerechte Abschlüsse" — auf deutsch: Lohnraubabschlüsse — mit den Unternehmern vereinbart. Und mit welchem Erfolg? Daß heute die Druckereiarbeiter gegen die Gefährdung von 32.000 Arbeitsplätzen kämpfen müssen, die der Rationalisierung vor allem im Satzbereich zum Opfer fallen sollen. In den anderen Bereichen der Industrie sieht es nicht anders aus. Die Investitionen der Kapitalisten haben in allen Branchen nur den einen Zweck, „überflüssige" Arbeitskräfte einzusparen und die Ausbeutung der verbleibenden Arbeiter noch weiter zu verschärfen.

Wenn sie nicht gleich ihre Betriebe hier in Westdeutschland dichtmachen bzw. ihre Produktion hier einschränken und stattdessen im Ausland investieren, wo ihnen noch höhere Profite winken. Es ist erst einige Wochen her, daß in Emden der letzte VW-Käfer vom Band lief. Denn während die VW-Bosse hier Tausende von Arbeitern auf die Straße warfen bzw. ihnen gemeinsam mit den IGM-Bonzen „arbeitsplatzsichernde" Lohnraubabschlüsse aufzwangen, verlagerten sie die gesamte Käferproduktion ins Ausland. VW ist kein Einzelfall. Von 1974 bis 1976 (also der Zeit der dauernden Massenarbeitslosigkeit in Westdeutschland) haben sich die Auslandsinvestitionen der deutschen Kapitalisten gegenüber den Jahren 1971 bis 1973 verdreifacht! Das ist die „arbeitsplatzschaffende Investitionspolitik" der Unternehmer!

Diese wenigen Beispiele zeigen bereits: Lohnverzicht sichert keinen einzigen Arbeitsplatz. Nicht durch Stillhalten und Ducken vor den Unternehmerdrohungen können Arbeitsplätze verteidigt werden, sondern allein im entschlossenen Kampf der Arbeiter gegen drohende Entlassungen, wie ihn jetzt die Druckereiarbeiter führen. Und vor allem: Wer heute die Arbeitslosigkeit gegen den Kampf für echte Lohnerhöhungen ins Feld führt, wird das immer tun. Denn die Zahl der Arbeitslosen wird in Zukunft nicht geringer werden. Sie wird noch mehr ansteigen, je mehr sich die kapitalistische Krise vertieft. Die Massenarbeitslosigkeit, die wir seit einigen Jahren in der Bundesrepublik haben, ist keine vorübergehende Erscheinung. Sie ist ein Grundübel des Kapitalismus.

Deshalb kann es für die Arbeiterklasse nicht heißen: Höherer Lohn oder Arbeitsplatz. Der Kampf muß sowohl für echte Lohnerhöhungen als auch gegen Entlassungen und Arbeitslosigkeit geführt werden. Je fester sich die Arbeiter in diesen Kämpfen zusammenschließen, je klarer sie dabei aufgrund ihrer Erfahrungen erkennen, daß nur im unversöhnlichen Klassenkampf gegen das Kapital und seine Handlanger der Ausweg für sie liegt, desto schneller wird auch der Tag herankommen, wo sie ihren Ausbeutern und Unterdrückern den entscheidenden revolutionären Kampf ansagen. Den Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland, in dem es Arbeit und Auskommen für jeden geben wird.



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Gewerkschaftsbonzen verraten den Kampf der Westberliner Tischler

Kürzlich wurde im „Roten Morgen" über den Streik der Westberliner Holz- und Kunststoffarbeiter berichtet. Nachdem die Unternehmer ein unverschämtes Angebot von 3,3% Lohnerhöhung gemacht hatten, erklärte die Gewerkschaft Holz und Kunststoff die Tarifverhandlungen für gescheitert. Die Urabstimmung ergab, 92% der organisierten Kollegen waren für Streik. Freitag, der 20. 1., war erster Streiktag für die ersten fünf Betriebe. Die Gewerkschaftstaktik sah vor, nur Punktstreiks zu machen und nicht, wie die Kollegen es forderten, einen gleichzeitigen geschlossenen Streik aller Tischler.

Am Montag traten noch weitere fünf Betriebe in den Streik, so daß nun etwa 300 Kollegen streikten. In Westberlin gibt es nur kleinere Betriebe in der holzverarbeitenden Industrie, die größeren, ca. 200 Arbeiter, haben alle Haustarifverträge, die erst später auslaufen, so daß die Kollegen schon insofern gespalten sind. Kein Kollege wußte genau, wer nun streikt. Dies hatten die Gewerkschaftsbonzen verhindert mit dem scheinheiligen Argument, sonst wüßten es die Kapitalisten und könnten etwas dagegen unternehmen.

Am Montag, dem 23. 1., dem zweiten Streiktag, wurden nun die Tarifverhandlungen weiter geführt. Die GHK rief mittags dazu auf, abends zu einer erneuten Streikversammlung zu kommen. Ihnen war also schon klar, daß sie abschließen wollten. Informiert wurden nicht etwa alle Kollegen, sondern nur die Kollegen der bestreikten Betriebe. Es kamen also nur etwa die Hälfte der Kollegen, die auf den anderen Versammlungen da waren. Die Bonzen wußten genau, was sie taten, denn mit dem Abschluß, den sie vorwiesen, waren die Tischler überhaupt nicht einverstanden. Statt den erwarteten 63 bis 69 Pfennig mehr die Stunde, besaßen sie die Frechheit, uns nur 55 Pfennig sofort und 8 Pfennig mehr ab Oktober anzubieten! Der eine Tag Urlaub mehr machte den Kohl auch nicht fett. Dazu machte H. Uttke, der GHK-Boß von Westberlin, die Verkündung des Abschlusses spannend wie eine Weihnachtsbescherung. Er erntete aber nicht Beifall, sondern Buh-Rufe und Pfiffe.

In der Diskussion meldeten sich die empörten Kollegen zu Wort und wiesen vor allen Dingen das Argument zurück, daß es doch ein besonderer Erfolg sei, daß die 55 Pfennig auch auf die Akkordlöhne angerechnet werden. Sie meinten, wenn schon Akkord gearbeitet wird, dann auf unsere Knochen. Der Kapitalist schenkt uns nichts. Für den Abschluß wagten nur Gewerkschaftsbonzen und einige reaktionäre Betriebsräte zu sprechen.

Der nächste Trick der Bonzen war nun, daß sofort über die Annahme des Tarifabschlusses abgestimmt werden sollte. Nicht etwa alle durften abstimmen, so wie es war, als der Streik beschlossen wurde. Diesmals waren nur die Kollegen der bestreikten Betriebe abstimmungsberechtigt! Diese Betriebe waren auch für die Bonzen gut ausgesucht. Es waren hochbezahlte Facharbeiter und Meister, z. B. Klavierbauer, die nicht so sehr auf die Lohnerhöhung angewiesen waren. Trotzdem ging den Bonzen bei der Abstimmung der Arsch auf Grundeis. Mehr als die Hälfte der Anwesenden war gegen sie. Während der Abstimmung sprachen die anwesenden Genossen mit den Kollegen, die heftig diskutierten. Immer wieder kam die Rede auf den Charakter der Gewerkschaft.

Als das Abstimmungsergebnis bekannt wurde, 134 für die Annahme und 106 dagegen, ging ein enttäuschtes Murren durch den Saal. Die Bonzen strahlten natürlich über ihren „Erfolg". Wir diskutierten weiter mit den Kollegen und verteilten am Eingang die RGO-Broschüre. Fast jeder zweite Kollege nahm eine mit nach Hause. Wir hörten auch oft Zustimmung, wenn wir riefen: „55 Pfennig sind Lohnraub!" Einige Kollegen wollten spontan aus der Gewerkschaft austreten und andere wieder sagten: „Was, Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, da hast du recht!"

Stadtteilzelle Kreuzberg, Westberlin.

Wer nicht besser spurt, wird entlassen!

Die Schiffswerft Schmidt in Remagen-Oberwinter bei Bonn ist ein kleiner Betrieb mit 15 Beschäftigten. Der Werftbesitzer ließ im Betrieb vor kurzem einen Aushang anbringen, der bei den Kollegen große Empörung ausgelöst hat. Unter der Überschrift „Bekanntmachung" wird da der Belegschaft in unverschämter Weise vorgeworfen, sie sei faul und würde zu wenig „Betriebsinteresse" zeigen, und unverhohlen droht Werftbesitzer Schmidt in der „Bekanntmachung": Wer nicht besser spurt, wird entlassen.

In dem Aushang heißt es unter anderem: „Die Betriebsleitung ist mit den meisten Arbeitern nicht zufrieden, da zu viele Stunden für die Ausführung gebraucht werden und zu viele Arbeiten doppelt gemacht werden... Die Krankheitsrate ist in unserem Betrieb so hoch angestiegen, daß hier sofort Abhilfe geschaffen werden muß, da der Betrieb das finanziell nicht verkraften kann... Wir möchten darauf hinweisen, daß jeder krank werden kann und daß wir dafür volles Verständnis haben, kein Verständnis haben wir für die laufenden Kurzkrankheiten und Fehltage. Das Argument, der Arzt hat mich krankgeschrieben, muß jeder selbst verantworten. Unser Betrieb muß Mitarbeiter haben, die Arbeit leisten. Es gibt in unserem Falle nur zwei Möglichkeiten. Erste Möglichkeit: Wir müssen uns von den Mitarbeitern trennen, die bei jeder Gelegenheit krankfeiern. Zweite Möglichkeit: Wir müssen die Belegschaft auf 19 Mitarbeiter reduzieren, damit die Krankenkasse 70 Prozent des Lohnausgleichs übernimmt (wie wir erfahren haben, sind in dem Betrieb jedoch nur 15 Leute beschäftigt — die Redaktion)... Die Geschäftsleitung hat sich fest entschlossen, ab 2. Januar 1978 nach einem Leistungsprinzip zu arbeiten, so daß der Lohn gerecht verteilt wird. Es wird hier ganz klar nach einer vorgeschriebenen Richtlinie vorgegangen, d. h. wer fleißig und strebsam ist, soll mehr verdienen... Wir sind der Meinung, daß mit ein wenig Vernunft und mit Verantwortung unsere Werft für alle Mitarbeiter ein sicherer Arbeitsplatz ist, wer jedoch nicht gewillt ist, ein wenig Betriebsinteresse zu zeigen, dem können wir nur sagen, daß er in unserer Firma fehl am Platze ist..."

Der Aushang ist von Werftunternehmer Schmidt persönlich unterschrieben. Ähnlich unverfroren wie Schmidt gehen die Kapitalisten in vielen Kleinbetrieben gegen die Belegschaft vor. Oft haben die Arbeiter in solchen Gegenden kaum Chancen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Das nutzen die Ausbeuter brutal aus. Andererseits sind in Kleinbetrieben die Voraussetzungen meist schwierig, um durch Kampfmaßnahmen dem Kapitalisten die gebührende Antwort zu erteilen. Trotz der Empörung kam es auch bei Schmidt in diesem Fall noch nicht dazu. „Aber was nicht ist, kann ja noch werden", meinte ein Kollege von der Werft.

Ein Genosse aus Bonn.

Bonn zahlt 36 Millionen an Unternehmer

Schmutzige Geschäfte mit der Jugendarbeitslosigkeit

„Männerberufe auch Mädchen öffnen" — unter diesem Schlagwort preisen die Zeitungen ein Subventionsprogramm der Regierung an, das angeblich dazu dienen soll, die Jugendarbeitslosigkeit einzuschränken und besonders die extrem schlechten Berufsaussichten der Mädchen zu verbessern.

Im Rahmen von sogenannten „Modellversuchen der Wirtschaft in der beruflichen Bildung" erhalten die Unternehmer, die Mädchen in einem „typisch männlichen" Beruf ausbilden lassen (z. B. als Betriebsschlosser), fette Subventionen vom Staat. Bisher waren es 50 Prozent, jetzt sind es 75 Prozent der angeblich dabei entstehenden „Mehrkosten".

Man fragt sich natürlich: Warum sollen denn überhaupt zusätzliche Kosten dabei entstehen? Aber keine Sorge: Da wird es den Unternehmern nicht an Phantasie mangeln. Immerhin sind im neuen Bundeshaushalt für „Modellversuche der Wirtschaft in der beruflichen Ausbildung" 36,5 Millionen Mark vorgesehen. Dazu kommen noch die Gelder, die die Landesregierungen für „Modellversuche" zusätzlich zur Verfügung stellen. Das Land NRW z. B. bezahlt jedem Unternehmer, der Mädchen in einem typischen Männerberuf ausbildet oder auch umgekehrt, Jungen in einem „Frauenberuf", einen Zuschuß von 400 Mark pro Kopf und Monat. Für die gesamte Ausbildungszeit kassiert der Unternehmer so bis zu 14.400 DM pro Kopf.

Wirklich bemerkenswert, wie großzügig der Staat hier mit Geld um sich wirft. Aber wenn es darum geht, den Unternehmern noch mehr Steuergelder in den Rachen zu stopfen, waren die Politiker ja noch nie um einen Vorwand verlegen. Ginge es wirklich darum, den Arbeiterfrauen bessere Voraussetzungen für eine Berufstätigkeit zu schaffen, warum macht man dann keine müde Mark locker, um z. B. mehr Kindertagesstätten zu schaffen? Das wäre doch in dieser Hinsicht dringend notwendig! In Wahrheit ist das Gerede, die „Modellversuche" seien Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage der Jugendlichen und zur Einschränkung der Jugendarbeitslosigkeit nichts als Augenwischerei.

Besonders deutlich wird dies an einer anderen Spielart der sogenannten Modellversuche, an den „Betreuungsverträgen". Jugendliche, die vergeblich nach einer Lehrstelle gesucht haben, können vom Unternehmer mit einem sogenannten Betreuungsvertrag eingestellt werden. Sie werden dabei für ein Jahr als Hilfsarbeiter beschäftigt, erhalten jedoch höchstens 60 Prozent eines Hilfsarbeiterlohnes. Der Staat belohnt den Kapitalisten für diese „soziale Tat" mit 3.000 DM Zuschuß pro Kopf. Der Kapitalist ist jedoch nicht etwa in irgendeiner Weise verpflichtet, den betreffenden Jugendlichen anschließend auch weiterzubeschäftigen oder ihm gar eine Lehrstelle zu geben. Falls er ihm jedoch gnädigerweise doch noch eine Lehrstelle gibt, erhält er auch noch einen zusätzlichen Zuschuß vom Staat.

Man sieht: Dafür, daß die Kapitalisten die elende Lage der arbeitslosen Jugendlichen zynisch ausnutzen, um sie für einen wahren Hungerlohn für sich schuften zu lassen und Extraprofite aus ihnen herauszupressen, erhalten sie auch noch Prämien vom Staat. Und das nennen die Regierungsvertreter und die bürgerliche Presse dann unverfroren „Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsausbildung und zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit".

Gespräch mit einem Hafenarbeiter

"Die haben uns übers Ohr gehauen!"

Die Genossen der Hafen-Parteizelle in Bremen führten ein Gespräch mit einem Hafenarbeiter über seine Erfahrungen bei dem Streik an der Küste. Der Kollege berichtet über die kämpferische Stimmung, von der die Streiktage geprägt waren, und die Empörung über den ersten Abschluß. „Wir haben gleich gesagt: Die haben uns übers Ohr gehauen. Die können nicht einfach 7% ab Februar abschließen und uns um den Januar betrügen. Und dann muß ich sagen, die Flugblätter, die wir gekriegt haben vom „Anstorm" (Hafenzeitung der Partei — die Red.), die haben es ja groß gebracht: 6,4% bedeutet das, aufs Jahr umgerechnet. Viele Kollegen wären da gar nicht hinter gekommen, wenn dieses Flugblatt nicht morgens rausgekommen wäre, und hätten bei der Urabstimmung mit Ja gestimmt."

Auch die Aussetzung des Streiks einen Tag vor der Urabstimmung, so sagt der Kollege weiter, ist von vielen Arbeitern als Verrat bezeichnet worden. „Erst mal haben die uns ja gar nicht gefragt. Der Montag hätte noch Streiktag sein müssen. Erst nach der Urabstimmung hätte weiter verhandelt werden dürfen." Entsprechend ist jetzt im Hafen auch die Stimmung der Arbeiter gegenüber der ÖTV. „Ich würde sagen", meint der Kollege, „die haben jetzt ein paar Austritte zu vermelden." Und wie stellen sich die Arbeiter im Hafen zu Alternativen zur ÖTV?

„Ja, darüber wird jetzt viel diskutiert. Ich habe schon viel mit Kollegen gesprochen, und ich würde sagen: Wir brauchen eine eigene Gewerkschaft, nur für den Hafen, für die Hafenarbeiter, die unsere Forderungen besser durchsetzt." In einer solchen Gewerkschaft, so meint der Kollege, müßten die Arbeiter selbst ihre Satzung aufstellen und die Organisation müßte auch unabhängig sein vom DGB. Die Bremer Genossen haben in der letzten Zeit mehrere hundert Exemplare der RGO-Broschüre im Hafen verteilt. Wie ist diese Broschüre von den Arbeitern aufgenommen worden?

„Ja, da wurde drüber diskutiert, und die meisten Kollegen haben sie wirklich gelesen. Es gibt ja auch manche, die werfen sowas einfach weg. Ich kann da noch so ein Ding erzählen. Da wurde die Broschüre verteilt, und so ein ÖTV-Funktionär kam an und sagte: ‚Hier, putz dir die Nase damit, schmier dir das ins Gesicht.' Das fand ich widerlich."

Der Kollege sagte auch noch, daß der „Anstorm" den Arbeitern in ihrem Kampf sehr geholfen hat. „Wir haben viele Informationen dadurch gekriegt, die wir von den ÖTV-Flugblättern gar nicht gekriegt hätten. Das kann ich wohl sagen." Und zu dem Bericht des „Roten Morgen" über den Streik in den Seehäfen sagte der Kollege: „Dieser Artikel gibt genau das wieder, die Wahrheit, die stimmt."

Sofortige Wiedereinstellung von Jürgen Dibbern!

Wir berichteten bereits, daß während des Hafenarbeiterstreiks in Hamburg der Streikposten Jürgen Dibbern, Maschinenschlosser in der Containerreparatur der Hafenfirma Buss, fristlos entlassen wurde. Begründung: Er habe während des Streiks unbefugterweise das Werksgelände betreten. Diese freche Maßregelung eines Streikpostens stieß in Hamburg auf breite Empörung, besonders natürlich unter den Hafenarbeitern. Der „Rote Handhaken", die Hafenzeitung der KPD/ML, informierte die streikenden Kollegen sofort über die Entlassung und rief zur Solidarität auf.

Auch das Regionalfernsehen und die bürgerliche Presse kamen nicht umhin, über den Fall zu berichten. Selbst die „Bild"-Zeitung brachte eine kleine Notiz. Auf diesem Hintergrund gelang es Jürgen Dibbern nun, eine einstweilige Verfügung beim Arbeitsgericht zu erwirken, die die Firma Buss verpflichtet, ihn ab sofort wieder zu beschäftigen, bis das Arbeitsgericht über die Rechtmäßigkeit der Kündigung verhandelt und entschieden hat.

Es war am 27. Januar. Jürgen Dibbern war mit drei weiteren Kollegen als Streikposten im Einsatz. Da kam ihnen das Gerücht zu Ohren, bei Buss werde wieder gearbeitet. Sofort setzten die vier sich ins Auto unf fuhren zum Haupttor der Firma. Jürgen ging kurz entschlossen durchs Tor. Er wollte feststellen, ob tatsächlich gearbeitet wurde. Unterwegs begegnete ihm der Betriebsleiter Brakelmann. Brakelmann forderte ihn auf, sofort das Werksgelände zu verlassen, was Jürgen vorsichtshalber auch tat.

Tage später hörte Jürgen, ein Streikposten sei gemaßregelt worden. Er fragte den Betriebsratsvorsitzenden seiner Firma, Brackhaus, einen verhaßten Arbeiterverräter, wer dieser Entlassene sei und erfuhr, daß er selbst es war. Das Entlassungsschreiben hatte ihn bis dahin noch gar nicht erreicht. Auf Jürgens Frage an Brackhaus, ob er nichts gegen die Entlassung unternehmen wolle, entblödete dieser Bonze sich nicht zu entgegnen, es würde ja gestreikt und das bedeute, auch der Betriebsrat sei im Streik, deshalb könne er nichts machen.

Jürgen rief bei der Streikleitung der ÖTV an, informierte sie über seine Entlassung und forderte sie auf, in die Verhandlungen mit den Hafenbossen die Forderung mit einzubringen: Keine Maßregelung von Streikenden. Dies lehnten die ÖTV-Bonzen ab!

Die Arbeitskollegen sind mit Jürgen solidarisch. Sie kennen ihn als kämpferischen Kollegen, der bei ihrem Kampf gegen die Einführung des Leistungslohnes (einer Art Akkord) an der Spitze gestanden ist. Und er ist ihr gewählter Sprecher. Sie wissen, daß die Buss-Kapitalisten nur auf einen entsprechenden Anlaß gewartet haben, um Jürgen rauszuschmeißen. Sie wissen aber auch, daß diese Entlassung sich zugleich gegen den Streik richtet, daß sie eine Demütigung der Hafenarbeiter sein soll.

Am Donnerstag erließ das Arbeitsgericht die einstweilige Verfügung gegen die Buss-Kapitalisten. Aber als Jürgen am darauffolgenden Tag wieder seine Arbeit antreten wollte, sperrten ihn die Bosse aus. Er habe ja noch keinen schriftlichen Bescheid vom Arbeitsgericht, war die höhnische Begründung. **Aber der Kampf gegen die Maßregelung des Streikpostens Jürgen Dibbern wird weitergeführt, nach der Losung: Einer für alle, alle für einen! Sofortige Wiedereinstellung des Kollegen Jürgen Dibbern!**

Revolutionäre Listen bei den Betriebsratswahlen DGB-Apparat wehrt sich verzweifelt

BASF: Sieg für RGO-Liste

Die Liste der RGO bei BASF in Ludwigshafen hat nun endgültig gegen die schmutzigen und illegalen Manöver und Machenschaften der IG-Chemie-Bonzen gesiegt. Ihre Gültigkeit mußte anerkannt und sie mußte an der Auslosung der Listenplätze beteiligt werden. Die Liste hat die Listennummer 3 erhalten. Das ist eine böse Schlappe für den DGB-Apparat und ein großer Erfolg für alle klassenbewußten und revolutionären Gewerkschafter.

Noch in der vergangenen Woche hatten die IG-Chemie-Bonzen zu einem neuen schmutzigen Manöver gegriffen, nachdem es ihnen nicht gelungen war, durch eine beispiellose Hetz- und Verleumdungskampagne und durch Erpressungen gegenüber den Unterzeichnern der RGO-Liste die Liste unter die notwendigen hundert Unterschriften zu drücken. Zwar hatten 26 Kollegen dem Druck der Bonzen nachgegeben und ihre Unterschriften auf der RGO-Liste ungültig gemacht. Aber gleichzeitig hatten 23 andere BASF-Arbeiter bei der RGO-Liste, dem Terror des Gewerkschaftsapparats zum Trotz, neu unterschrieben.

Nun wurden die Kollegen, die ihre Unterschrift zurückgezogen hatten, erneut von den Bonzen vorgeladen. Diesmal, um zu unterschreiben, sie seien von den Unterschriftensammlern der RGO-Liste „arglistig getäuscht" worden. Dabei wurde den Kollegen teilweise gedroht, falls sie nicht unterschreiben, würden sie vom „Ordnungsausschuß" (der von Betriebsrat und Werksleitung paritätisch besetzt ist) Schwierigkeiten bekommen: „Du suchst doch eine Werkswohnung?" oder: „Man hat Sie im Betrieb mit einer Flasche Bier gesehen."

Es ist die bekannte Logik von Erpressern: Haben sie ihr Opfer erst einmal in den Klauen, so lassen sie es nicht mehr in Frieden. Nachdem die Kollegen von der IG Chemie zu dieser weiteren Unterschrift gezwungen werden sollten (bzw. wurden, wir wissen nicht, wieviele tatsächlich unterschrieben haben), wurden sie auch vor den Wahlvorstand vorgeladen, um dort noch einmal eine gleichartige Erklärung zu unterschreiben. Der Wahlvorstand verlangte überdies vom Listenführer der RGO-Liste, daß er die Namen der Unterschriftensammler nennen solle, damit diese den Kollegen gegenübergestellt werden könnten. Man wollte so der erpreßten Erklärung, es sei „arglistige Täuschung" im Spiel gewesen, einen Schein von Beweisen verleihen. Die RGO-Liste lehnte dieses schamlose Ansinnen natürlich strikt ab.

Der Wahlvorstand ist zu derartigen „Untersuchungen" überhaupt nicht befugt. Sein Vorgehen ist illegal. Er hat sich inzwischen ganz offen zum Büttel des IG-Chemie-Apparats gemacht und läßt dabei das BVG einfach BVG sein. Doch alle diese Manöver und Unterdrückungsmaßnahmen waren vergeblich. Was die IG-Chemie-Bonzen so enorm fürchteten, konnten sie doch nicht verhindern: Daß bei den Betriebsratswahlen bei BASF ihrer Liste des reaktionären Gewerkschaftsapparats eine Liste der RGO gegenübersteht.

Oppositionelle Liste bei Casella

Donnerstag, 2. 2. 78: Die Oppositionelle Liste zu den Betriebsratswahlen 78 bei Casella (Farbwerke Höchst) in Frankfurt wird eingereicht. Drei revolutionäre Kollegen kandidieren auf der Liste: der 27jährige Schichtarbeiter Michael Köster, der 25jährige Elektriker Dieter Müller und der 36jährige Schichtarbeiter Bernhard Heinz. Innerhalb kürzester Zeit konnten fast 130 Unterschriften für die Liste gesammelt werden. Trotz unglaublicher Hetze, trotz Erpressung und Druck gegenüber den Kollegen konnte die Liste nicht zu Fall gebracht werden. Die Oppositionelle Liste steht und hat nun nach der Auslosung die Bezeichnung „Liste 2".

Betriebsrat und Gewerkschaftsapparat waren schockiert, als die Oppositionelle Liste eingereicht wurde. Briefe an die IG-Chemie-Mitglieder wurden verschickt. Darin werden die Kollegen, die die Oppositionelle Liste unterschrieben haben, aufgefordert, ihre Unterschrift zurückzuziehen. Der Gewerkschaftsausschluß wird angedroht. Gleichzeitig wird bekanntgegeben, daß gegen die drei Kandidaten der Oppositionellen Liste bereits ein Ausschlußverfahren läuft.

Aber das ist noch nicht alles. Nachdem der Betriebsrat und die Kandidaten der IG-Chemie-Liste gemeinsam beraten hatten, was gegen die Oppositionelle Liste zu tun sei, werden die Kollegen im Betrieb unter Druck gesetzt. Einige Vertrauensleute laufen in den Abteilungen herum. Teilweise werden die Chefs eingeschaltet. Man verleumdet die drei Kandidaten, fordert die Kollegen auf, ihre Unterschrift für die Oppositionelle Liste zurückzuziehen. Einigen wird sogar mit Entlassung gedroht!

Warum diese Hektik, diese üblen Methoden? Die drei Kollegen der Oppositionellen Liste vertreten die Interessen der Kollegen. Das wissen die Bonzen. Und es läuft ihnen allein bei dem Gedanken, mit ihnen zusammen im Betriebsrat zu sein, der kalte Schauer über den Rücken. Denn die revolutionären Betriebsräte werden der Mauschelpolitik den Kampf ansagen und rückhaltlos die Kollegen informieren. Sie werden gegen Arbeitshetze, Rationalisierung und Entlassungen die Sache der Arbeiter vertreten. Sie werden ständig den Kontakt zu den Kollegen in den Betrieben halten und ausbauen.

Deshalb fürchten die Bonzen die Oppositionelle Liste. Deshalb findet sie aber auch bei den Kollegen Sympathie und Unterstützung. Zwar haben einige Kollegen auf den Druck des Gewerkschaftsapparats hin ihre Unterschrift für die Oppositionelle Liste zurückgezogen. Die Mehrheit aber hat sich nicht einschüchtern lassen. Die „Oppositionelle Liste" steht. Kapitalisten und Gewerkschaftsapparat haben bei der Betriebsratswahl bei Cassella eine entscheidende Schlappe erlitten.

Oppositionelle Liste bei Thyssen

„Mit Täuschungstricks in Thyssen-Wohnungen: IG Metall warnt vor Unterschriftensammlern", so ist ein Lügen- und Hetzartikel in der „WAZ" (auflagenstärkste Tageszeitung im Ruhrgebiet) überschrieben. Es geht um die Betriebsratswahl bei der Thyssen AG in Duisburg in den Werken Hamborn/Beeckerwerth. Auch hier, in dem riesigen Stahlkomplex im Duisburger Norden, hat sich eine oppositionelle Liste gebildet. Eine Liste, die sich die Aufgabe gestellt hat, kompromißlos für die Forderungen der Arbeiter einzutreten.

Fünf Thyssenarbeiter kandidieren auf der Liste, unter ihnen der entlassene Arbeiter Fritz Rassmann, der unter den Kollegen als Kommunist bekannt ist. Fritz wurde im letzten Dezember, nachdem er auf der Belegschaftsversammlung gesprochen hatte, fristlos entlassen. Seine Kandidatur mußte aber anerkannt werden, obwohl die Thyssen-Kapitalisten Werksverbot über ihn verhängt haben, denn das Verfahren vor dem Arbeitsgericht ist noch nicht abgeschlossen.

In der vergangenen Woche sammelte die oppositionelle Liste innerhalb und außerhalb des Betriebs Unterschriften für ihren Wahlvorschlag. Kaum hatten die Betriebsrats- und IGM-Bonzen Wind davon bekommen, begannen sie mit einer unglaublichen Unterdrückungskampagne, um zu verhindern, daß die nötigen mindestens hundert gültigen Unterschriften zusammenkamen. Das Strickmuster war das gleiche wie bei BASF. Offensichtlich hat die DGB-Führung eine zentrale Taktik festgelegt. Bulitz, 1. Bevollmächtigter der IGM und berüchtigter Arbeiterfeind, gab eine Lügenerklärung gegenüber der Presse ab, die sofort von den Tageszeitungen übernommen und abgedruckt wurde. Da konnte man dann lesen: „Kommunistische Extremisten" würden vorgeben, im Auftrag der IGM Unterschriften zu sammeln, „da sie unter ihrem Firmenzeichen nicht ankommen". Nach dem bekannten Motto, etwas bleibt immer hängen, log die „WAZ" hemmungslos: „Bei Hausbesuchen schrecken die Werber und Werberinnen nicht davor zurück, Ehefrauen von Beschäftigten der Thyssen AG zu überreden, die Unterschriften ihrer Ehemänner zu fälschen." Und wie im Fall der RGO-Liste bei BASF wurde in diesem Hetzartikel dann ein Aufruf an die Unterzeichner der oppositionellen Liste erlassen, sich beim IGM-Apparat zu melden, um ihre Unterschrift zurückzuziehen.

Auch in diesem Fall drohte der IGM-Apparat den Unterzeichnern mit Gewerkschaftsausschluß. Hunderte von Vertrauensleuten wurden zudem in den Hüttenbetrieben losgeschickt, mit dem Auftrag, alle Arbeiter dazu zu drängen, die Liste der IGM zu unterschreiben und dazu noch eine Erklärung, daß ihre Unterschrift, sollte sie auf einer anderen Liste erscheinen, keine Gültigkeit habe. Als Köder wurde den Kollegen vorgelogen, sie würden damit für Persönlichkeitswahl unterschreiben. Aber das ist ein widerlicher Betrug. Es stellen sich bei Thyssen ohnedies mehrere Listen zur Wahl. Es gab hier noch nie Persönlichkeitswahl, und die IGM-Bonzen haben sich auch noch nie dafür eingesetzt.

Die ganze bodenlose Verlogenheit dieses Vorgehens zeigt sich daran, daß zwei Vertrauensleute, als sie vor zwei Monaten von sich aus eine Unterschriftensammlung für Persönlichkeitswahl starteten, von den IGM-Bonzen sofort als Vertrauensleute abgesetzt wurden und daß sie zudem noch ein Ausschlußverfahren bekamen. Aber obwohl man auf die Arbeiter Druck ausübte, sogar mit Gewerkschaftsausschluß drohte, weigerten sich teilweise ganze Kolonnen geschlossen zu unterschreiben. Es gelang dem IGM-Apparat nicht, zu verhindern, daß die oppositionelle Liste 147 Unterschriften bekam. Es gelang ihm auch nicht, die Unterschriftenzahl durch Ungültigmachen von Unterschriften unter die Mindestgrenze von 100 zu drücken.

Nun greifen die Bonzen zu einem neuen Manöver. Sie setzen die Kandidaten der Liste massiv unter Druck, um zu erreichen, daß möglicherweise einer es nicht wagt, seine Einverständniserklärung für seine Kandidatur beim Wahlvorstand einzureichen. Werden nämlich diese Erklärungen nicht von allen Kandidaten fristgerecht eingereicht, dann braucht die Liste nicht anerkannt zu werden. Darauf setzen die Bonzen jetzt ihre Hoffnung. Sogar Betriebsratsvorsitzender Weihs persönlich suchte einen der Kandidaten in seiner Wohnung auf, um ihn zu bearbeiten. Die Erfahrung zeigt, daß Bonzen vom Schlage eines Weihs vor nichts zurückschrecken, nicht einmal vor Erpressung, um ihre schmutzigen Ziele durchzusetzen. Und sie haben eine Höllenangst davor, daß die oppositionelle Liste bei Thyssen zur Wahl steht. Sie wissen ganz genau, daß viele Kollegen, den niederträchtigen Verrat des Gewerkschaftsapparats endgültig satt haben und der klassenkämpferischen Liste ihre Stimme geben werden. Wir werden im nächsten „Roten Morgen" berichten, wie der Kampf bei Thyssen weitergegangen ist.

Zu den rechtlichen Bestimmungen für die Betriebsratswahl

Die Vorschlagslisten

Wer kann kandidieren?

Eine Mindestzahl von Kandidaten für eine Vorschlagsliste ist nicht vorgeschrieben. Ein Kandidat kann schon eine Liste bilden. Jeder Kandidat darf nur auf einer Liste kandidieren. Kandidieren kann jeder Wahlberechtigte, der mindestens sechs Monate Betriebszugehörigkeit nachweisen kann.

Wieviele Unterschriften sind notwendig?

Jede Liste muß von mindestens einem Zehntel (mindestens aber drei) wahlberechtigten Gruppenangehörigen unterschrieben sein. Wo allerdings ein Zehntel der wahlberechtigten Gruppenmitglieder mehr als hundert ergibt, genügt die Unterzeichnung von mindestens hundert wahlberechtigten Gruppenangehörigen. Auch die Unterschriften der Kandidaten selbst zählen mit. Bei gemeinsamer Wahl wird von der Gesamtzahl der Wahlberechtigten ausgegangen.

Stichtag, um auf der Grundlage der Belegschaftsstärke die notwendige Zahl der Unterschriften festzulegen, ist der Tag, an dem das Wahlausschreiben erlassen wurde.

Ein Unterzeichner muß als Listenvertreter angegeben werden, ansonsten wird der erste Unterzeichner auf der Liste dazu erklärt. Der Listenvertreter führt alle Verhandlungen mit dem Wahlvorstand. Er sollte sich also in den rechtlichen Bestimmungen einigermaßen auskennen.

Gültigkeit oder Ungültigkeit von Unterschriften

Nach dem BVG darf jeder Wahlberechtigte nur eine Liste unterzeichnen. Im Personalvertretungsgesetz ist diese Beschränkung nicht enthalten. Hat in einem Betrieb, der unter das BVG fällt, ein Kollege mehrere Listen unterschrieben, so muß er sich auf Aufforderung des Wahlvorstands innerhalb einer ihm gesetzten Frist, spätestens vor Ablauf von drei Arbeitstagen, für eine bestimmte Liste erklären. Dann wird die Unterschrift auf der anderen Liste gestrichen. Unterbleibt eine solche fristgemäße Erklärung des Kollegen, so gilt seine Unterschrift automatisch auf der Liste, die zuerst eingereicht wurde. Das zu wissen ist wichtig, weil der DGB-Apparat häufig die Kollegen zu überrumpeln versucht, indem er möglichst vielen Kollegen die Unterschrift für seine Liste ablockt (etwa unter dem Vorwand, man müsse Spaltungsversuche der CDU abwehren). Kollegen, die zuerst bei einer Liste der DGB-Bonzen unterschrieben haben, können jedoch ohne weiteres nachträglich noch bei einer RGO-Liste unterschreiben und dann bei der Betriebsadresse des Wahlvorstands schriftlich erklären, daß die Unterschrift auf der RGO-Liste gelten und die Unterschrift auf der DGB-Liste gestrichen werden soll.

Unterschriftensammeln während der Arbeitszeit?

Laut BVG können die Unterschriften auch während der Arbeitszeit gesammelt werden. Hier sind aber viele Auslegemöglichkeiten. Kandidaten sind beim Unterschriftensammeln besser geschützt als andere Kollegen. Der Listenvertreter wiederum kann mehr Aktivität, als zur Ausübung des aktiven Wahlrechts erforderlich, geltend machen als die anderen Kandidaten. Grundsätzlich dürfen die Aktivitäten den Rahmen dessen nicht überschreiten, was zur Ausübung des aktiven Wahlrechts erforderlich ist. So ist es beispielsweise nicht unbedingt erforderlich, im Betrieb ein vielfaches der notwendigen Unterschriften zu sammeln. Tut man das, dann könnte die Geschäftsleitung mit einem schriftlichen Verweis durchkommen. Allerdings hat die Geschäftsleitung nicht das Recht, den Stand der Unterschriftensammlung durch Einblick in die Listen zu kontrollieren. Sie kann sich jedoch auf Zeugenaussagen ihrer Spitzel stützen.

Welche Bedingungen müssen die Listen erfüllen?

Die Listen müssen vor Ablauf von zwei Wochen seit dem Tag des Erlasses des Wahlausschreibens bei der Betriebsadresse des Wahlvorstands eingereicht werden. Sie müssen folgende Bedingungen erfüllen:

1. Familienname, Vorname, Geburtsdatum, Art der Beschäftigung im Betrieb, Gruppenzugehörigkeit der Kandidaten müssen angegeben sein.
2. Die notwendige Zahl von Unterschriften.
3. Beigefügt sein muß die schriftliche Zustimmung der Kandidaten zur Kandidatur auf der Liste.
4. Die Reihenfolge der Kandidaten muß eindeutig erkennbar sein.
5. Die Liste sollte ein Kennwort (z. B. RGO) enthalten. Enthält sie kein Kennwort, dann werden die Namen der ersten beiden Bewerber zur Kennzeichnung verwendet.

Der Wahlvorstand ist verpflichtet, das Datum, an dem die Liste eingereicht wurde, schriftlich zu bestätigen. Der Wahlvorstand hat die Liste unverzüglich zu prüfen, möglichst binnen einer Frist von zwei Arbeitstagen nach Eingang. Liegen Ungültigkeit oder Beanstandungen bei einer Liste vor, muß der Wahlvorstand den Listenvertreter unverzüglich schriftlich unter Angabe der Gründe unterrichten.

Der Listenvertreter ist verpflichtet und berechtigt, beim Wahlvorstand notwendige Erklärungen abzugeben und Beanstandungen der Liste zu beseitigen. Er hat auch die Erklärungen und Entscheidungen des Wahlvorstands entgegenzunehmen. Daraus folgt, daß er erreichbar sein muß. Ansonsten können Fristversäumnisse des Wahlvorstand schwer nachgewiesen werden.

Gründe für die Ungültigkeit einer Liste

1. Nicht fristgemäße Einreichung;
2. nicht erkennbare Reihenfolge der Kandidaten;
3. zu wenig Unterschriften.

Gegen Punkt 1 kann man sich weitgehend absichern, indem man sich den Tag der Einreichung der Liste schriftlich vom Wahlvorstand bestätigen läßt. Dazu ist dieser verpflichtet. Um den zweiten Ungültigkeitsgrund auszuschließen, müssen die Kandidaten auf der Liste durchnumeriert werden und möglichst nicht hintereinander, sondern untereinander auf der Liste aufgeführt werden. Um die notwendige Zahl von Unterschriften sicherzustellen, sollte man eine gewisse Anzahl von Unterschriften über die erforderliche Mindestzahl hinaus sammeln, damit auch bei Streichungen von Unterschriften die erforderliche Anzahl noch gegeben ist.

Wie sollen die Listen abgefaßt sein?

Die formalen Bedingungen für die Unterschriftenlisten sind in den Gesetzen nicht genauer ausgeführt. Um möglichst wenig Vorwände für Beanstandungen und Ungültigkeitserklärungen zu geben, sollten folgende Punkte berücksichtigt werden:

1. Auf jedem Blatt der Unterschriftenliste stehen die Kandidaten in numerierter Reihenfolge mit den für die Vorschlagslisten geforderten Angaben (Familienname, Vorname, Geburtsdatum, Art der Beschäftigung im Betrieb, Gruppenzugehörigkeit).

2. Daran anschließend etwa folgender Wortlaut: „Hiermit erkläre ich meine Unterstützung für die obige Vorschlagliste zu den Betriebsratswahlen.

3. Dann kommt der Platz für die Unterschriften der Kollegen, die folgende Rubriken ausfüllen sollten: Familienname, Vorname, Geburtsdatum, Gruppenzugehörigkeit, Abteilung, Unterschrift.

(Aus Platzgründen bringen wir den letzten Teil zu den Vorschlagslisten: „Gründe für Beanstandungen einer Liste" im nächsten „Roten Morgen").

Interview mit einem Lehrergenossen

Was meinen Lehrer zur Koop-Schule?

Gegenwärtig finden in Nordrhein-Westfalen heftige Diskussionen um die sogenannte Koop-Schule statt. Die Regierung lobt sie in den Himmel, die Opposition verteufelt sie und hat sogar ein Volksbegehren dagegen inszeniert. Keiner von beiden aber denkt daran, die Eltern überhaupt erst einmal richtig über diese „Reform" zu informieren. Wie soll diese Koop-Schule aussehen? — fragten wir einen Lehrergenossen aus dem Ruhrgebiet.

Antwort: Die vierstufige Grundschule soll wie bisher bestehen bleiben. Daran soll sich aber eine „Orientierungsstufe" anschließen, die aus den fünften und sechsten Klassen besteht. Auf dieser Stufe soll im Gegensatz zu bisher noch nicht unterteilt werden nach Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Alle Schüler bleiben vielmehr bis einschließlich dem sechsten Schuljahr zusammen. Jedoch werden bereits im fünften Schuljahr in enormem Maße Testverfahren, Arbeiten und andere Leistungsmessungen durchgeführt. Damit werden bereits Vorentscheidungen für die weitere Schulbildung getroffen. Ab siebtem Schuljahr beginnen die herkömmlichen Zweige Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Die Unterschiede zu heute sind: Diese Schulen können sich in einem Gebäude befinden (etwa im Keller die Hauptschule, im Erdgeschoß die Verwaltung, im ersten Stock die Realschule und im zweiten und dritten Stock das Gymnasium), und es werden noch viel mehr als bisher Leistungskurse durchgeführt, der Druck auf Schüler und Lehrer wird auf jeden Fall stärker werden.

Frage: Was hältst du von den Argumenten, mit denen die Befürworter die „Vorteile" der Koop-Schule begründen?

Antwort: NRW-Kultusminister Girgensohn behauptet, durch die Koop-Schule werde eine zu frühe Auslese ausgeschaltet bzw. auf das Ende des sechsten Schuljahres verschoben. Das Gegenteil ist der Fall. Ich sagte bereits, daß schon zu Beginn des fünften Schuljahres eine gnadenlose Test- und Beurteilungsjagd auf die Schüler veranstaltet wird, um praktisch von Staats wegen eine Trennung von „Spreu und Weizen" vorzunehmen, es soll hier bereits jeder den Kapitalisten unbequeme „Ballast" ausgesondert werden. Die Eltern und die Schüler selbst haben kaum eine Möglichkeit der freien Entscheidung. Die Anzahl der Plätze in den weiterführenden Schulen ab siebtem Schuljahr liegen fest. Nach diesen Zahlen wird ab dem fünften Schuljahr ausgesondert.

Frage: Die Befürworter sagen, daß die Eltern ein größeres Mitspracherecht bekommen. Was hältst du davon?

Antwort: Das ist eine glatte Lüge. Durch das neue Schulmitwirkungsgesetz sollen die Eltern halbparitätisch an schulischen Angelegenheiten wie Stundenplan, Bücherauswahl, Stoffverteilung usw. mitwirken dürfen. Das ist aber purer Hohn, denn auf der anderen Seite stehen die Lehrer und die Schulleitung mit der weiteren Hälfte der Stimmen, wobei bei Stimmengleichheit die Stimme des Schulleiters entscheidet. Außerdem hat er die Möglichkeit, „dringende Probleme" auch ohne die Eltern zu entscheiden. Es bleibt also alles beim alten, nur daß die Eltern noch geschickter als bisher an der Nase herumgeführt werden. Ihnen soll, ähnlich wie bei der betrieblichen Mitbestimmung, vorgegaukelt werden, daß sie Einfluß auf die Schule und den Unterricht nehmen könnten.

Frage: Es wird behauptet, durch die Koop-Schule werde das Bildungsniveau gehoben und der Unterricht an die persönliche Leistungsfähigkeit der Schüler angepaßt. Wie verhält es sich damit?

Antwort: Durch die geplante dauernde Prüfungssituation, der die Schüler ausgesetzt werden, vergrößert sich unweigerlich der Streß und der körperliche Verfall der Schüler. Wer nicht mithält, wird eben ausgesiebt. Die Zahl der Selbstmorde von Schülern, die heute schon erschreckend groß ist, wird weiter zunehmen. Vor allem die Arbeiterkinder werden den Druck zu spüren bekommen, indem man sie noch viel mehr als bisher abqualifiziert. Es wird also nicht zu einer Hebung des Bildungsniveaus kommen (an dem haben die Kapitalisten ohnehin kein Interesse), sondern zu einer Verstärkung der Lernunlust und der Resignation, was wiederum erhöhten Druck zur Folge haben wird.

Außerdem sieht die Koop-Schule durch die Einführung des Kurssystems die Zerschlagung der Klassengemeinschaft vor. Was das bedeutet, sehen wir heute schon an der Oberstufe der Gymnasien oder an der Differenzierung in den Hauptschulen. Die Solidarisierung der Schüler wird gehemmt, die Vereinsamung und der Individualismus wird gefördert, Konkurrenzdenken soll entstehen. Und das wird dann „Anpassung an die persönliche Leistungsfähigkeit" genannt.

Frage: Die Regierung lobt die Koop-Schule über den grünen Klee als gewaltigen Fortschritt. Was meinst du dazu?

Antwort: Der Wirbel um die Koop-Schule ist ein Riesenpropagandafeldzug der Kapitalisten, um von der eigentlichen Schulmisere abzulenken und die Arbeiterklasse durch das Gerede von Chancengleichheit zu betäuben und durch unübersichtliche „Schulreformen" zu verwirren. Die eigentlichen Probleme werden nicht angepackt: überfüllte Klassen von 35 bis 40 Schülern, Tausende arbeitslose oder kurzarbeitende Lehrer, Abbau der Lernmittelfreiheit, allgemeine Streichung von Mitteln für den wissenschaftlichen Unterricht (es gibt keine neuen Geräte mehr für Physik, Chemie, Technikunterricht usw.), Zunahme reaktionärer Lehrinhalte in Geschichte und Deutsch, faschistoide Zensur der Schulbücher durch Streichung von Beiträgen fortschrittlicher und antifaschistischer Autoren usw. Statt hier anzupacken, wird durch einfache Umbenennung und Umstrukturierung in Form der Koop-Schule der Druck des Staates auf die Bildungseinrichtungen vergrößert. Daß dies eine billige Seifenblase der Kapitalisten ist, beweist die Tatsache, daß eine Koop-Schule nicht eingerichtet werden **muß**, sondern **kann**, wenn bereits ein Schulzentrum da ist. Es wird sich also strukturell kaum etwas verändern, schon gar nicht verbessern.

Frage: Was verspricht sich die Regierungskoalition in NRW von dieser Regelung? Sie hat doch das Gesetz für die Koop-Schule vorgelegt.

Antwort: Zunächst einmal eine Kostenersparnis. Eine Großschule braucht weniger Anschaffungen, weniger Personal, weniger Turnhallen, Sportplätze und Räume für wissenschaftlichen Unterricht. Außerdem wird der Unterricht insgesamt stärker rationalisiert, der Staat ordnet sich die Schule noch stärker unter. Die Auslese, vor allem in der Orientierungsstufe, wird wesentlich verschärft. Die Entscheidungsfreiheit, welchen Schultyp die Schüler nach dieser Stufe wählen, wird vor allem den Eltern weitestgehend genommen, und die Schule selbst entscheidet hauptsächlich durch Tests, Zeugnisse, Einschätzungen durch die Lehrer usw., was mit dem Schüler nach dem sechsten Schuljahr zu passieren hat. Die Schüler sollen noch mehr als bisher unter dem Druck stehen, gute Zensuren bekommen zu müssen, sie und die einfachen Lehrer sollen noch mehr schuften als bisher. Was natürlich nicht heißt, daß die Kinder damit auch mehr lernen.

Frage: Was hältst du von dem Volksbegehren, das von den Gegnern der Koop-Schule, vor allem von der CDU in NRW durchgeführt wird?

Antwort: Das Theater, das einerseits die Regierung als Befürworterin der Koop-Schule und andererseits die Gegner in Form des Volksbegehrens veranstalteten, sind zwei Komödien ein und desselben Regisseurs, der Kapitalisten nämlich. Die CDU tut so, als vertrete sie die Interessen des Volkes durch ihre Gegnerschaft zu dieser reaktionären Schulreform. In Wirklichkeit will sie durch das Volksbegehren nur den Unmut der Werktätigen über unser verrottetes Schulsystem und die Unsicherheit der Eltern der betreffenden Schüler aufgreifen und für sich nützen. Es wird so getan, als ob jetzt die große Demokratie unter Führung der CDU ausbrechen würde. Dabei scheut sie nicht einmal davor zurück, diese ganz und gar kapitalistische Schulreform als sozialistisch darzustellen durch Phrasen wie „Rotes darf nicht Schule machen" und „Weg mit dem sozialistischen Schulexperiment". In den von ihr regierten Ländern wurde die Bildung ähnlicher Schulformen jedoch längst beschlossen. Durch die Darstellung der Koop-Schule als sozialistisch verunglimpft sie in Wirklichkeit den Sozialismus. Der CDU geht es bei diesem Volksbegehren um nichts anderes als um Werbung von Sympathien und um Propaganda für den Parlamentarismus, abgesehen von ganz besonders reaktionären Gruppen wie den Philologenverbänden u. ä., die ihr geliebtes Gymnasium flöten gehen sehen (übrigens ganz ohne Grund, denn die Gymnasien bleiben bestimmt bestehen). Durch eine Teilnahme an diesem Volksbegehren erreichen die Werktätigen gar nichts. Man sollte sich daher an diesem Volksbegehren erst gar nicht beteiligen, auch wenn die CDU noch so sehr von der „Pflicht der Demokraten" faselt.

Frage: Wie denken die Schüler deiner Schule und die Eltern über die Koop-Schule und das Volksbegehren?

Antwort: Es herrscht allgemein ein tiefer Unwille gegenüber dem jetzigen Schulsystem. Besonders sauer sind die Eltern und Schüler auf die dauernden „neuen Schulmodelle", die ihnen vor die Nase gesetzt werden. Deshalb sind sie auch sehr skeptisch gegenüber der Koop-Schule eingestellt. Ich versuche, die Eltern und Schüler darüber aufzuklären, und viele haben auch schon erklärt, daß sie die Koop-Schule ablehnen als neuen Trick der Verwirrung und Verdummung. Genauso stehen sie dem Volksbegehren gegenüber. Viele haben schon rundweg erklärt, daß sie keine Stimme abgeben werden.

RM: Wir danken dir für dieses Interview.

Brunsbüttel

Industrieansiedlung auf Kosten der Bevölkerung

„Scheldes Grundstein — Büttels Grabstein", so hieß das Motto, unter dem die Bütteler Bürger gegen die Grundsteinlegung der Schelde-Chemie am 13. 9. 77 bei Brunsbüttel protestierten. Sie flaggten Halbmast und einige Mitglieder der Bürgerinitiative trugen ein Transparent mit dem genannten Motto zum Ort der Grundsteinlegung. Bereits hundert Meter vor der Grundsteinlegung wurden sie von der Polizei, die das Gelände abriegelte, abgedrängt und das Transparent beschlagnahmt. Stoltenberg und die Vertreter der Monopole Bayer und Ciba Geigy, deren Tochter die Schelde-Chemie ist, waren mit Hubschraubern direkt auf das Spülfeld geflogen, um jeden Kontakt mit den empörten Bürgern zu vermeiden. Nur die Hofberichterstatter der bürgerlichen Presse und ausgesuchte „Ehrengäste" wurden herangelassen.

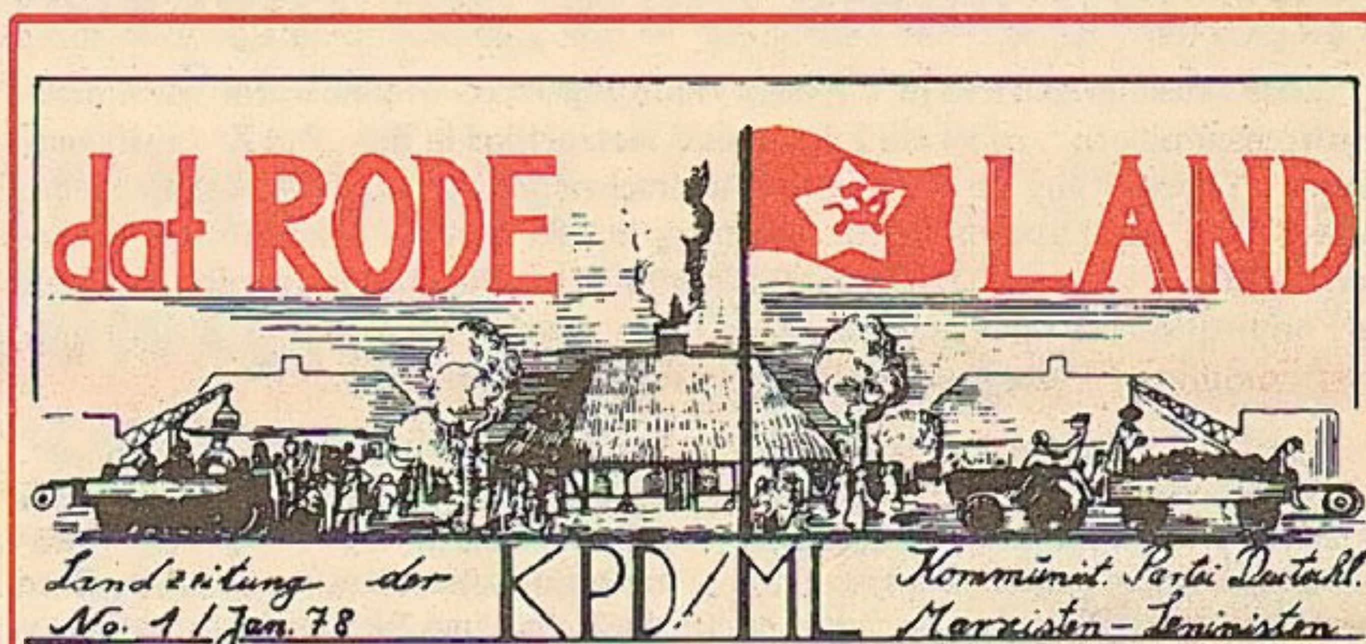
Warum diese Angst vor der Bevölkerung? Das persilweiße Propagandabild von der ungetrübten Einheit von Industrie und örtlicher Bevölkerung war ernsthaft in Gefahr. Denn die Frist für das Einspruchsverfahren lief noch sechs Wochen bis zum 26. Oktober. Mit dieser Vorwegnahme der Grundsteinlegung haben die Landesregierung und die Monopole Bayer und Ciba Geigy die Farce der Einspruchsverfahren deutlich gemacht: Die Entscheidung über die Ansiedlung der Industrie und die Ablehnung der Einsprüche stehen längst fest.

Die Bütteler führen keinen Kampf gegen die Industrie überhaupt. Sie sind empört darüber, daß hier einfach über ihre Köpfe hinweg bestimmt wird und kämpfen dagegen, daß die Kapitalisten hier auf ihrem Rücken billig ihre Fabriken bauen. Denn mit Hilfe des Städtebauförderungsgesetzes wurde das Gebiet zum Entwicklungsgebiet erklärt und damit Niedrigstpreise für das Land festgelegt. So bekommen die Bauern zwar immer noch relativ hohe Geldsummen in die Hände, können sich aber aufgrund der anderswo gestiegenen Bodenpreise dafür kein neues Land gleicher Größe erwerben. Gleichzeitig werden sie durch die Vermögenssteuer und die Einkommenssteuer so geschröpft, daß ihnen das Geld zwischen den Händen zerrinnt.

Um den Widerstand der Bauern niederzuwalzen, wurde eine staatliche Entwicklungsgesellschaft gegründet, gebildet vom Land, Kreis Steinburg und Stadt Brunsbüttel. Diese Entwicklungsgesellschaft betrieb für die Monopole Bayer, Veba und die Schelde-Chemie den Ankauf oder die Zwangsenteignung des Landes. Weigert sich der Bauer, das Land zu verkaufen, weil nicht genug geboten wird, wird er entweder sofort enteignet oder es findet eine „Besitzeinweisung" statt. Das heißt, der gebotene Geldwert wird sofort bezahlt und um das, was der Bauer darüberhinaus fordert, wird weiter der Prozeß geführt. Die Entwicklungsgesellschaft bzw. Bayer, Veba usw. kann das Land inzwischen schon nutzen, bebauen usw. Es geht nur noch um den Preis, das Land ist der Bauer damit bereits los. Praktisch läuft das nur auf eine Scheibchentaktik hinaus.

Das Land, das die staatliche Entwicklungsgesellschaft den Bauern abgeknöpft hatte, wurde dann erheblich billiger an Bayer und Veba weiterverkauft. **Auf diese Weise hat z. B. Bayer bei der Ansiedlung ca. 400 Mio. DM gespart. Gleichzeitig bekam Bayer vom Land Schleswig-Holstein ca. 60 Mio. DM Zuschüsse für die schwierige Gründung ihrer Anlagen auf dem Marschboden.**

Um sich gegen diese Umsiedlungsmethoden zu wehren, gründeten die Bütteler Bürger gegen den Widerstand ihres Bürgermeisters Kloppenburg eine Interessengemeinschaft. Als gekaufte Marionette der Industrie durfte Bürgermeister Kloppenburg die symbolischen Hammerschläge für den Grabstein Büttels, den Grundstein der Schelde-Chemie, tätigen. Die Bütteler ließen sich dadurch nicht entmutigen. Durch ihren Widerstand erreichten sie die Zusage, daß zusätzlich sieben Mio. DM für die Umsiedlung Büttels bereitgestellt wurden. Aber noch haben sie ihr Geld nicht, und die Kreisverwaltung macht auch die Andeutung, daß die „Entschädigungsfrage" schwierig sei. Der Kampf geht also weiter.



Ein Beispiel über die Umsiedlung im sozialistischen Albanien

„Dat rode Land", die Landzeitung der KPD/ML in Schleswig-Holstein, der wir diesen Artikel entnahmen, führt als Gegenbeispiel zu dieser kapitalistischen Umsiedlungspolitik ein Beispiel über die Umsiedlung in Albanien, dem einzigen sozialistischen Land in Europa, an:

Die Stadt Kukës mußte dem Stausee des Wasserkraftwerkes von Fierza, der stärksten Elektroenergiequelle Albaniens, weichen. Doch anders als im kapitalistischen Westdeutschland wurden die Anwohner nicht einzeln vergrault und vertrieben. Der sozialistische Staat nahm diese Umsiedlung zum Anlaß, eine schönere, modernere, besser eingerichtete Stadt zusammen mit den Einwohnern von Kukës aufzubauen. Während das Leben in der alten Stadt noch normal weiterlief, entstanden schon Wohnhäuser, Schulen, Krankenhaus, ein Hotel, eine Kupferhütte nach dem neuesten Stand der Technik. Diese Dinge hatte es in der alten Stadt Kukës großenteils gar nicht gegeben. Erst als alles für die Umsiedlung vorbereitet war, wurde die Umsiedlung der Bewohner nach Neu-Kukës vorgenommen (vgl. „Neues Albanien" 2/76).

—GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS!—

Göttingen

Faschisten in die Flucht geschlagen

Am 11. 2. wollte die Jugendorganisation der NPD, die Jungen Nationaldemokraten (JN), auf dem Göttinger Marktplatz eine Kundgebung abhalten. Die Nazis sind in Göttingen schon wohlbekannt: Bei ihrer letzten Aktion vor über einem Jahr hatten sie versucht, einen linken Buchladen zu demolieren und richteten dabei auch einigen Schaden an. Diesmal sollte es nicht soweit kommen!

Die Genossen der Partei verteilten am Freitag und am Samstag morgen Flugblätter, in denen die Bevölkerung aufgerufen wurde, die Nazikundgebung zu verhindern. Außer uns mobilisierte der Arbeitskreis Antifaschismus (eine demokratische Initiative, in der der KB-Nord eine Rolle spielt) gegen die Faschisten.

Eine Stunde vor Beginn der Kundgebung versammelten sich Hunderte Antifaschisten, darunter auch Genossen der Partei, auf dem Marktplatz. Die Nazis hatten mehrere große Lautsprecher aufgebaut, aus denen ihre faschistischen Lieder ertönten. Bevor die Nazis mit ihrer Hetze loslegen konnten, formierten die Antifaschisten Ketten, die die Nazis einschlossen. Als wir dem braunen Pack zu nahe kamen (ihrer Auffassung nach zu nahe!), fingen die Faschisten an, mit Kanthölzern, Eisenstangen usw. auf unbewaffnete und ungeschützte Demonstranten einzuschlagen. **Aber sie erhielten sofort die richtige Antwort: Die Knüppel wurden ihnen entrissen und sie bekamen sie selber zu spüren — das ist die Sprache, die sie verstehen!**

Und dann ging plötzlich alles ganz schnell. — Zwei Lassos flogen um die Stangen, an denen die Lautsprecher befestigt waren, sie wurden niedergerissen, die Lautsprecher restlos zerstört — da war nichts mehr zu reparieren! In einem kurzen, aber kräftigen Angriff wurden den Nazis Plakate und Fahnen entrissen, die unter allgemeinem Beifall in Flammen aufgingen. Die Verstärkeranlage der Faschisten wurde beschädigt, und auch ein Auto der Bande bekam seinen Teil ab: zerschlagene Scheiben und einige Beulen. Auch einige der Faschisten erlebten ihr blaues Wunder.

Erst nach dem Kampf marschierten etwa 50 Polizisten mit Helm, Schild und Schlagstock auf und schoben sich zwischen uns und die Nazis. Sie forderten uns mehrmals auf, auseinander zu gehen und den Platz zu verlassen. Die Antifaschisten ließen sich jedoch nicht einschüchtern und blieben, wobei fortgesetzt Parolen gerufen wurden, wie: „Faschisten raus". Angesichts der großen Kampfbereitschaft der vielen empörten Menschen konnte sich die Polizei zu keinem Angriff entschließen. Und als die Nazis die Nase voll hatten und ohne jeden Ton sich davonmachten, da zog die Polizei auch ab, ohne eine einzige Festnahme, ohne eine einzige Ausweiskontrolle. Also ein großer Erfolg der Antifaschisten! Wir sind sicher, sie werden auch in Zukunft in Göttingen sich nicht breitmachen können.

Übrigens ließen sich die DKP-Revisionisten an diesem Tag nicht blicken — obwohl sie sonst jeden Samstag vormittag mit Büchertisch und „UZ" den Markt bevölkern. Und auch die örtlichen KB-Nord-Führer, die ebenfalls gegen die Nazis zum Kampf aufgerufen hatten, hielten sich dezent im Hintergrund. Nur wenige waren überhaupt erschienen, und die hatten sich an ihrem Büchertisch versammelt — schön abseits vom Geschehen. Sie traten erst in Erscheinung, als die Polizei anrückte: Sie beklagten über Megaphon, daß die Stadt wohl „nicht in der Lage" wäre, Nazikundgebungen zu verbieten und forderten — aus sicherer Entfernung — die Polizei auf, doch lieber abzuziehen...

"Anti-Terror"-Gesetze

Die Schraube der Faschisierung wird angezogen

Fortsetzung von Seite 1

Und dann die gesetzliche „Genehmigung", ganze Häuser, Wohnung für Wohnung, zu durchkämmen, „wenn diese sich in einem Gebäude befinden, von dem aufgrund von Tatsachen anzunehmen ist, daß sich ein Beschuldigter (d. h. „Terrorist") in ihm aufhält." Nach diesem Gesetz genügt also ein einziger anonymer Anruf (oder auch ein erfundener!), um die Polizei in der Wohnung zu haben! Viele werden sich an die Nazizeit erinnern, als Gestapo und SS ganze Häuserblocks nach Antifaschisten durchkämmten. Das neue „Razziengesetz" soll genau diesen Terror wiederaufleben lassen!

Kontakt, so soll ihnen dann auch die letzte menschliche Berührung genommen werden. Nicht einmal in dem faschistischen Spanien sind diese Praktiken üblich.

Auch die Unterdrückung der politischen Verteidigung wird perfekter. Bis heute wurden schon sechs Strafverteidiger von politischen Prozessen ausgeschlossen. Darunter Rechtsanwalt Groenewold. Er wird angeklagt, seine Mandanten bei einer Straftat (Bildung einer „kriminellen Vereinigung") unterstützt zu haben. Dies soll nach den neuen Gesetzen nun noch reibungsloser gehen. Bisher war „dringender Verdacht" notwendig, um einen Anwalt von der Verteidigung auszuschließen, nun soll es reichen, „wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen", daß er seine „Verteidigertätigkeit mißbraucht".

Und was als „Mißbrauch" gilt, zeigt schon der Hinweis auf die „Gefährdung der Sicherheit einer Vollzugsanstalt" in diesem Gesetz. So gilt bereits heute die Aushändigung einer „Rote-Hilfe-Zeitung" als „Gefährdung der Haftanstalt". Wenn dieses Gesetz durchkommt, kann also ein Verteidiger ausgeschlossen werden, wenn er solche Zeitungen bei sich hat oder nicht willenlos jede Schikane bei der Durchsuchung seiner Sachen in der Haftanstalt hinnimmt. Erst recht, wenn er Terrormethoden an den politischen Gefangenen, wie die Isolationshaft, an die Öffentlichkeit bringt. Mit diesem Gesetz wird der Willkür Tor und Tür geöffnet, wird das Recht auf Verteidigung zu einer Farce.

Das zeigen auch die geplanten Änderungen in politischen Strafverfahren. Da wird nicht nur das Recht ausgehöhlt, Befangenheitsanträge zu stellen, bestimmte Revisionsrügen zu stellen, Dokumente zu verlesen, sondern auch dem Angeklagten das Recht genommen, selbst Zeugen zu benennen, die das Gericht vernehmen muß. Bisher konnte ein Angeklagter Zeugen laden lassen, nun muß er vorher einen Beweisantrag für die Zeugenvernehmung stellen. Und was mit Beweisanträgen in politischen Prozessen passiert, haben schon viele erlebt: Sie landen im Papierkorb! Die CDU/CSU hat sogar gefordert, auch das Rederecht der Angeklagten in der Verhandlung einzuschränken. All diese Änderungen verfolgen nur die eine Absicht: mit politischen Angeklagten „kurzen Prozeß" zu machen, das Recht auf Verteidigung noch weiter einzuschränken! Dies betrifft keinesfalls nur den Prozeß in Stammheim, es ist gegen jeden gerichtet, der vor die Klassenjustiz gezerrt wird. Egal ob er an einer Demonstration teilgenommen hat oder bei einem Streik von der Polizei festgenommen wurde.

Geplant wird:

- Sicherungsverwahrung nach dem ersten Urteil
- Führungsaufsicht für verurteilte Demonstranten
- Änderung des Strafvollzugsgesetzes: Einführung neuer Vorschriften über die Zwangsuntersuchung und die Zwangernährung
- Änderungen des Strafgesetzbuches: Strafverschärfungen für die verschiedensten Vorschriften: Verschärfung der Voraussetzung für die Aussetzung einer Freiheitsstrafe zur Bewährung bzw. für die Aussetzung nach Verbüßung eines Teils einer verhängten Freiheitsstrafe — Verschärfung des Tatbestandes des Landfriedensbruches — Erweiterung der Anwendung der §§ 129 ff StGB — Einführung eines Kronzeugen bei § 129 StGB!
- Änderung des Versammlungsgesetzes: Erleichterung des Verbotes für Ausländerversammlungen — Erweiterung des Begriffes „bewaffneter Aufzug" bzw. „Waffen" — Verbot der „passiven Bewaffnung".
- Änderung des Straßenverkehrsgesetzes: Registrierpflicht bei Ausgabe von Autokennzeichen und Überwachung des Kennzeichenherstellergewerbes
- Änderung des Waffengesetzes: Erweiterung des Anwendungsbereiches dieses Gesetzes

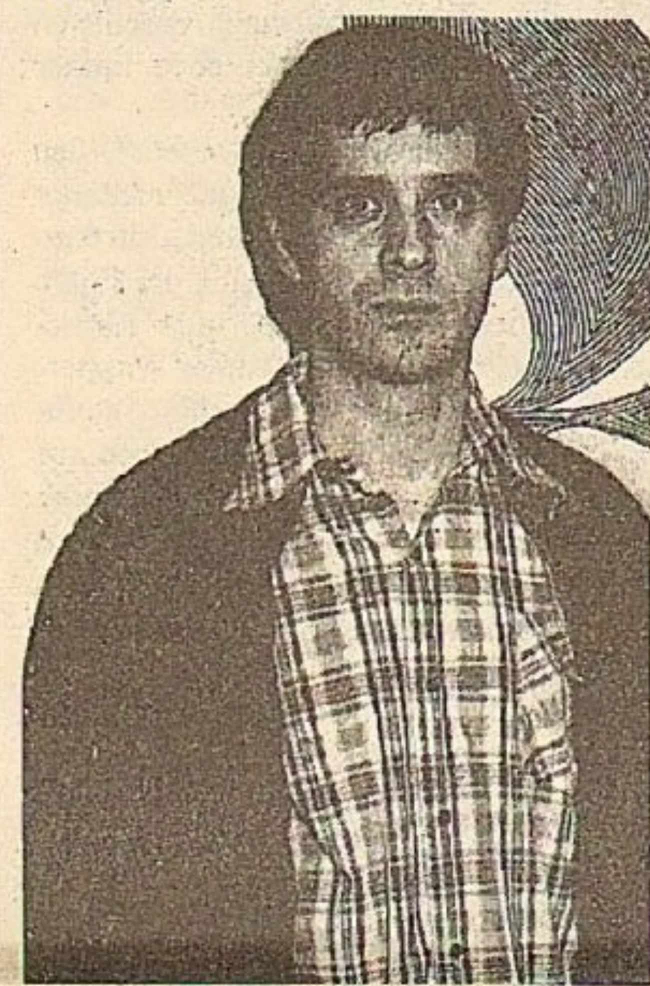
Der faschistische Charakter dieser „Anti-Terror"-Gesetze wird auch aus den anderen Gesetzesänderungen deutlich, die am gleichen Tag durch den Bundestag sollen. Die Trennscheibe, die schon im Hamburger Gefängnis eingebaut wurde, soll dann „rechtmäßig" auch in den anderen Gefängnissen eingeführt werden. Also kein Händedruck mehr zwischen politischen Gefangenen und Verteidigern, kein ungezwungenes Gespräch mehr. Sind die politischen Gefangenen schon in den Zellen ohne

Mit dem „Anti-Terror"-Gesetzespaket wird die Schraube der Faschisierung noch schärfer angezogen. Gerade die „Razzien"-Gesetze oder das Meldegesetz zeigen deutlich: Diese Gesetze sollen die Werktätigen treffen, sie kontrollieren und unterdrücken. In den Bundestagsausschüssen und Parteifraktionen werden noch weitere Forderungen diskutiert. Setzen wir diesen faschistischen Maßnahmen unseren entschiedenen Widerstand entgegen! Verstärken wir unsere Anstrengungen, alle Antifaschisten in einer Front gegen Reaktion und Faschismus zusammenzufassen! Kampf der Faschisierung! Weg mit den „Anti-Terror"-Gesetzen!

„Nazis raus aus Hanau!"

Mit einem großen Propagandaauftritt versuchte die NPD am 11. Februar ihren Landeskongreß in Hanau zu verkaufen. 40 Faschisten bauten in der Nähe des Rathauses unter dem Schutz von zwei Wasserwerfern und etwa 80 Polizisten einen Stand auf. Die Partei arbeitet erst seit kurzem im Hanau. Der Kampf gegen diese Provokation war ihre erste Aktion. Die Genossen der KPD/ML hatten schon vor diesem Auftreten Flugblätter gegen die Nazis verteilt und Plakate und Kleber in den Arbeitervierteln angebracht: „Nazis raus aus Hanau!" Nun gingen sie zusammen mit den 200 anderen Antifaschisten gegen den Stand vor. Das Hetzmaterial wurde mit Buttersäure übergossen. Die Faschisten bekamen Eier ab. Niemand wagte sich mehr in die Nähe des Standes. Schließlich räumten die Faschisten wie begossene Pudel ihren Stand ab und verdrückten sich.

Westberlin: Prozeß gegen Antifaschisten



Werner Adomatis

Am 15. Februar findet vor dem Moabiter Amtsgericht gegen den kommunistischen Arbeiter Werner Adomatis und zwei andere antifaschistische Kollegen ein Prozeß statt. Sie wurden im März letzten Jahres festgenommen, als persische und deutsche Antifaschisten, unterstützt von Genossen der KPD/ML, gegen die Jubelfeier für das mörderische Schah-Regime im Westberliner Harnack-Haus protestierten. Damals flog das Bankett mit all den Leckereien zu Boden und das Schah-Bild von der Wand. Die „rauschende Ballnacht" hatte ein Ende! Nach der Protestaktion überfiel die Polizei die Antifaschisten. Werner Adomeit wurde eine Woche lang im Gefängnis festgehalten. Die Inhaftierung und der jetzige Prozeß sind ein Versuch, dem faschistischen Schah-Regime für die verhinderte Feier Genugtuung zu verschaffen. Freiheit für alle Antifaschisten!

Würzburg: Faschist Bossle trainiert Unternehmer



mehr wissen

Einladung zum Übungsseminar ARGUMENTATION UND VERHANDLUNGSTECHNIK GEGENÜBER RADIKALEN

Referent: Prof. Dr. Lothar BOSSLE, Ordinarius für Soziologie, Würzburg

Do 23. Feb. 1978 Stuttgart-Möhringen, Plieninger Str. 200, Hotel Stuttgart International

Gegen den Widerstand Hunderter Studenten setzte das bayrische Kultusministerium im Mai '77 den offenen Faschisten Bossle als Soziologieprofessor in Würzburg ein. Unterstützt von den Genossen des KSB/ML verhinderten die aufgebrachten Studenten die ersten Vorlesungen dieses Reaktionärs. Wie recht sie damit hatten, demonstriert die „Nebenbeschäftigung" des Herrn Bossle. Er bietet sich den Kapitalisten als „Praktiker" gegen „revolutionäre und kommunistische Wühlarbeit" an! Der Forderung der Würzburger Studenten bleibt: Weg mit dem Faschisten Bossle!

München: Zensur von Schulbüchern

Der bayrische Kultusminister hat ein Lesebuch für Gymnasien nicht zugelassen, weil es Texte von Fried und Wallraff enthält. Auf dem Westberliner CDU-Kongreß hatte Horst Krüger bereits die Parole ausgegeben: „Wallraff, Fried usw., die betrieben natürlich eine Literatur, die ganz eindeutig auf den Abbruch dieser Republik zusteuert." Dieser Versuch, im Zusammenhang mit der „Sympathisantenhetze" nun auch verstärkt die Schulbücher gleichzuschalten, zeigt, daß die Zeiten, in denen bald wieder Bücher fortschrittlicher Autoren verbrannt werden, nicht mehr weit sind. Kampf der Faschisierung!

Mannheim: Plakatieren verboten!

Das Landgericht Mannheim hat zwei Funktionäre des KBW persönlich dafür haftbar gemacht, daß Plakate dieser Organisation auf Verteilerkästen der Elektrizitätswerke geklebt haben. Sie sollen 2.233 DM „Reinigungskosten" zahlen. Begründet wird dieses Urteil damit, daß die beiden Funktionäre nach dem Statut des KBW für das „wilde Plakatieren" verantwortlich seien. Die Mitglieder dieser Organisation müßten „nämlich die Anordnungen und Beschlüsse der höheren Organe befolgen". Dieses Urteil ist ein unverschämter Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit.

Hanjo Schmidt freigesprochen!

Acht Monate Gefängnis auf Bewährung hatte Hanjo Schmidt aus Bremen im ersten Prozeß erhalten. Die Polizei hatte ihn auf dem Weg nach Brokdorf festgenommen und ihm bei der Durchsuchung einen „Molotow-Cocktail" untergeschoben. Die RHD hat dieses Urteil breit unter den Werktätigen Bremens bekanntgemacht und allein 2.000 DM zur Unterstützung des Angeklagten gesammelt. Am 8. Februar fand die Berufungsverhandlung statt. Das Gericht mußte Hanjo Schmidt freisprechen! Zu offensichtlich war die Konstruktion der Polizisten: Nicht einmal die grüne Segeltuchtasche, in der Hanjo die „Cocktail"-Flasche getragen haben soll, war aufzufinden. Die RHD hat den Freispruch zusammen mit Hanjo gefeiert.

François muß in Deutschland bleiben!

Die Ausländerbehörden haben einen Antrag des Genossen François, die Ausweisungsverfügung aufzuschieben, abgelehnt.

In der Begründung heißt es, sein Widerspruch gegen die Ausweisung sei aussichtslos, weil „seine Anwesenheit die Belange der Bundesrepublik beeinträchtige". Man gehe davon aus, „daß er auch künftig nicht die Rechtsordnung der Bundesrepublik achten will, weil er in enger Verbindung zur KPD/ML steht, einer Vereinigung, die nach dem Verfassungsschutzbericht des Bundesministers des Inneren von 1976 verfassungsfeindliche Aktivitäten entfaltet und die gewaltsame sozialistische Revolution und die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates fordert".

Für die Ausweisungsversuche gibt es also nur einen Grund: die kommunistische Gesinnung von François! Der KSB/ML in Tübingen hat sofort ein Flugblatt gegen die Ablehnung verteilt. Kämpfen wir weiter dafür, daß François in Deutschland bleibt. Protestiert beim Bürgermeisteramt Tübingen!

Stuttgart: Neues aus Stammheim

Eine der hartnäckigsten Lügen über das Massaker in Stammheim zerplatzt wie eine Seifenblase. Bisher wurde abgestritten, daß sich Fremde in der Nacht in dem Zellentrakt hätten aufhalten können. In diesem Fall wäre sofort eine Alarmanlage ausgelöst worden. Nun stellte sich, wie der „Spiegel" meldet, heraus, „daß die an eine Kamera gekoppelte akustische Alarmanlage auch (!) in der betreffenden Nacht vom 17. zum 18. Oktober defekt war. Ungebetene Besucher hätten sich also auf dem Flur des Terroristentrakts aufhalten können..." Kämpfen wir für eine restlose Aufklärung des Masakers von Stammheim! Schluß mit den „Selbstmord"-Märchen!

Hannover: Haftbefehle aufgehoben!

Mit zahlreichen Protestaktionen und Demonstrationen setzten die Atomkraftwerksgegner durch, daß die „Schutzhaft"-Befehle gegen alle Angeklagten im Grohnde-Prozeß aufgehoben werden mußten. Freiheit für alle Grohnde-Demonstranten!

Korrespondenzen

Redaktion „Roter Morgen“ Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

„Faschingsscherze“

Es begab sich zu München, Fasching 1978. Zwei bisher unbescholtene Bürger, Maskenbildner von Beruf, wollten ihre Kunst ausprobieren und auch ihren Beitrag zum Fasching leisten. Sie malten kunstgerecht ihre Gesichter an, die bläßlich-grüne Farbe war gut gewählt, und schlüpften in ihr Gewand, das ihre Gestalt verbarg — so wie's üblich war zu Faschingszeiten.

Doch nicht lange währte ihre Freude, denn bald erschienen zwei Hüter der Ordnung und waren sehr erbost. Hatten es doch die beiden sonst so unbescholtenen Bürger gewagt, das Gewand der Bischöfe anzulegen. „Beleidigung“, schrien diese Hüter der Ordnung. Und: „Sofort ausziehen.“ Die Gesichter der beiden Bürger wurden noch grüner. Sie beeilten sich, den Befehl umgehend auszuführen.

Aber, o Graus, die Ungeheuerlichkeit schien ins Unermeßliche zu steigen; dem Befehl war zu gründlich gefolgt worden; man konnte es kaum glauben: Standen die zwei doch plötzlich im Adamskostüm da. „Sofort wieder anziehen“, brüllten die beiden Hüter der Ordnung, ihrer Sinne kaum mehr mächtig, und: „Sofort auf die Polizeiwache!“ Dort wurden ihre Personalien festgestellt, und erst nachdem die beiden bisher völlig unbescholtenen Bürger Rede und Antwort gestanden hatten auf Fragen wie, wer sie angestiftet habe, ob sie Extremisten seien — gar Terroristenorganisationen angehörten —, denn der Verstoß gegen die Ordnung war so ungehörig, daß fast kein Zweifel an einer solchen Mitgliedschaft aufkommen konnte, wurden sie entlassen.

Das Ausmaß des Strafbefehls, der bald darauf den beiden zugestellt wurde, konnte noch glimpflich genannt werden. Man könnte fast so tun, als gäbe es ihn überhaupt nicht, belief er sich doch nur auf 170 DM, ein Klacks gegenüber den Möglichkeiten an Strafe, die auf eine Beleidigung von öffentlichen Würdenträgern steht. Bis zu drei Jahren, heißt es im besagten Paragraphen. Wahrlich, sie konnten zufrieden sein.

Moral: Vergiß auch im Fasching nicht, wer unsere Ordnung trägt. Mach auf Tarzan, Winnetou, Sexbombe, dir wird schon etwas Unauffälliges einfallen — und du kannst fast sicher sein, den Fasching nicht auf der Polizeiwache verbringen zu müssen.

Oder, noch besser, mach auf Nazi, auf Hitler, ein bißchen deutscher Gruß und Hakenkreuzelchen, dabei wird dir bestimmt nichts passieren, das ist garantiert. Oder kennt jemand ein Urteil gegen die drei Älbler, die voriges Jahr in SS-Uniform, Schmachtlocke und Bürstenbärtchen, auf den Fasching gingen — ich nicht.

Aber wie sollte es auch eines geben. Haben diese etwa das Ehrempfinden des Staates herausgefordert? Es wäre ja auch ein bißchen viel verlangt, von einem Staat zu fordern, er solle die drei munteren Hitler-Attrappen verurteilen, der selbst die Leibwache für stinknormale Faschisten stellt. Massenmörder deckt eben immer noch Massenmörder.

Und noch ein „Faschingsscherz“, den die Nachrichtenagentur dpa meldete: „Von Polizisten umzingelt und mit Maschinenpistoln bedroht sah sich die 35jährige Präsidentin der Wuppertaler Karnevalsgesellschaft, als sie in einem Wuppertaler Café saß. Mit vorgehaltenen Schußwaffen führten die Beamten die Frau auf die Straße. Erst nachdem sie über Funk ihre Zentrale verständigt hatten, waren die Polizisten sicher, keine Terroristin festgenommen zu haben.“ Angeblich hat die Wuppertalerin Ähnlichkeit mit der als „Terroristin“ gesuchten Angelika Speitel.

Rot Front,
eine Genossin aus Reutlingen.

Wie die Bonzen „planen“

Als ich kürzlich in der DDR war, hatte ich Gelegenheit, mit einem Elektriker über seine Arbeitsbedingungen zu sprechen. Er arbeitete meistens auf Großbaustellen und bekommt so gut mit, wie in der DDR „geplant“ wird. Da geht beispielsweise der Baustellenleiter hin und verteilt die Aufgaben, macht die Planung, ohne einen konkreten Überblick über den Verlauf der Arbeiten zu haben. Das wirkt sich dann so aus, daß die Fußbodenleger den Fußboden gelegt haben, ohne daß vorher die Elektriker oder die Heizungsmonteure ihre Arbeit beendet haben. Oder: Die Maler streichen und tapezieren, ohne daß die Elektriker vorher die Leitungen verlegt hatten. Man fragt sich, was soll denn das. Die Maler sehen das doch und brauchen doch nur zu warten, bis die Elektriker fertig sind. Das geht aber nicht. Denn z. B. die Maler oder auch die Fußbodenleger bekommen ihren Auftrag, den sie an dem festgelegten Tag auch ausführen müssen. Tun sie das nicht, bekommen sie nur ihren Grundlohn von ca. zwei Mark, und das reicht denn wohl nicht. So arbeiten sie also im vollen Bewußtsein dessen, daß nachher andere kommen und ihre Arbeit wieder zunichtemachen, weil sie sonst nicht auf ihren vollen Lohn kommen. Kritik an der Planung kann man vergessen. Der Baustellenleiter ist ein Ingenieur und hat ja schließlich studiert.

Noch etwas aus einem anderen Bereich. Das Intershop-Problem in der DDR ist ja inzwischen sehr bekannt. Es besteht berechtigter Anlaß zur Empörung. Das habe ich selbst erlebt. Zum Beispiel hatte ich in einem Intershop für DDR-Bürger eine Flasche Schnaps für 9,80 DM-West gekauft. Später sah ich, daß die gleiche Flasche in den Intershops im Übergangsbereich, der für DDR-Bürger nicht zugänglich ist, 5,80 DM kostet. Ich meine, das spricht für sich.

Es gäbe noch viel mehr Dinge zu berichten, die eines gemeinsam haben: Sie zeigen den Charakter eines kapitalistischen Systems, welches die Werktätigen ausbeutet und unter seiner faschistischen Knute hält. Doch unter der Oberfläche gärt es!

Rot Front!
Ein Genosse aus Münster.

Schnell mit dem Finger am Abzug

Liebe Genossen,

neulich fuhr ich mit meiner Freundin auf regennasser Straße bei gelb über eine Kreuzung. Plötzlich wurden wir von einem Polizeiwagen angehalten und mit Maschinenpistolen aufgefordert auszusteigen. Ein Polizist hielt während der andere die Papiere überprüfte, ständig die Maschinenpistole auf uns gerichtet. Dabei sagte er etwa folgendes: „Sie können froh sein, daß Sie noch leben, heutzutage sind wir alle etwas schnell mit dem Finger am Abzug.“ Diese Offenheit des Polizisten spricht für sich.

Ein Genosse aus Frankfurt

Parteiveranstaltungen

Hildesheim: 18. 2., 18 Uhr, RG-Veranstaltung „Was will die RGO?“, Immengarten.
Hannover: 22. 2., 19 Uhr, Filmveranstaltung „Nackt unter Wölfen“, Unabhängiges JZ Glocksee, Glockseestr. 35.
Westberlin: 24. 2., 19 Uhr, Veranstaltung zu den Betriebsratswahlen, Gesellschaftshaus Neukölln, Karl-Marx-Str. 131.
Westberlin: 17. 2., 19 Uhr, Veranstaltung zum 80. Geburtstag von Bertolt Brecht, Charlottenburger Festsäle, Königin-Elisabeth-Str. 45 (U-Bahnhof Kaiserdamm).

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich möchte den „Roten Morgen“, das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....
WOHNORT ....
STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Buchbesprechung

Liegt die frauenfeindliche Politik des DGB-Apparats am "Arbeitnehmerpatriarchat"?

Vor einiger Zeit erschien „Das Arbeitnehmerpatriarchat“ von Claudia Pinl, einer ehemaligen Redakteurin der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“. Das Buch ist eine Kritik an der Frauenarbeit des DGB. Es zählt viele Fakten auf über die besondere Ausbeutung der Frauen, ihre besonders schlechte Behandlung nicht nur durch die Unternehmer, sondern auch durch den DGB-Apparat. Das alles klingt teilweise sehr radikal. Aber ist es tatsächlich eine konsequente Kritik an der Frauenpolitik des arbeiterfeindlichen DGB-Apparats? Liegt es am „Arbeitnehmerpatriarchat“?

Die Geschichte des DGB ist gleichzeitig die Geschichte seines Verrats an den Interessen der arbeitenden Frauen — wie sich aus dem Buch von Claudia Pinl entnehmen läßt. Nehmen wir nur den Kampf gegen die Unterbezahlung der Frauen.

Der Lohn der Frauen liegt im Durchschnitt 30% niedriger als der der Männer. Diese Tatsache, daß die Kapitalisten Frauenarbeit grundsätzlich niedriger bezahlen als Männerarbeit, bedeutet, daß Arbeiterinnen oft kaum in der Lage sind, ihre eigene Existenz zu sichern, geschweige denn, eine Familie zu ernähren. Auch die proletarischen Frauen, die arbeiten gehen, sind also im Kapitalismus zu ökonomischer Abhängigkeit vom Mann verurteilt.

Wie haben die DGB-Gewerkschaften hier die Interessen der Frauen „vertreten“? Sie haben dafür gesorgt, daß diese Diskriminierung der Frau auch tarifpolitisch verankert wurde! Gleich nach der Gründung der Bundesrepublik gab es in fast allen Tarifverträgen Klauseln, die eine gesonderte — sprich: besonders niedrige — Bezahlung für Frauenarbeit festlegten. Als die Empörung über diesen offenen Verrat an den Interessen der arbeitenden Frauen zu groß wurde, tat man etwas. Aber die Gewerkschaftsbonzen dachten nicht daran, die Forderung der Frauen nach der ersatzlosen Streichung dieser Klauseln durchzusetzen oder gar den Kampf dafür zu organisieren. Sie griffen zu einem Manöver. 1953 führte der Gewerkschaftssekretär Bruno Eisenberger einen Musterprozeß für eine Hilfsarbeiterin in einer Stuhlfabrik, die die gleiche Arbeit wie ihre männlichen Kollegen leistete, aber nicht 1,17 DM wie sie dafür bekam, sondern nur 94 Pfg.. Am 15.1.55 fällte das Bundesarbeitsgericht ein Grundsatzurteil in Sachen Lohngleichheit: Für gleiche Arbeit müsse auch gleicher Lohn gezahlt werden. Spezielle Frauenlohngruppen seien verfassungswidrig. Dieses Urteil wurde als großartiger Erfolg des gewerkschaftlichen Kampfes für die Interessen der Frau gefeiert.

In Wirklichkeit blieb alles beim alten. Bereits 1956 einigte sich der Vorstand der IG Metall mit den Metallkapitalisten auf die Schaffung von Leichtlohngruppen, die nach und nach in allen Tarifverträgen die bisherigen Frauenlohngruppen ersetzten. Und bei diesen Leichtlohngruppen blieb es dann — etwa in der Metallindustrie — unverändert 15 Jahre lang. 1971 wurden zwar die beiden unteren Lohngruppen gekündigt, aber zu einem Ergebnis kam es erst 1973. Und dieses Ergebnis war ein neuer Verrat. Denn gestrichen wurde nur die Lohngruppe 1. Die Beibehaltung der Lohngruppe 2 wurde bis zum 30. 6. 1978 vereinbart. Der einzige Betrieb in Nordrhein-Westfalen, in dem es bereits seit 1973 weder die Lohngruppe 1 noch die Lohngruppe 2 gibt, ist die Firma Pierburg in Neuß. Dort erzwangen die Arbeiterinnen in einem fünftägigen „wilden“ Streik den Wegfall der Lohngruppen!

Und so wie sich der Gewerkschaftsapparat im großen, bei den Tarifverhandlungen, für die Interessen der Kapitalisten, gegen die Interessen der Arbeiterinnen einsetzt, geschieht es auch im kleinen, im Betrieb. Dort sind es die Betriebsräte, die über ihr Mitspracherecht bei der Auslegung der Tarifverträge dafür sorgen, daß Frauen prinzipiell niedriger eingestuft werden, daß sie auch für gleiche Arbeit weniger Geld bekommen als ihre männlichen Kollegen, daß für sie die „einfachen“ — sprich: monotonsten — Arbeiten reserviert bleiben usw. usf.

Claudia Pinl schildert alle diese Tatsachen. Sie zieht daraus den Schluß, daß die Erklärung für diese Misere in der patriarchalischen Haltung der DGB-Gewerkschaften liegt. Aber liegt es wirklich daran, daß hier Männer Politik für Männer machen? Die Tatsachen zeigen, daß die Frauenpolitik der DGB-Gewerkschaften eine Politik im Interesse der Kapitalisten ist. Das wird nicht nur da deutlich, wo sie Hand in Hand mit den Kapitalisten dafür sorgen, daß die Frauen weniger Lohn bekommen, als erste aus den Betrieben fliegen, wenn Entlassungen geplant sind usw. Das zeigt sich auch da, wo sie, wie manche weiblichen DGB-Funktionäre, scheinbar für die Interessen der Frauen eintreten, indem sie beispielsweise fordern, daß die Kapitalisten bei geplanten Entlassungen nicht überwiegend Frauen entlassen sollen, sondern gleich viel Männer und Frauen. Auf eine solche „Gleichberechtigung“ können Arbeiterinnen wie Arbeiter allerdings verzichten! Denn sie nützt allein den Kapitalisten. Im Interesse der von Entlassung bedrohten Arbeiterin liegt es nicht, dem Kapitalisten an ihrer Stelle die Entlassung eines männlichen Kollegen vorzuschlagen, sondern gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen gegen die geplanten Entlassungen zu kämpfen! Solche „Frauenforderungen“ des DGB zeigen deutlich, wo die Ursache seiner frauenfeindlichen Politik liegt. Darin, daß es sein oberstes Prinzip ist, die Interessen der Kapitalisten zu wahren und die Arbeiterklasse, Arbeiter wie Arbeiterinnen, vom konsequenten, revolutionären Kampf für ihre Interessen abzuhalten.

Genau von dieser Schlußfolgerung aber will Claudia Pinl mit ihrer Theorie vom „Arbeitnehmerpatriarchat“ die über die reaktionäre Politik des DGB-Apparats enttäuschten und empörten Frauen abhalten. Kein einziges Wort der Kritik gibt es in dem gesamten Buch am Verrat der DGB-Gewerkschaften an den Interessen der männlichen Kollegen. Glaubt man Claudia Pinl, dann macht der DGB lediglich eine falsche Frauenpolitik. Ja, sie geht sogar so weit, die Verantwortung dafür den männlichen Kollegen, den Arbeitern in den Betrieben, in die Schuhe zu schieben. Denn ihrer Ansicht nach vertritt der DGB-Apparat die Interessen der Facharbeiter, die sie schlichtweg zur „Arbeiteraristokratie“ erklärt, und „vergißt“ darüber, die Interessen der schlechter gestellten Frauen zu vertreten. Nicht zwischen den Mitgliedermassen und dem reaktionären Apparat verläuft für Claudia Pinl die Trennungslinie in den DGB-Gewerkschaften, sondern zwischen den männlichen Mitgliedern auf der einen und den weiblichen Mitgliedern auf der anderen Seite. So nimmt sie unter dem Vorwand der Kritik am DGB-Apparat in Wirklichkeit die Bonzen in Schutz und betreibt die gleiche Spaltungspolitik — nur unter anderem Vorzeichen —, die sie an der DGB-Politik kritisiert.

Angesichts dieser Tatsachen kann es nicht wundernehmen, daß Claudia Pinl den Arbeiterinnen eine „bessere“ Frauenpolitik der DGB-Gewerkschaften verspricht, wenn mehr Frauen im DGB das „Sagen“ bekommen.

Tatsächlich spricht es Bände über die Haltung des DGB-Apparats zu den Frauen (und übrigens auch über die gewerkschaftliche Demokratie), wenn man sich ansieht, wie wenig weibliche Vertrauensleute, Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre es im Verhältnis zur Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder gibt. So ist etwa im Metallbereich der Anteil der Frauen unter den Beschäftigten 23%, ihr Anteil unter den Betriebsräten aber nur 9,8% (obwohl das BVG vorschreibt, daß die Geschlechter entsprechend ihrem zahlenmäßigen Verhältnis im Betriebsrat vertreten sein sollen). Daß das so ist, liegt nicht daran, daß Arbeiterinnen keine Arbeiterin in den Betriebsrat wählen wollen, sondern daran, daß die gewerkschaftlichen Gremien, die die Gewerkschaftslisten zusammenstellen, nur so wenig Frauen aufstellen. Der Anteil der Frauen unter den Vertrauensleuten in der Metallindustrie ist sogar noch niedriger. Er liegt bei 9,5%. Daran zeigt sich, daß die wortreichen Bekenntnisse der Gewerkschaftsbonzen (bei den entsprechenden Anlässen!) über ihr Eintreten für die Gleichberechtigung der Frau nichts als Demagogie ist. Tatsächlich ist die Unterdrückung der Frau innerhalb der DGB-Gewerkschaften die gleiche wie insgesamt in der Gesellschaft auch.

Aber was folgt daraus?

Zunächst einmal kann es nicht darum gehen, ganz allgemein „mehr Frauen“ als Vertrauensleute, Betriebsräte, Gewerkschaftsfunktionäre zu fordern. Was nützt es den Arbeiterinnen, wenn weibliche Bonzen wie etwa Anke Fuchs, die jahrelang die Ausschlüsse klassenkämpferischer und revolutionärer Gewerkschaftsmitglieder mit ihrer Unterschrift bekräftigte und schließlich zum Staatssekretär in Bonn aufstieg, anstelle von männlichen Bonzen ihre Interessen verraten? Den Arbeiterinnen nützen nur solche Arbeitervertreterinnen, die tatsächlich *ihre* Interessen vertreten und nicht die der Kapitalisten. Wer einfach „mehr Frauen“ fordert wie Claudia Pinl und diesen Unterschied nicht macht, der verrät die Interessen der Arbeiterinnen und der anderen werktätigen Frauen. Und tatsächlich findet Claudia Pinl in ihrem Buch auch kein Wort der Kritik an solchen Arbeiterverräterinnen wie Anke Fuchs, Maria Weber usw. Im Gegenteil, sie zitiert sie zustimmend und feiert sie als Vorkämpferinnen der Arbeiterinnen in den Gewerkschaften.

Das entscheidende aber ist, daß „mehr Frauen“ niemals die Frauenpolitik der DGB-Gewerkschaften ändern könnten. Man kann die DGB-Gewerkschaften nicht „erobern“ und zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse machen — auch nicht zu Kampforganisationen der besonderen Interessen der werktätigen Frauen. Das zeigt bereits die Tatsache, daß gerade die konsequentesten Interessenvertreter der Arbeiter und Arbeiterinnen, seien sie nun Frauen oder Männer, aus den DGB-Gewerkschaften ausgeschlossen werden. Wenn deshalb Claudia Pinl die Frauen aufruft, in die DGB-Gewerkschaften einzutreten, um innerhalb dieser Organisationen für eine „bessere Frauenpolitik“ zu kämpfen, dann übt sie Verrat. Es gibt für die werktätigen Frauen in- und außerhalb der DGB-Gewerkschaften nur einen Weg, einen konsequenten gewerkschaftlichen Kampf zu führen. Das ist der Zusammenschluß in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, der RGO, zusammen mit ihren männlichen Kollegen. Denn nur die RGO, die konsequent die Forderungen und die Interessen der gesamten Arbeiterklasse vertritt, kämpft auch entschieden für die besonderen Interessen der werktätigen Frauen.

Die "internationale Einheitsfront" der Führung der KP Chinas

Eine Front gegen die Revolution und den Sozialismus

Ende des vergangenen Jahres ist in der „Peking Rundschau“ Nr. 45/1977 ein Artikel mit dem Titel „Die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Dreiteilung der Welt — ein bedeutender Beitrag zum Marxismus-Leninismus“ abgedruckt worden. Bereits vorher war dieser Artikel im Zentralorgan der KP Chinas, „Renmin Ribao“, veröffentlicht worden. Es handelt sich um einen grundlegenden Artikel, um den großangelegten Versuch, die revisionistische „Theorie der drei Welten“ zu rechtfertigen.

Wie die Revisionisten der II. Internationale benutzen auch die chinesischen Revisionisten die drohende Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges, um ihren Verrat an der Sache der Revolution zu rechtfertigen. Sie treten für die „Vaterlandsverteidigung“ ein und rufen das Weltproletariat und die unterdrückten Völker auf, für die imperialistische Bourgeoisie der sogenannten „zweiten Welt“, für die faschistischen, reaktionären, proimperialistischen Regime in den Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens, ja, sogar für den amerikanischen Imperialismus Partei zu ergreifen, um Front gegen den sowjetischen Sozialimperialismus zu machen, der, ihnen zufolge, zum gefährlichsten Kriegstreiber, zum gefährlichsten Feind der Völker der Welt geworden sei. Die „breitestmögliche internationale Einheitsfront“ der chinesischen Revisionisten, von der sie behaupten, sie könne die „Kriegspolitik der Supermächte durchkreuzen“, ist in Wirklichkeit eine proimperialistische Front, eine Front gegen die Revolution und den Sozialismus.

Um dieser konterrevolutionären Front einen revolutionären, marxistisch-leninistischen Anstrich zu geben, haben die chinesischen Revisionisten eine große Zahl von Zitaten Marx', Engels', Lenins und Stalins herausgeklaubt, die allesamt beweisen sollen, daß die „Theorie der drei Welten“, die die Grundlage dieser Front ist, sich im Einklang mit dem Marxismus-Leninismus befindet. Es genügt, ein Beispiel herauszugreifen, um zu zeigen, welche Fälschermethoden die chinesischen Revisionisten dabei anwenden.

Die chinesischen Revisionisten zitieren aus verschiedenen Artikeln und Briefen von Engels, die er im Jahr 1891 geschrieben hat. Engels ruft darin die deutsche Arbeiterklasse im Falle eines Krieges des zaristischen Rußland im Bündnis mit Frankreich gegen Deutschland dazu auf, das Vaterland zu verteidigen und die eigene Bourgeoisie gegen den auswärtigen Feind zu unterstützen. Diese Berufung auf Engels ist nicht neu. Am Vorabend des ersten imperialistischen Weltkrieges waren es die Revisionisten der II. Internationale, die genau dieselben Artikel und Briefe anführten, um ihren Sozialchauvinismus, ihren Übergang auf die Seite der Bourgeoisie zu rechtfertigen. Sie verschwiegen dabei, daß sich 1891 der Kapitalismus noch nicht zum Imperialismus weiterentwickelt hatte. Zwischen 1891 und 1914 vollzog sich aber in allen großen kapitalistischen Ländern der damaligen Zeit der Übergang vom vormonopolistischen Kapitalismus zum monopolistischen Kapitalismus, d. h. zum Imperialismus, zur Epoche, in der die proletarische Revolution auf der Tagesordnung steht, in der ein Krieg zwischen den imperialistischen Mächten von allen Seiten ein ungerechter Krieg ist, der um die Versklavung der Völker der Welt geführt wird. **Das Proletariat darf sich in einem solchen Krieg nicht auf die Seite seiner eigenen Bourgeoisie stellen, es muß vielmehr danach streben, den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg zum Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung, für die proletarische Revolution umzuwandeln.**

Deshalb schleuderte schon Lenin den Revisionisten der II. Internationale, die sich auf Engels beriefen, entgegen:

„Alle diese Berufungen sind eine empörende Fälschung der Auffassungen von Marx und Engels zugunsten der Bourgeoisie und der Opportunisten..., denn damals gab es *weder* den modernen Imperialismus *noch* zur Reife gediehene objektive Bedingungen für den Sozialismus, *noch* auch sozialistische Massenparteien in allen kriegführenden Ländern, d. h., es fehlten gerade die Voraussetzungen, aus denen das Basler Manifest die Taktik der ‚proletarischen Revolution‘ *im Zusammenhang* mit einem Krieg zwischen den Großmächten ableitete.

Wer sich jetzt auf Marx' Stellungnahme zu den Kriegen in der Epoche der *fortschrittlichen* Bourgeoisie beruft und Marx' Worte ‚Die Arbeiter haben kein Vaterland‘ vergißt, diese Worte, die sich *gerade* auf die Epoche der reaktionären, überlebten Bourgeoisie beziehen, auf die Epoche der sozialistischen Revolution — der fälscht Marx schamlos und ersetzt die sozialistische Auffassung durch die bürgerliche“ (Werke, Bd. 21, S. 309).

Lenins Worte sind heute genauso aktuell wie damals. Nach wie vor leben wir in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Heute sind es die beiden Supermächte, der USA-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus, von denen die wachsende Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges ausgeht. Ein Krieg zwischen ihnen ist von beiden Seiten ein ungerechter Krieg. Das gilt genauso für die anderen imperialistischen Mächte, die sich, auf der Seite der einen oder anderen Supermacht, als Mitglied der NATO oder des Warschauer Paktes, an einem solchen Krieg beteiligen würden. Diese Mächte, die nach den chinesischen Revisionisten als „Länder der zweiten Welt“ zu den „Kräften der Mitte“ gehören, sind in Wirklichkeit die Hauptstützen der beiden Supermächte.

Kann etwa die westdeutsche Bourgeoisie, die die chinesischen Revisionisten zur „zweiten Welt“ zählen, einen gerechten Krieg führen, den die Arbeiterklasse unterstützen muß? Ist die westdeutsche Bourgeoisie etwa nicht imperialistisch, ist sie etwa nicht durch und durch reaktionär, strebt sie etwa nicht nach einem „Platz an der Sonne“, d. h., nach Revanche, nach einem möglichst großen Anteil, den sie bei der Neuaufteilung der Welt zu ergattern hofft? Die westdeutsche Bourgeoisie, diese angebliche „Kraft der Mitte“, mit der sich die Arbeiterklasse unseres Landes und die unterdrückten Völker verbünden sollen, hat, um ihren Traum von der Weltherrschaft zu verwirklichen, zweimal einen imperialistischen Weltkrieg angezettelt. Sie ist heute Mitglied des aggressiven NATO-Pakts, sie mästet sich am Schweiß und am Blut der unterdrückten Völker und den Ländern Asiens, Afrikas, Lateinamerikas, in denen die westdeutschen Monopole sich niedergelassen haben. Überall auf der Welt unterstützt sie die reaktionärsten, konterrevolutionärsten Kräfte — von den südafrikanischen Rassisten, israelischen Zionisten und den Nachfolgern Francos bis hin zu den faschistischen Henkern à la Pinochet in Chile und Geisel in Brasilien. **Wer uns diese Bourgeoisie als „Kraft der Mitte“ verkaufen will, der ist ein Revisionist, ein Verräter, der die proletarische Revolution in unserem Land sabotiert, ein Komplize des reaktionären westdeutschen Imperialismus.**

Die sogenannte „zweite Welt“ — eine Kraft der Mitte?

Wie gesagt behaupten die chinesischen Revisionisten, die sogenannte „zweite Welt“ sei „eine Kraft, mit der man sich im antihegemonistischen Kampf vereinigen kann“ (PR 45/77, S. 32). Man ruft uns also auf, wir sollten die westdeutsche Monopolbourgeoisie für den Kampf gegen die beiden Supermächte gewinnen. Man versucht, uns weiszumachen, daß diese Bourgeoisie einen Doppelcharakter besitzt, zwar ihre schlechten Seiten habe, nicht ganz von der Vergangenheit loskomme, aber eben auch ihre guten Seiten habe, indem sie sich gegen die beiden Supermächte zur Wehr setze.

Die Parole vom Doppelcharakter der westdeutschen Monopolbourgeoisie ähnelt sehr stark den chruschtschowschen Theorien von den „vernünftigen“ und „unvernünftigen“, „starrsinnigen“ Imperialisten. Beide Theorien dienen dem gleichen Zweck. Die wahre Natur des Imperialismus soll vertuscht werden, um den revolutionären Kampf für seinen Sturz zu hintertreiben und ihm die Hände für Aggressionen, für die brutalste Ausbeutung, für die erbarmungslose Niederschlagung der Revolution und des Sozialismus freizumachen.

Die westdeutsche Monopolbourgeoisie ist imperialistisch, und das heißt, sie ist durch und durch reaktionär, aggressiv, räuberisch, ein erbitterter Feind der Revolution und des Sozialismus. Sie ist natürlich unvergleichlich viel schwächer als eine der beiden Supermächte, aber das ist nur ein quantitativer Unterschied. Zwischen dem sozialökonomischen System in der Bundesrepublik und dem in den USA oder der Sowjetunion gibt es keinen qualitativen Unterschied. Die Widersprüche zwischen Westdeutschland und den beiden Supermächten sind Widersprüche zwischen imperialistischen Räubern. Glaubt man dagegen den chinesischen Revisionisten, so kämpft die westdeutsche Bourgeoisie „für gleichberechtigte Partnerschaft“ (PR 45/77, S. 32) mit dem USA-Imperialismus. Diese Ansicht ist revisionistisch und verkennt völlig den Charakter der zwischenimperialistischen Widersprüche. Bereits Kautsky träumte von einer Welt gleichberechtigter imperialistischer Finanzgruppen und Mächte und stellte seine berüchtigte Theorie vom „Ultraimperialismus“ auf. Bereits Lenin entlarvte diesen reaktionären Traum. Er wies nach, daß es zum Wesen des Imperialismus gehört, danach zu streben, den imperialistischen Konkurrenten zu schwächen, ja, ihn zu vernichten.

Mögen die Imperialisten von „Partnerschaft“ reden, in Wirklichkeit streben sie danach, gestützt auf die Macht des Kapitals und der Waffen, auch dem „Partner“ an die Gurgel zu gehen. Die relative Schwäche des westdeutschen Imperialismus im Vergleich etwa zur amerikanischen Supermacht ändert nichts an diesem prinzipiellen Charakter seiner Widersprüche auch zum USA-Imperialismus. Wenn die chinesischen Revisionisten in diesem Zusammenhang von „gleichberechtigter Partnerschaft“ reden, so zeigen sie nur ihre Absicht, die wahre Natur des westdeutschen Imperialismus zu beschönigen.

Geradezu unverschämt wird es, wenn die chinesischen Revisionisten die westeuropäischen imperialistischen Länder wegen ihrer angeblich „passiven beziehungsweise kritischen Einstellung...zum Aggressionskrieg der USA in Vietnam, Kampuchea und Laos“ (PR 45/77, S. 32) loben.

Das genaue Gegenteil war der Fall. Die westdeutschen und anderen westeuropäischen Imperialisten haben diesen Aggressionskrieg offen und insgeheim nach Kräften unterstützt. Sie waren beteiligt am Völkermord, und die Völker der Welt werden das nicht vergessen.

Der angebliche Doppelcharakter der Länder der sogenannten „zweiten Welt“ zeigt sich den chinesischen Revisionisten zufolge auch in ihrer Bereitschaft zum „Dialog“ mit der „dritten Welt“. In Wirklichkeit dient dieses Gerede vom „Dialog“ dazu, den ausbeuterischen, aggressiven, neokolonialistischen Charakter z. B. des westdeutschen Imperialismus zu vertuschen. Die Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika haben vom westdeutschen Imperialismus nichts Gutes zu erwarten, niemals kann dieser Räuber zu ihrem Freund werden.

Der angebliche „Dialog zwischen ‚dritter Welt‘ und ‚zweiter Welt‘“ bedeutet nichts anderes als das Bündnis solcher Lakaien des Imperialismus wie des Schah von Persien, Pinochets in Chile, Geisels in Brasilien usw. mit dem westdeutschen, französischen, britischen oder japanischen Imperialismus. Dieser „Dialog“ ist ein Bündnis gegen die Revolution, gegen den Kampf für die nationale Befreiung, ist ein konterrevolutionäres Bündnis, eine Ausgeburt des Weltimperialismus, um seine räuberischen, aggressiven Absichten vor den Völkern zu verbergen.

Aufruf zum Bündnis mit dem USA-Imperialismus

Endgültig lassen die chinesischen Revisionisten da die Katze aus dem Sack, wo sie das Proletariat der westeuropäischen Länder dazu aufrufen, sich mit dem amerikanischen Imperialismus gegen den sowjetischen Sozialimperialismus zu verbünden. Sie schreiben, daß sich die westeuropäischen Länder „angesichts der Bedrohung durch den sowjetischen Sozialimperialismus unter den ‚Schutzschild‘ der USA“ stellen müssen (PR 45/77, S. 32). Das ganze Gerede vom Sozialimperialismus als der gefährlicheren Supermacht dient nur dazu, das Bündnis mit dem USA-Imperialismus zu propagieren. Wir erinnern uns an zahlreiche Artikel in der „Peking Rundschau“, in denen die Aufrüstung der NATO gelobt wird, wir erinnern uns daran, daß die chinesischen Revisionisten die Kräfte in den USA, wie z. B. den ehemaligen Kriegsminister Schlesinger, die offen zum Krieg gegen die Sowjetunion aufrufen, als „antihegemonistische Kräfte“ anpreisen und mehrmals nach China eingeladen haben.

Wir sollen uns nicht mehr zum Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus erheben, wir sollen die NATO als „Verteidigungsbündnis“ betrachten und die amerikanischen Besatzer und Atomraketen in unserem Land als Schutz vor einem sowjetischen Angriff. Das wollen uns die chinesischen Revisionisten als Kampf gegen die Kriegsgefahr, als Kampf für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit verkaufen. In Wirklichkeit bedeutet das jedoch, die nationale Versklavung anzuerkennen, ja, mehr noch, sich zum Komplizen der Kriegspolitik des amerikanischen Imperialismus und des von ihm geführten imperialistischen Blocks zu machen. Offenherzig hat ja auch Deng Hsiao-ping bereits in einem Interview mit der französischen Nachrichtenagentur AFP vom Bündnis der „dritten Welt“ mit der „zweiten Welt“ und der „Hälfte der ersten Welt“, d. h., mit dem USA-Imperialismus, gesprochen.

Verfälschung des Charakters unserer Epoche

Um ihre reaktionäre Einheitsfront und die „Theorie der drei Welten“ an den Mann zu bringen, verfälschen die chinesischen Revisionisten den Charakter, den Inhalt und die Triebkräfte unserer Epoche.

Worin besteht die Schlüsselfrage des heutigen weltweiten Klassenkampfes? Der Marxismus-Leninismus lehrt, daß diese Frage nur dann richtig gelöst werden kann, wenn man den Charakter, den Inhalt und die Triebkräfte der Epoche, in der wir leben, richtig einschätzt. Unsere Epoche ist die Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution, sie ist die Epoche des Kampfes zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Gesellschaftssystem, die Epoche der sozialistischen Revolutionen und der nationalen Befreiungsrevolutionen, des Zusammenbruchs des Imperialismus und der Liquidierung des Kolonialsystems, die Epoche des Übergangs immer neuer Völker auf den Weg des Sozialismus, die Epoche des Triumphs des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab. In ihrem Mittelpunkt steht das internationale Proletariat. Die Schlüsselfrage des heutigen weltweiten Klassenkampfes ist deshalb der Kampf für die proletarische Weltrevolution. Das ergibt sich auch aus der Entwicklung der vier wesentlichen Widersprüche — dem Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern, dem Widerspruch zwischen den sozialistischen Ländern und den kapitalistischen Ländern, dem Widerspruch zwischen den unterdrückten Völkern und Nationen einerseits und dem Imperialismus andererseits, dem Widerspruch zwischen den imperialistischen Mächten, den Monopolen —, die sich alle verschärfen und zuspitzen.

Der Kampf für die Verteidigung und Festigung der Diktatur des Proletariats in den sozialistischen Ländern, der Kampf für die proletarische Revolution in den kapitalistischen Ländern und der Kampf für die nationaldemokratische, antiimperialistische Revolution, die ununterbrochen zur sozialistischen Revolution weitergeführt werden muß — das sind die großen revolutionären Strömungen unserer Epoche, die den Prozeß der proletarischen Weltrevolution ausmachen. Die Strategie und Taktik der marxistisch-leninistischen Weltbewegung, jeder einzelnen marxistisch-leninistischen Partei, muß auf die Lösung dieser Schlüsselfrage, auf die Revolution, gerichtet sein.

Die chinesischen Revisionisten dagegen haben eine neue Schlüsselfrage des heutigen weltweiten Klassenkampfes erfunden, nämlich den Kampf für die Verteidigung bzw. Erringung der nationalen Unabhängigkeit gegen die beiden imperialistischen Supermächte oder besser gegen eine von ihnen, den sowjetischen Sozialimperialismus und, damit verbunden, den Kampf gegen die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges. Der Kampf für die Verteidigung bzw. Erringung der nationalen Unabhängigkeit und der Kampf gegen die wachsende Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges sind heute tatsächlich von großer Bedeutung. Sie können aber nur vom Standpunkt der richtigen Einschätzung des Charakters unserer Epoche korrekt geführt werden. Die chinesischen Revisionisten machen sie dagegen zum Hauptinhalt unserer Epoche und verfälschen damit deren Charakter, um die antimarxistische „Theorie der drei Welten“, die keine einzige Aufgabe für die Revolution stellt, sondern im Gegenteil eine Theorie der Sabotage an der Revolution ist, als Grundlage der Strategie und Taktik des Weltproletariats in die Reihen der marxistisch-leninistischen Weltbewegung einzuschmuggeln.

Das sozialistische Lager — eine überholte Angelegenheit?

In der „Theorie der drei Welten“ ist kein Platz für die sozialistischen Länder. Das haben wir bereits früher nachgewiesen. Jetzt sind die chinesischen Revisionisten allerdings noch einen Schritt weitergegangen. In bezug auf die heutige, nach der Entartung der ehemals sozialistischen Sowjetunion entstandene Lage erklären sie unverhohlen: „Von den historischen Bedingungen her war die erneute Bildung eines sozialistischen Lagers auch nicht notwendig“ (PR 45/77, S. 18).

Fortsetzung auf Seite 10

Aus aller Welt

DBR/Frankreich/China: Atomare und militärische Zusammenarbeit

In Frankreich, in der Deutschen Bundesrepublik und vielen anderen Ländern hat sich in den letzten Jahren ein breiter Widerstand der Massen gegen die reaktionären Atomprogramme entwickelt. Bauern, Arbeiter und andere Werktätige haben vor allem in militanten Massenaktionen gegen die Errichtung von Atomkraftwerken gekämpft. Sie erklärten zu Recht, daß der Bau solcher Anlagen die größten Gefahren für die Bevölkerung mit sich bringt, wie zum Beispiel die schleichende Vergiftung der Umwelt, die tödliche Verseuchung ganzer Landstriche im Falle eines Unfalls usw. Der Massenkampf gegen die Atomkraftwerke hat stets die Unterstützung aller revolutionären Kräfte, vor allem der wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien in den verschiedenen Ländern gefunden.

In Peking erklärte kürzlich der Atomphysiker Tsien San-Tsiang, in China sei eine Reihe von Atomkraftwerken im Bau, bzw. in der Planung. Diese Tatsache wurde ausdrücklich als einer der großen „Erfolge" der neuen Führer Chinas herausgestellt. Offenbar soll das chinesische Atomprogramm jetzt mit allem Nachdruck durchgezogen werden. Deng Hsiao-ping vereinbarte vor einiger Zeit bei dem Besuch des französischen Ministerpräsidenten Barre die Lieferung von Atomkraftanlagen in unbekanntem Umfang an China.

Bei den gleichen Verhandlungen wurde auch, wie Barre sagte, über „alle Fragen der Rüstungsimporte nach China" gesprochen. Die chinesischen Führer hatten deutlich zu verstehen gegeben, daß sie große Mengen an Waffen von den französischen Imperialisten kaufen wollen. Auch mit dem Bonner Rüstungskonzern MBB laufen zur Zeit Verhandlungen über den Ankauf von Kampfhubschraubern vom Typ Bo 105. Um die Militärbeziehungen zwischen der chinesischen Führung und den Bonner Imperialisten weiter zu verstärken, wird im März eine chinesische Militärdelegation unter der Führung eines Brigadegenerals die Bundesrepublik besuchen.

Erst vor wenigen Monaten weilte eine Gruppe ehemaliger Nazi-Generäle, darunter Steinhoff und Kielmannsegg, zu einem offiziellen Besuch in China.

USA: Bergarbeiter ermordet

Wieder ist in den USA ein streikender Bergarbeiter ermordet worden. Er stand vor einer Zeche im Bundesstaat Indiana mit über 80 anderen Kollegen Streikposten. Bei einer Auseinandersetzung mit Streikbrechern wurde der Arbeiter erschossen.

Nach über zwei Monaten des teilweise militant geführten Streiks der Bergarbeiter wollen die reaktionären Gewerkschaftsführer den Kampf jetzt abwürgen. Sie haben mit den Kohlebaronen einen Tarifvertrag abgeschlossen, in dem unter anderem festgelegt ist, daß bei wilden Streiks die daran beteiligten örtlichen Gewerkschaftsbüros und die Arbeiter zur Zahlung von Schadenersatz verpflichtet werden. In der Vergangenheit waren die amerikanischen Bergarbeiter wegen der verräterischen Haltung der Bonzen immer wieder gezwungen, für ihre Interessen machtvolle selbständige Streiks zu organisieren. Während dieser Kämpfe bekamen sie keinen Cent Unterstützung aus der Gewerkschaftskasse. Und nach dem neuen Tarifvertrag sollen sie jetzt darüber hinaus noch für den Streik zahlen! Dieses unverschämte Banditenstück der Kohlebarone und der reaktionären Bonzen ist auf breite Empörung unter den Bergarbeitern gestoßen.

Japan: zweitägige Schlacht auf dem Flughafen Narita



Seit über zwölf Jahren kämpfen Bauern und Studenten gegen die Inbetriebnahme des Flughafens Narita bei Tokio. Letzte Woche tobte eine 40stündige Schlacht um einen Stahlturm, den die Flughafengegner auf dem Gelände errichtet hatten. Die Besetzer des Turms setzten sich mit Molotow-Cocktails gegen die Angriffe der Polizei zur Wehr.

Nordirland: Bewaffneter Schutz der Demonstration



Um eine Demonstration der nordirischen Werktätigen anläßlich des sechsten Jahrestages des Blutsonntags von Londonderry vor Überfällen der britischen Besatzer zu schützen, haben die Patrioten bewaffnete Posten aufgestellt. An jenem Blutsonntag vor sechs Jahren waren 13 Iren von den Besatzern ermordet worden.

Albanien: Tagung des Zentralkomitees der PAA

Am 30. und 31. Januar tagte das vierte Plenum des Zentralkomitees der PAA, um über die Erfüllung der Planaufgaben für das Jahr 1977 und über die Aufgaben des Plans für das Jahr 1978 zu diskutieren. Wie die Zeitung „Zëri i Popullit" berichtet, sieht der neue Plan für das laufende Jahr folgende Wachstumsraten gegenüber 1977 vor: Entwicklung der industriellen Gesamtproduktion um acht Prozent, der landwirtschaftlichen Produktion um 28 Prozent, des Warentransports um acht Prozent, des Bauvolumens um 17 Prozent. Die Erhöhung des Sozialprodukts wird 15 Prozent betragen.

Wie „Zëri i Popullit" betont, ist der Schlüsselfaktor für die erfolgreiche Erfüllung der gewaltigen Aufgaben, die dem Land gestellt sind, die Führung der Partei.



Spanien



Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Griechenland

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

Eine Front gegen die Revolution und den Sozialismus

Fortsetzung von Seite 9

Das ist der größte Verrat. Denn hier geht es nicht nur darum, daß die chinesischen Revisionisten die enge Zusammenarbeit der sozialistischen Länder ablehnen, obwohl diese Zusammenarbeit, die Bildung eines „Lagers" auch nach der Entartung der Sowjetunion und — abgesehen von Albanien — aller ehemals sozialistischen europäischen Länder absolut notwendig und richtig ist. Nicht nur dagegen treten also die chinesischen Revisionisten auf.

Sie erteilen zugleich dem Sozialismus insgesamt, der Diktatur des Proletariats eine offene Absage. Die Verteidigung und Festigung der Diktatur des Proletariats in den sozialistischen Ländern, die für die Entwicklung der Weltrevolution eine hervorragende Rolle spielt, soll nicht mehr geführt werden. Dafür gliedert man sich in die „dritte Welt" ein, in einen Block mit Faschisten, Reaktionären und Lakaien des Weltimperialismus. Diese Absage an die Diktatur des Proletariats führt zu ihrer Unterhöhlung und schließlich zu ihrer Vernichtung.

Wenn man dem Weltproletariat und den unterdrückten Völkern sagt, die Bildung eines sozialistischen Lagers sei nicht mehr notwendig, dann bedeutet das auch, es dazu aufzurufen, sich nicht mehr zur Revolution zu erheben, sich unter das Joch des Kapitals zu beugen und die große Sache der Weltrevolution und des Sozialismus zu verraten.

Aber mögen die chinesischen Revisionisten tausendmal erklären, das sozialistische Lager habe aufgehört zu existieren. Der Sozialismus lebt dennoch, er lebt, auch wenn es auf der Welt nur noch ein einziges sozialistisches Land geben sollte. Er lebt in den wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien, die den Sozialismus verteidigen und alle ihre Kräfte darauf richten, für den Sieg der Revolution in ihren Ländern, für den Triumph des Sozialismus im Weltmaßstab zu kämpfen.

Weil wir die Welt in sozialistische und kapitalistische Länder einteilen, werfen uns die chinesischen Revisionisten vor, für uns seien alle Länder außer den sozialistischen „ein reaktionärer Haufen" (PR 45/77, S. 19). Das ist eine Lüge, die sich von selbst entlarvt. Wir vergessen nicht die Unterschiede, die zwischen den verschiedenen Ländern der kapitalistischen Welt existieren. Wenn ein Land *tatsächlich* Maßnahmen ergreift, die die Herrschaft des Imperialismus schwächen und unterhöhlen, haben wir das noch immer unterstützt. Wir haben aber darüber nie vergessen, daß es zwischen Sozialismus und Kapitalismus keinen Mittelweg, keine nichtkapitalistische Entwicklung à la Chruschtschow gibt. Dieser angeblich nichtkapitalistische Entwicklungsweg ist ein Betrug, um die Völker davon abzuhalten, sich zur Revolution zu erheben.

Der Kampf des Proletariats in den kapitalistischen Ländern

In ihrem Artikel verlieren die chinesischen Revisionisten auch ein paar Worte über den Klassenkampf des Proletariats in den kapitalistischen Ländern. Das ist neu und offenbar der Versuch zu vertuschen, daß es in der „Theorie der drei Welten" keinen Platz für den Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie gibt. Kampf „gegen Unterdrückung und Ausbeutung durch die eigene Monopolbourgeoisie", für die „Verteidigung der demokratischen Rechte und ein besseres Leben", für die „nationale Unabhängigkeit" (PR 45/77, S. 35) — so beschreiben die chinesischen Revisionisten den Inhalt und die Ziele des Klassenkampfs des Proletariats. Gleichzeitig bemühen sie sich, die Schwäche des Proletariats in den kapitalistischen Ländern hervorzuheben, wo „vorläufig noch keine revolutionäre Lage zur unmittelbaren Machtergreifung" (PR 45/77, S. 29) existiert.

Was die chinesischen Revisionisten damit zu vertuschen versuchen, ist, daß die objektiven Bedingungen für die proletarische Revolution in den entwickelten kapitalistischen Ländern täglich günstiger werden, so daß hier die proletarische Revolution ein Problem ist, das zur Lösung ansteht. Das hat das Jahr 1968 in Frankreich ebenso gezeigt, wie die Lage in Portugal nach dem Sturz des Faschismus. Deshalb spannen die marxistisch-leninistischen Parteien alle Kräfte an, um das Proletariat und seine Verbündeten auf die künftigen revolutionären Schlachten zum Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung vorzubereiten. Wer das vertuscht, wer die große revolutionäre Kraft des Proletariats verleugnet, wer den Aufschwung der Kämpfe der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, den Massencharakter dieser Kämpfe, ihre Schärfe, das wachsende politische Bewußtsein, das sich in diesen Kämpfen ausdrückt, leugnet bzw. herabmindert, macht sich zum Arzt am Krankenbett der kapitalistischen Ausbeuterordnung. **Inhalt und Ziel des Klassenkampfes des Proletariats sind auf die Revolution, auf die Errichtung der Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus gerichtet. Dies zu verschweigen und lediglich einige Kampffronten aufzuzählen, bedeutet, die Arbeiterklasse ohne Orientierung zu lassen, ist waschechter Revisionismus.**

Die „dritte Welt" — Hauptkraft im Kampf gegen den Imperialismus?

Die chinesischen Revisionisten ersetzen die sozialistischen Länder und das Weltproletariat als die soziale Hauptkraft der Revolution und des Sozialismus durch die sogenannte „dritte Welt". Dabei meinen sie mit „dritter Welt" nicht etwa die revolutionären nationalen Befreiungsbewegungen, den Kampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus und die innere Reaktion. Ihre „dritte Welt" ist die Welt der Pinochets, der Geisels, des Schahs von Persien, der Könige von Saudi-Arabien usw. Kurz gesagt, es ist eine Welt, in der die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen unter dem Joch des Imperialismus und seiner einheimischen Verbündeten, den Gutsbesitzern, der reaktionären Bourgeoisie, den Faschisten und Lakaien des Imperialismus leben. Sie sagen: „Nun stellt sich die Frage, ob die unabhängig gewordenen Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas noch für einen längeren historischen Zeitraum die Hauptkraft gegen den Imperialismus sein werden? Unsere Antwort lautet: Ja!" (PR 45/77, S. 28). In den meisten dieser Länder sind aber faschistische bzw. reaktionäre proimperialistische Cliquen an der Macht.

Es genügt hier, auf das Beispiel Chile hinzuweisen, um den absoluten Verrat der chinesischen Revisionisten am revolutionären Kampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus klarzumachen. Während die ganze Welt die faschistischen Henker in Chile voller Abscheu verurteilt, gibt ihnen China, wie unsere chilenische Bruderpartei jetzt enthüllt hat, Kredite. Läßt sich der chinesische Botschafter in Santiago, dessen Anwesenheit dort sowieso schon ein Skandal ist, dabei fotografieren, wie er dem Diktator Pinochet Geschenke überreicht. Erklärt er bei seiner Abreise aus Chile, er gehe „mit einem sehr guten Eindruck von Chile und seinem Staatschef". Für diesen Verrat, für diese Sabotage am revolutionären Kampf, für die gemeinsame Sache, die sie mit den Faschisten machen — dafür klagen wir die chinesischen Revisionisten an.

Die Marxisten-Leninisten dagegen haben immer die wirklich revolutionären Kräfte, die nationalen Befreiungsbewegungen in den unterdrückten Ländern unterstützt.

Es darf aber auch nicht vergessen werden, daß die nationale Befreiungsrevolution nur dann siegen kann, wenn an ihrer Spitze das Proletariat, d. h., seine revolutionäre, marxistisch-leninistische Vorhutpartei steht. Nur so ist es möglich, den vollen Sieg zu erringen und zu bewahren, indem die Revolution nämlich ununterbrochen zum Sozialismus weitergeführt wird. Heute gibt es dafür noch bessere Bedingungen als in der Vergangenheit, weil die Zahl der Proletarier, ihre Kraft und Geschlossenheit überall in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, von der einen oder anderen Ausnahme vielleicht abgesehen, stark zugenommen hat.

Der Marxismus-Leninismus wird triumphieren!

Alles in allem genommen ist die „Theorie der drei Welten" nichts anderes als Sabotage an der Revolution, ein allseitiger Angriff auf die Prinzipien des Marxismus-Leninismus, zu dessen Rechtfertigung die veränderte Lage in der Welt, vor allem die wachsende Kriegsgefahr zum Vorwand genommen wird. Angesichts der wachsenden Kriegsgefahr predigt man uns die Blockbildung mit dem Imperialismus, ruft uns dazu auf, für eine Koalition imperialistischer Räuber Partei zu ergreifen. Diese neue Spielart des Revisionismus muß entschieden bekämpft werden. In diesem Kampf wird der Marxismus-Leninismus triumphieren!

Äthiopien-Somalia: Die Supermächte heizen den Krieg an

Fortsetzung von Seite 1

Carter, verlangt amerikanische Bomber, um auf der Seite Somalias in den Krieg einzugreifen. Er werde jetzt nicht mehr gegen Israel kämpfen, schwor dieser Reaktionär, vielmehr sei es seine Aufgabe, im Ogaden-Krieg das Nilwasser zu verteidigen, das aus dem äthiopischen Tana-See gespeist wird.

Wahrhaftig, um solche dreisten Erklärungen sind diese Leute nie verlegen. Was Sadat, dem Schützling Washingtons, das Nilwasser, ist den Herren in Moskau der „proletarische Internationalismus", der es zur Unterstützung für das „sozialistische" Äthiopien verpflichte. Vor einigen Monaten noch las man es anders. Da wurde in demselben Namen das „sozialistische" Somalia mit russischen Angriffswaffen aufgerüstet. Und heute fliegen über diesem Somalia kubanische Piloten in russischen Bombern ihre Terrorangriffe.

Und wie steht es mit Äthiopien? Das Regime, das in Addis Abeba an der Macht ist, unterdrückt mit blutigem Terror die Unabhängigkeitsbewegungen der nationalen Minderheiten, zum Beispiel des Volkes von Eritrea. Vor einigen Jahren noch erklärte Moskau heuchlerisch seine Solidarität mit der Befreiungsbewegung dieses Volkes. Heute werden die Städte und Dörfer Eritreas vom äthiopischen Regime mit russischen Waffen, unter der Anleitung russischer und kubanischer Vernichtungsexperten zusammengeschossen. Damit steht Moskau heute an der Seite der israelischen Zionisten, die in der letzten Woche offen zugaben, das äthiopische Regime mit Napalmbomben und Raketen aufzurüsten.

„Äthiopien war jahrelang der Freund Israels", erklärte der berüchtigte Zionistenchef Dayan. Und mit der ihm eigenen Unverschämtheit machte er auch keinen Hehl aus den Gründen der Militärhilfe. Es ginge den Zionisten darum, Einfluß am Roten Meer zu gewinnen, einer für die strategischen Pläne Israels wichtigen Region. Genau darum aber geht es auch Moskau und Washington, wie immer sie ihre aggressiven Pläne auch verschleiern mögen: Sie wollen das Horn von Afrika und damit die dort entlang führenden Verbindungswege zum Erdöl des Mittleren Ostens unter ihre Kontrolle bringen.

Sie haben von Anfang an den Krieg im Ogaden zwischen den Regimen von Mogadischu und Addis Abeba angeheizt und werfen jetzt immer mehr ihre Hilfskräfte ins Spiel. Dabei treten auf der Seite der amerikanischen Supermacht nicht nur die reaktionären Regime von Saudi-Arabien, Iran, Ägypten usw. auf den Plan. Auch ihre europäischen Verbündeten mischen immer offener mit. Die französischen Imperialisten zum Beispiel haben in der letzten Woche auch einen Flugzeugträger in das Kriegsgebiet entsandt. Sie haben jetzt schon 4.000 Soldaten in Dschibuti am Horn von Afrika stehen. Auch Bonn ist mit nur schlecht verhüllten Waffenlieferungen an Somalia an dem Krieg beteiligt. Ein 53-Millionen-Mark-Kredit für das Regime von Mogadischu ist jetzt abgesegnet worden, der — wie die Ex-Ministerin Schlei ausplauderte — auch für Waffenkäufe verwandt werden kann. Aber Bonn ist mit seiner Gunst nicht einseitig. Denn zur gleichen Zeit rüsten westdeutsche Offiziere die Terrorpolizei des äthiopischen Regimes militärisch und materiell auf. Man will eben für alle Fälle zwei Eisen im Feuer haben. Das ist die reaktionäre Logik der Imperialisten — ausgetragen auf dem Rücken der Völker Somalias und Äthiopiens, die in diesem Krieg für die Interessen der Imperialisten und Reaktionäre in Ost und West verbluten.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Nicaragua, Bolivien, Kolumbien

"Entschieden den Weg des Volkskriegs gehen"

In Nicaragua, einem kleinen Land Mittelamerikas, ließ in der letzten Woche der Diktator Somoza wählen. Und das sah dann so aus: Vor den Urnen zogen schwerbewaffnete Kommandos der Nationalgarde auf, Gewehr bei Fuß, den Knüppel in der Hand, um den „ordnungsgemäßen Ablauf der Wahlen zu gewährleisten". Ein Bild, wie es alltäglich ist im heutigen Lateinamerika, wie man es vor einiger Zeit auch in Chile bei der sogenannten Volksabstimmung des Generals Pinochet gesehen hat. Mit dem Bajonett an der Kehle sollen die Werktätigen ihre Stimme abgeben.

Aber trotz des unverhüllten faschistischen Terrors endete die Wahl in Nicaragua mit einem Fiasko für Somoza. 75% der Wahlberechtigten weigerten sich standhaft, an dieser Farce teilzunehmen. Sie ließen sich nicht vor die Urnen prügeln. Und an vielen Orten kam es zu harten Auseinandersetzungen mit den bewaffneten Organen der Diktatur. In Masaya zum Beispiel steckten die Massen das Wahllokal in Brand. Aus anderen Orten wurden Kundgebungen und Demonstrationen gemeldet. So entwickelte sich gerade der Wahltag zu einem neuen Höhepunkt der Massenaktionen, die schon seit Wochen das Regime in Nicaragua erschüttern.

Unmittelbarer Anlaß war die Ermordung des oppositionellen Politikers Chamorro auf offener Straße durch Schergen des Regimes gewesen. Seither gehen Abend für Abend die Werktätigen auf die Straße, liefern sich Gefechte mit Polizei und Nationalgarde. Der Generalstreik wird ausgerufen, verbreitet sich über das ganze Land.

An den Rathäusern des Landes hängen Plakate: „Somoza an die Wand!" Und in der Hauptstadt Managua stürmen die Werktätigen die Fabriken und Banken des Diktators Somoza und setzen sie in Brand. Das Regime versucht vergeblich, diese Massenkämpfe im Blut zu ersticken. Obwohl die bewaffneten Banden der Nationalgarde das Feuer auf die Demonstranten eröffnen, eine große Zahl von ihnen ermorden, geht der Kampf gegen die faschistische Diktatur weiter. Bis heute wird diese Nationalgarde von US-Offizieren befehligt. Die Somoza-Clique hat, wie auch die faschistischen Diktaturen in Chile, Brasilien, Bolivien usw. das Land vollständig an die ausländischen Monopole, vor allem die nordamerikanischen, verkauft.

Mit blutigem Terror versucht das Regime in Nicaragua die Werktätigen unter die Knute dieser Monopole zu zwingen. Aber das Volk von Nicaragua nimmt diese faschistischen Gewalttaten nicht kampflos hin. Seit längerem schon tobt in den ländlichen Gebieten der Partisanenkampf.

Die Massenaktionen der letzten Wochen, der anhaltende Generalstreik, die täglichen militanten Demonstrationen haben auch zu einem Aufschwung des bewaffneten Kampfes geführt. In vielen Werktätigen reift heute die Erkenntnis, daß durch den Generalstreik alleine das faschistische Regime nicht zu stürzen ist. Wie gemeldet wird, sind jetzt auch in den Städten bewaffnete Aktionen entfaltet worden. So wurden zum Beispiel in Rivas und Granada die Kasernen der Nationalgarde angegriffen.

Der Widerstand wächst

Nicht nur in Nicaragua wachsen die Massenkämpfe an. Ob in Argentinien oder Chile, ob in Kolumbien oder in Brasilien, überall lastet auf den Völkern schwer das Joch der faschistischen Diktatur, hinter der die Wallstreet-Monopole, die Rockefeller, Morgan usw. stehen. Und überall hat sich in den letzten Monaten der Widerstand der Volksmassen in den verschiedensten Formen entwickelt. In Chile kam es anläßlich des betrügerischen Wahlmanövers von Pinochet zu Demonstrationen. Streikaktionen, Verzögerung der Arbeit in den Betrieben, Sabotageakte sind an der Tagesordnung. In Argentinien standen die Arbeiter fast aller Branchen in mächtigen Streikkämpfen, in deren Verlauf auch einige Büttel des faschistischen Regimes hingerichtet wurden. Brasilien erlebte eine breite Welle von Studentendemonstrationen, die Besetzung von Universitäten, wo die Studenten und andere Jugendliche dem Terror der bewaffneten Organe des Regimes standhielten.

Besonders erfolgreich in den letzten Wochen waren die Volkskämpfe in Bolivien und in Kolumbien.

Die Ereignisse in Bolivien sind besonders interessant in Hinsicht auf die politischen Manöver der faschistischen Gorillas und der hinter ihnen stehenden Wallstreet-Monopole. Der Diktator Banzer hatte in La Paz die „Rückkehr zur Demokratie" und seinen eigenen Rücktritt angekündigt. Dieser Entschluß war jedoch nicht auf seinem eigenen Mist gewachsen. Er ist vielmehr Bestandteil der sogenannten „neuen Außenpolitik" des US-Präsidenten Carter. Seit Monaten beklagt seine Regierung heuchlerisch die Verletzungen der Menschenrechte in den faschistischen Staaten Lateinamerikas. Das muß man sich einmal vorstellen: Dieselben US-Imperialisten, die einen Pinochet an die Macht geputscht, die das Regime eines Banzer in den Sattel gehoben und mit ihren Militärexperten die Ausrottungsfeldzüge eines Somoza gegen das Volk befehligen, sie weinen Krokodilstränen über den faschistischen Terror in Lateinamerika. Die US-Imperialisten reagieren mit diesen Manövern nur auf den anwachsenden antifaschistischen Kampf auf dem Kontinent. Einerseits rüsten sie die Militärregime bis an die Zähne auf. Andererseits betreiben sie ihre Demokratisierungsmanöver, um dem Kampf der Völker die Spitze zu nehmen.

Erfolgreicher Streik der Bergarbeiter

In Bolivien haben sich die Werktätigen nicht auf die „Demokratisierungs"-Farce eingelassen. Im Gegenteil: Sie haben das Manöver der Diktatur dazu ausgenutzt, um den Kampf zu verstärken. Die Arbeiter der Zinnminen, die kampferprobteste Abteilung des Proletariats, traten in den Streik. In der Hauptstadt La Paz versammelten sich Angehörige der politischen Gefangenen und begannen einen Hungerstreik.

Durch diese Kämpfe konnte eine teilweise Amnestie erzwungen werden. Aber nach wie vor sind die Zinnminen in den Bergen militärisch besetzt, die Organisationen des Volkes verboten. Das Regime will den Arbeitern faschistische Gewerkschaften vom Typ der hitlerschen Arbeitsfront aufzwingen.

Die KP Boliviens/ML organisiert den Kampf zur Verteidigung des „Gewerkschaftsverbandes der Bergarbeiter Boliviens", des „Bolivianischen Arbeiterzentrums" und anderer demokratischer Organisationen des Volkes. In diesem Kampf entstehen auf Initiative unserer Bruderpartei in den Bergwerken und Betrieben Arbeiter-Basis-Komitees. Die Partei hat die Losung ausgegeben: „Schließen wir uns zusammen, organisieren wir uns, bereiten wir uns vor und entfalten wir die revolutionäre Aktion der Massen."

In der Mobilisierung der Massen schafft die Partei auch die Voraussetzungen für die Aufnahme des bewaffneten Kampfes gegen die faschistische Diktatur. Niemals werden die Bluthunde der Wallstreet-Monopole freiwillig von der Bühne abtreten. Seine Freiheit kann das Volk nur durch den bewaffneten Sturz der Diktatur erringen. In diesem Sinn erzieht die KP Boliviens/ML ebenso wie alle wahrhaft kommunistischen Parteien das Proletariat und die übrigen Werktätigen.



Kämpfer der Volksbefreiungsarmee Kolumbiens

Revisionisten an der Seite der Generäle

Und die Revisionisten? Auch heute, nach dem Fiasko ihrer verräterischen Theorien vom „nicht bewaffneten Weg", vom friedlichen Übergang zum Sozialismus in Chile, treten sie überall in Lateinamerika haßerfüllt gegen den Volkskrieg auf. Während in Chile unsere Bruderpartei dafür kämpft, die Bedingungen für die Weiterentwicklung des bewaffneten Volkskrieges zu schaffen, hetzt die revisionistische Corvalan-Clique gegen militärische Aktionen, indem sie behauptet, sie würden dem Pinochet-Regime die Rechtfertigung für seine Unterdrückungsmaßnahmen liefern. In Chile wie in Uruguay verbreiten die Revisionisten Illusionen über sogenannte „fortschrittliche Strömungen in den Streitkräften".

Aber was ist das anderes als eine unverhohlene Unterstützung für die amerikanischen „Demokratisierungs"manöver, nämlich die vom Volk gehaßten und durch ihren brutalen Terror diskreditierten Gorillas wie Banzer und Pinochet durch andere angeblich fortschrittliche zu ersetzen? Am offensten haben es die argentinischen Revisionisten zum Ausdruck gebracht, daß sie in Wahrheit Verteidiger der Terrorherrschaft über das Volk sind. Sie haben dem faschistischen Militärregime ihre „kritische Unterstützung" zugesagt. Ja, diese Banditen sind so weit gegangen, daß sie den Diktator Videla beglückwünscht haben „für seine Verteidigung der Verfassung und der Demokratie". Sind das nicht genau die gleichen Worte des komplizenhaften Lobes, die Strauß kürzlich für das Pinochet-Regime gefunden hat?

Offen verteidigen die Revisionisten auch das immer stärkere Eindringen der russischen Supermacht in Länder wie Argentinien, Brasilien usw. Sie wollen den Völkern weismachen, daß die imperialistischen Räuber aus dem Kreml als Befreier kommen und daß ihre Schachereien mit den Faschisten im Interesse der Werktätigen des Kontinents wären. Ist es da ein Wunder, daß etwa in Argentinien die revisionistische Partei legal arbeiten kann, während beispielsweise die Gewerkschaften zerschlagen sind? Daß umgekehrt die russischen Imperialisten und ihre Lakaien bei der Menschenrechtsdebatte in der UNO eine Verurteilung des faschistischen Regimes von Buenos Aires verhinderten?

Die Völker Lateinamerikas aber wollen weder unter dem Joch der einen noch der anderen Supermacht oder irgendeiner anderen imperialistischen Macht leben. Sie wollen auch nicht das Blutregime des einen Gorillas mit dem eines anderen vertauschen. Sie wollen die Befreiung, die Volksdemokratie. Und deshalb gehen immer mehr Arbeiter und Bauern den einzigen Weg zur Befreiung, den Weg des bewaffneten Volkskrieges. Es hat in den letzten Jahren Niederlagen und Rückschläge im bewaffneten Kampf gegeben. Das war dort, wo kleinbürgerliche Elemente an der Spitze der Erhebungen standen, von den Aktionen Guevaras in Bolivien bis zu den Tupamaros in Ururguay. Die reaktionären Cliquen und mit ihnen die Revisionisten haben immer versucht, damit die Unmöglichkeit des bewaffneten Kampfes zu „beweisen".

KP Kolumbiens/ML — an der Spitze des bewaffneten Kampfes

Aber dort, wo eine wirklich kommunistische Partei an der Spitze des Kampfes steht, hat sich der Volkskrieg in die Tiefe und in die Breite entwickelt. Das ist zum Beispiel in Kolumbien der Fall. Die KP Kolumbiens/ML ist fest in den Massen verankert. Sie mobilisiert die Werktätigen an allen Fronten des Klassenkampfes in seinen verschiedenen Formen. Zum Beispiel arbeitet die Partei aktiv in allen Gewerkschaften. Ihre grundlegende Orientierung ist dabei, daß die Massenkämpfe der Entwicklung und der Stärkung des bewaffneten Kampfes dienen müssen.

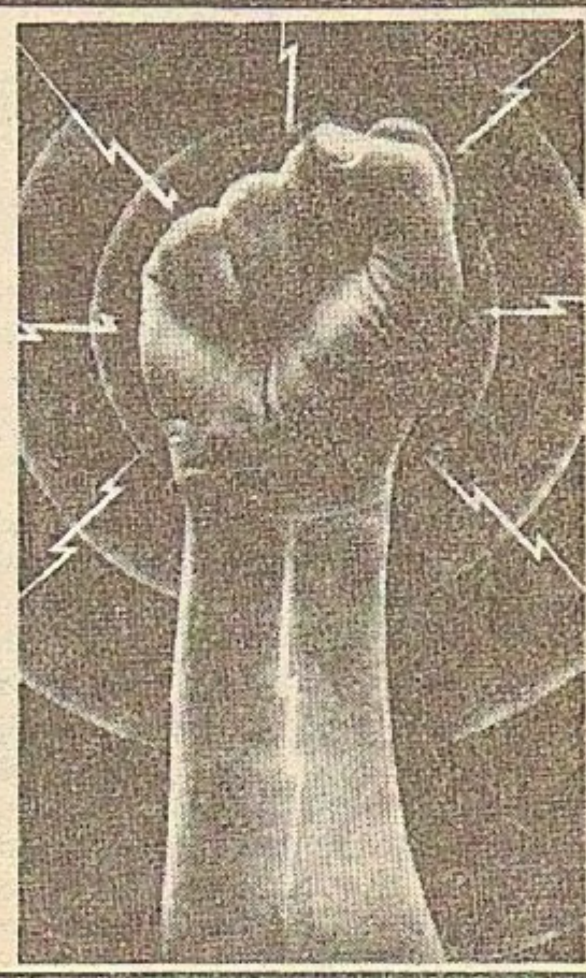
Und die Partei hat diesem Kampf einen organisierten Charakter verliehen. Sie hat die Initiative zur Bildung der Volksbefreiungsarmee (Ejercito Popular de Libaracion) ergriffen, die seit nunmehr zehn Jahren den bewaffneten Kampf gegen das faschistische Regime führt. In diesen Jahren hat die Volksbefreiungsarmee mehrere Vernichtungs- und Einkreisungsfeldzüge des Regimes zurückgeschlagen. Und sie hat im Gegenzug ihre militärischen Operationen erweitert und nach und nach weite Gebiete im Nordosten des Landes befreit. In diesen Gebieten wurden patriotische Räte gebildet als Keimformen der künftigen Volksmacht.

In der letzten Zeit haben die revolutionären Streitkräfte eine Reihe wichtiger Siege errungen. Am Stadtrand von Pareira griffen sie einen Polizeiposten an, wobei sie mehrere Polizisten gefangennahmen und große Mengen an Waffen und Munition erbeuteten. Bei anderen Aktionen wurden Soldaten des Regimes getötet und Verräter hingerichtet. In der Nähe Cordabas und Antiquias konnten einige Dörfer befreit und die Macht der patriotischen Räte errichtet werden. Auf einer Konferenz des Regionalkomitees der KP Kolumbiens/ML in Perdo Vascez, die kürzlich stattfand, wurde beschlossen, Spezialeinheiten der Volksbefreiungsarmee auch in den Städten zu bilden.

Wenn auch in den anderen Ländern Lateinamerikas der bewaffnete Kampf noch nicht so weit entwickelt ist wie in Kolumbien, eines ist sicher: Die Völker des Kontinents sind nicht bereit, sich unter der Knute der faschistischen Gorillas und ihrer imperialistischen Hintermänner zu ducken. Das Aufflammen der Massenkämpfe in den letzten Wochen und Monaten ist das Signal für noch breitere Erhebungen der Volksmassen. Und ein wichtiges Merkmal der jüngsten Entwicklung ist die Tatsache, daß jetzt schon die Massenkämpfe in manchen Regionen in bewaffnete Aktionen umschlagen. Für die marxistisch-leninistischen Parteien Lateinamerikas gilt — in der den jeweiligen Bedingungen entsprechenden Form — was „Revolucion", das Organ der KP Kolumbiens/ML, kürzlich feststellte: „Unsere Partei hat die Pflicht, entschieden den Weg des langwierigen bewaffneten Volkskriegs zu gehen, dessen wichtiger Bestandteil die Errichtung von Stützpunkten ist, wobei die patriotischen Räte und die Volksbefreiungsarmee die Hauptfaktoren sind."

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Bundeswehr stürmt Fabrikgelände

Es stand in der „Braunschweiger Zeitung": Die 4. Kompanie des 22. Panzergrenadierbataillons stürmte das Gelände einer besetzten Fabrik. Mit Enterhaken drangen Soldaten in das Gebäude ein, der Schützenpanzer „Marder" durchbrach die Fabrikmauern, Scharfschützen schossen in die Werkshalle.

Eine Horrorgeschichte? Keineswegs. Dieser Militäreinsatz gegen die besetzte Fabrik ereignete sich am 26. 1. 78 in Braunschweig — als Übung der Bundeswehr. Um das Manöver möglichst naturgetreu durchführen zu können, hatte die Bundeswehr extra eine leerstehende Fabrik, das Gelände des zum Abriß freigegebenen alten Schlachthofes in Braunschweig, gemietet. Geschossen wurde — bei dieser Übung — auf bewegliche Scheiben. Die „Braunschweiger Zeitung" schreibt: „Zwei Schießbahnen — eine in der Werkshalle und eine, die ‚Geisterbahn' im Keller — waren mit beweglichen Scheiben ausgestattet worden, die sekundenschnell auftauchten und schnelles Schießen notwendig machten."

Was hier geprobt wird, liegt auf der Hand: der Krieg gegen kämpfende Arbeiter.

Nur eine Übung? Vielleicht auf Befehl irgendeines Militärs? Keineswegs. Mit dieser und anderen ähnlichen Übungen wird systematisch der Krieg zur Verteidigung der Herrschaft des Kapitals gegen revolutionäre Kämpfe der Werktätigen geprobt. So, wie es die Notstandsgesetze vorschreiben, die 1968 verabschiedet wurden: „Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung kann die Bundesregierung, wenn die Polizeikräfte und der BGS nicht ausreichen, Streitkräfte bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer einsetzen."



Mit Enterhaken werden Häuser gestürmt.

Diese Tatsachen zeigen: Die Herrschenden werden ihre Macht bis zum Letzten, bis zum blutigen Arbeitermord, verteidigen. Denken wir an diese brutalen Pläne, wenn die gleichen Herren gegen militante Kämpfe der Werktätigen hetzen, uns Gewaltlosigkeit predigen. Setzen wir der reaktionären Gewalt der Herrschenden die revolutionäre Gewalt der Massen entgegen!

Panzer reißen Mauern nieder, um Gebäude zu erstürmen.

Menschenhandel in Iserlohn

Durch die Fernsehsendung Monitor wurde der Menschenhandel des Unternehmers Friedhelm Hombeck aus Iserlohn bundesweit bekannt. Hombeck ist gelernter Lebensmittel-Einzelhändler, hat die Ausübung des Berufs aber verboten bekommen. Das hindert ihn allerdings nicht am Geschäftemachen. Mit immer neuen Strohfiguren gründete er immer neue Firmen. Zuletzt sein Sklavenhandelunternehmen, das er bereits seit drei Jahren betreibt.

Hombeck arbeitet mit sogenannten „Schleppern". Sie durchkämmen systematisch die Bahnhöfe aller nordwestdeutschen Großstädte. Für ein Handgeld von 30 DM machen sie ihre Opfer betrunken und lassen sie dann einen Vertrag unterschreiben. Wer unterschrieben hat, kommt in das Hotel „Franzosenhohl" in Iserlohn: Mehrere Mann in einem Zimmer, Möbel, die vom Sperrmüll stammen könnten, kaum Waschbekken, die Toiletten oft unbenutzbar. Mäuse und Ratten gehören zum Inventar. Einige Arbeiter haben in diesem Heim bereits die Krätze bekommen.



„Wohnheim" Franzosenhohl in Iserlohn.

Wer bei Hombeck anfängt, bekommt Taschengeld, Zigaretten und Bier (Flasche 1 DM) auf Vorschuß. Das Bier wird frei Haus geliefert, die Leiharbeiter systematisch zum Trinken verleitet. Da Hombeck außerdem am Monatsende noch 450 DM für die mangelhafte Verpflegung einbehält, bekommt so mancher Arbeiter am Ende des Monats keinen Pfennig Lohn mehr ausbezahlt. Denn die Löhne, die Hombeck zahlt, liegen erheblich unter Tarif. Kranken oder älteren Beschäftigten werden willkürlich Stunden für „mangelnde Leistungen" abgezogen. Es gibt praktisch keine Möglichkeit für die Arbeiter, die finanziellen Machenschaften von Hombeck zu überprüfen oder sich gar darüber zu beschweren. Denn die „Abrechnung" am Monatsende besteht aus einem kurzen Additionsstreifen (Stundenzahl × Stundenlohn). Und die Mehrzahl der Leute arbeitet schwarz, ohne Lohnsteuerkarte, ist Hombeck also völlig ausgeliefert. Einigen von ihnen wurde bei der Einstellung ein ordentliches Arbeitsverhältnis versprochen. Als sie aber später darauf bestanden, drohte Hombeck ihnen mit Kündigung.

Und die Behörden? Sie denken nicht daran, diesem Verbrecher das Handwerk zu legen. Sicher, vor kurzem hat eine — angeblich überraschende — Kontrolle des Franzosenhohl durch Gesundheitsamt und Gewerbeaufsicht stattgefunden. Daß dabei „nichts" gefunden wurde, führt sogar die Lokalpresse darauf zurück, daß einer der vielen Freunde Hombecks ihm rechtzeitig Bescheid gesagt haben muß. Es soll sogar Zeugen geben, die gesehen haben, daß noch am gleichen Tag, an dem die Kontrolle beschlossen wurde, in das Franzosenhohl die Putzfrauen einzogen...

Der Verwaltungsrat der Stadt Iserlohn gibt zwar zu, daß man Herrn Hombeck eigentlich belangen müßte. Aber, erklärte einer der Verantwortlichen im Fernsehen, Geldstrafen zu verhängen habe keinen Zweck. Herr Hombeck würde sie sowieso nicht bezahlen. Und eine Erzwingungshaft oder überhaupt eine Gefängnisstrafe könne man auch nicht verhängen, denn Herr Hombeck sei haftunfähig und brauche sie deshalb nicht anzutreten. (Was die „Haftunfähigkeit" des Herrn Hombeck angeht, so weiß der „Iserlohner Kreisanzeiger" zu berichten, daß er ein „schweres Augenleiden"habe). Also sei man behördlicherseits machtlos und könne „leider" nichts unternehmen.

Auch die Polizei greift nicht ein. Sie, die z. B. das Iserlohner Jugendzentrum wiederholt mit MP's nach „Terroristen" durchkämmt hat, traut sich angeblich in den Franzosenhohl nicht hinein. Und die Lokalpresse, der „Iserlohner Kreisanzeiger" schließlich, entblödet sich nicht, für diesen Gangster auf die Tränendrüse zu drücken. Man müsse doch sehen, gibt der hauseigene Kommentar „Argus" zu bedenken, daß mit der Schließung des Franzosenhohl „eine Existenz" vernichtet würde. Und das kann der „Iserlohner Kreisanzeiger" auf keinen Fall verantworten. Denn — so wird den empörten Iserlohnern in einem Artikel erklärt — es gibt „für den gelernten Lebensmittelkaufmann wegen des Gewerbeverbots auch nur wenige Möglichkeiten, sich seinen Lebensunterhalt zu verdienen."

So stecken alle unter einer Decke, der Verbrecher Hombeck und die Vertreter von Recht und Gesetz in Iserlohn. (Und übrigens nicht nur dort. Gangster von der Art des Herrn Hombeck gibt es allein nach den Ermittlungen der Arbeitsämter mindestens 500 in der Bundesrepublik!) Kein Wunder, daß Genossen der Partei, die in der letzten Woche mit einer Stelltafel über den Fall Hombeck berichteten, von einem Vertreter einer Iserlohner Baufirma gleich mit der Polizei gedroht wurde. Wer so viel Dreck am Stecken hat, muß die Wahrheit schließlich fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Bei den Werktätigen stieß die Propaganda der Partei dagegen auf großes Interesse. Immer wieder bildeten sich Menschentrauben um die Stelltafel, und es gab viele lebhafte Diskussionen.

"Rettet die Mainschleife!"



Bauern und Winzer demonstrierten am 1. 2. '78 in Nordheim gegen den Bau eines Pionier-Übungsplatzes der Bundeswehr. Weil sie nicht freiwillig dem geplanten Truppenübungsplatz weichen wollen, sollen die Bauern jetzt zwangsenteignet werden. Bereits seit dem 11. 1. fahren Lastwagen und Schlepper an den Mainufern, werden Bäume gerodet usw. Der empörten Bevölkerung wird erklärt, sie müsse sich diesen Maßnahmen fügen. Schließlich werde die Bundeswehr auch ihre Interessen schützen. Aber die Bauern und Winzer pfeifen auf den „Schutz" durch eine Armee, die sie schon im Frieden ruiniert. Die Bürgerinitiative, die auch die Demonstration organisierte, wird den Kampf unter der Parole „Rettet die Mainschleife" fortsetzen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

ROTER MORGEN

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich DM 30,00 ○ halbjährlich DM 15,00 ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Besuchen Sie die Parteibüros der KPD/ML!

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.30 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 177404, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 511537, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 u. 433692, geöffnet: Mo-Fr 9-12 u. 14-18, Sa 9-14 Uhr.

4100 **DUISBURG** 1 (Hochfeld), Buchladen „Roter Morgen", Paulusstr. 36, Tel.: 0203 / 64796, geöffnet: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf), Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35, Tel.: 0201 / 624299, geöffnet. Mi u. Do 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 437595, geöffnet: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12 (Nähe Götzenturm), geöffnet: Di u. Fr 17-19 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo-Dr 9-13 u. 15-18, Fr 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 854124, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 76939, geöffnet: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 65205, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 535987, geöffnet: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4652807, geöffnet: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.